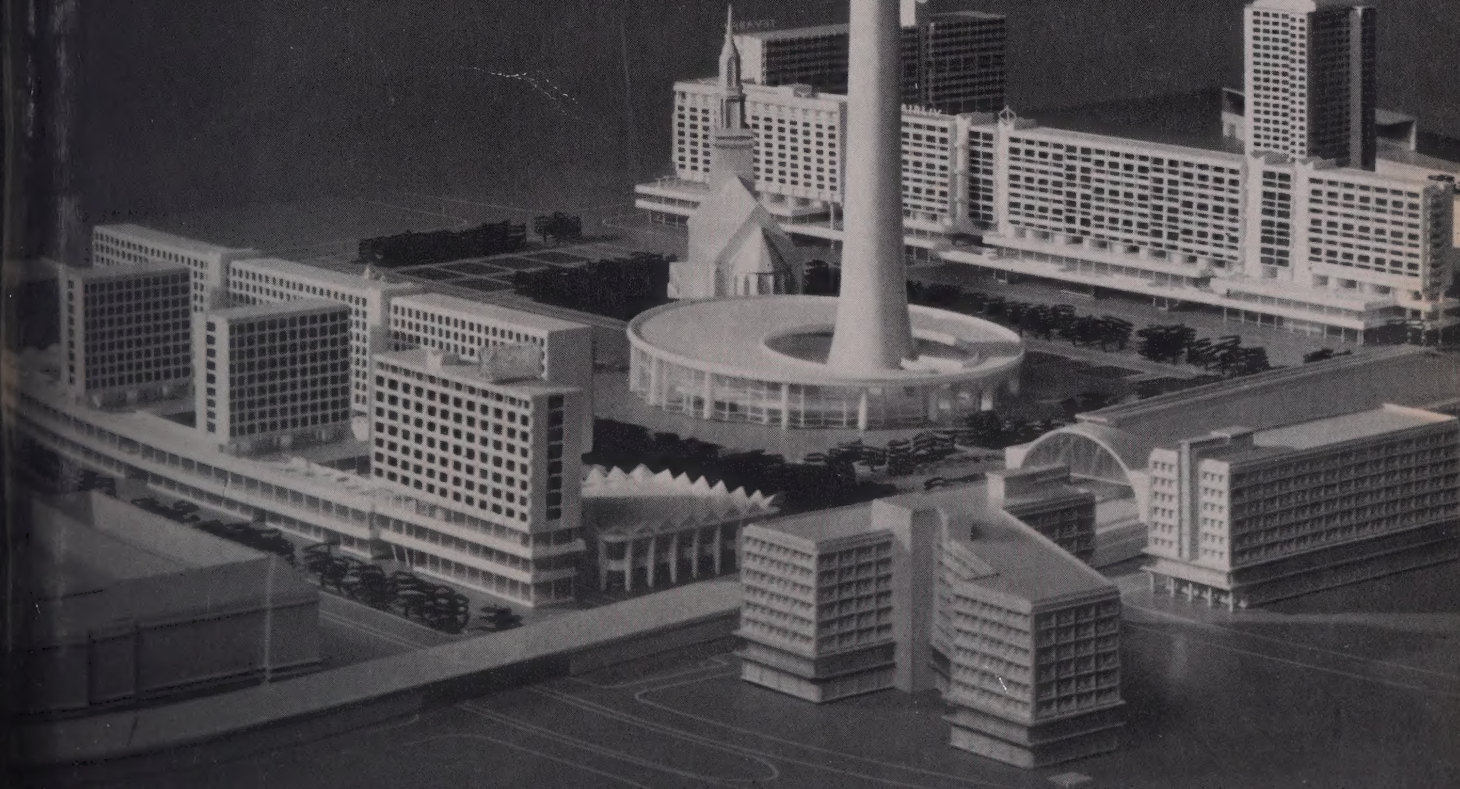
6 deutsche architektur



Der Aufbau des Stadtzentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin

Mark

Die Zeitschrift

deutsche architektur

erscheint monatlich

Inlandspreis 5,– Mark

Bestellungen nehmen entgegen:
Заказы на журнал принимаются:
Subcriptions of the journal are to be directed:
Il est possible de s'abonner á la revue:

In der Deutschen Demokratischen Republik:
Sämtliche Postämter, der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin

Im Ausland:

· Sowjetunion
Alle Postämter und Postkontore
sowie die städtischen Abteilungen Sojuspechatj

· Volksrepublik China
Waiwen Shudian, Peking, P. O. Box 50

· Tschechoslowakische Sozialistische Republik
Orbis, Zeitungsvertrieb, Praha XII, Vinohradska 46 – Bratislava, Leningradska ul. 14

· Volksrepublik Polen
P. P. K. Ruch, Warszawa, Wilcza 46

· Ungarische Volksrepublik
Kultura, Ungarisches Außenhandelsunternehmen für Bücher und Zeitungen, Rakoczi ut. 5, Budapest 62

· Sozialistische Republik Rumänien
Directia Generala a Postei si Difuzarii Presei Palatul Administrativ C. F. R., Bukarest

· Volksrepublik Bulgarien
Direktion R. E. P., Sofia, 11 a, Rue Paris

· Volksrepublik Albanien
Ndermarrja Shetetnore Botimeve, Tirana

· Österreich
GLOBUS-Buchvertrieb, Wien I, Salzgries 16

· Für alle anderen Länder:
Der örtliche Buchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen
108 Berlin, Französische Straße 13–14

Deutsche Bundesrepublik und Westberlin:
Der örtliche Fachbuchhandel
und der VEB Verlag für Bauwesen, Berlin
Die Auslieferung
erfolgt über HELIOS Literatur-Vertrieb-GmbH,
Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 141–167
Vertriebskennzeichen: A 21518 E

Verlag
VEB Verlag für Bauwesen, 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Verlagsleiter: Georg Waterstradt
Telefon: 22 02 31
Telegrammadresse: Bauwesenverlag Berlin
Fernschreiber-Nummer: 011 441 Techkammer Berlin (Bauwesenverlag)

Redaktion
Zeitschrift „deutsche architektur", 108 Berlin,
Französische Straße 13–14
Telefon: 22 02 31
Lizenznummer: 1145 des Presseamtes
beim Vorsitzenden des Ministerrates
der Deutschen Demokratischen Republik
Vervielfältigungsgenehmigung Nr. 340/68

Satz und Druck
Druckerei Märkische Volksstimme, 15 Potsdam
Friedrich-Engels-Straße 24 (I/16/01)



Anzeigen
Alleinige Anzeigenannahme: DEWAG-Werbung,
102 Berlin, Rosenthaler Straße 28–31,
und alle DEWAG-Betriebe und -Zweigstellen in den Bezirken der DDR

Gültige Preisliste Nr. 3

Wettbewerbsausschreibung

Der Rat der Stadt Greifswald schreibt in Ubereinkunft mit dem Ministerium für Bauwesen und dem BDA zur Erlangung von Ideenentwürfen für die sozialistische

„Umgestaltung des Zentrums Greifswald"

einen öffentlichen Wettbewerb aus.

Die Aufgabe des Wettbewerbes umfaßt die gesamte Planung für das Zentrum Greifswalds, wobei besonders die Funktions- und Kompositionsordnung zu beachten ist. Die historische Altstadt soll ihre gesellschaftliche Funktion als Zentrum der Gesamtstadt behalten.
Teilnahmeberechtigt sind alle in der DDR wohnenden und hier arbeitenden Städtebauer, Architekten sowie Studenten der Hoch- und Fachschulen, die ihr Vorexamen abgelegt haben und den vorgenannten Bedingungen entsprechen. Mitglieder des Verbandes Bildender Künstler sind in die Wettbewerbskollektive einzubeziehen. Der Wettbewerb ist anonym.
Der Wettbewerb beginnt am 15. Juni 1968 und endet am 31. Oktober 1968, 24.00 Uhr. Die Wettbewerbsunterlagen werden ab 15. Juni 1968 übergeben nach Einzahlung einer Schutzgebühr von 50,– M auf das Konto 8 10 00 00 bei der Industrie- und Handelsbank Greifswald unter dem Vermerk „Ideenwettbewerb".

An Preisen werden vergeben:

1. Preis	15 000 Mark
2. Preis	12 000 Mark
3. Preis	9 000 Mark
4 bis 7 Ankäufe zu je	2 000 Mark
Gesamtsumme	50 000 Mark

Die Wettbewerbsordnung des BDA vom 10. März 1965 ist für alle Teilnehmer verbindlich.

Preisrichter sind:

Dipl.-Ök. Ing. Lüdeke,
1. Sekretär der SED-Kreisleitung Greifswald

Dipl.-Staats- und Rechtswissenschaftler Boeseke,
Vorsitzender des Rates des Kreises Greifswald

Erich Neuhaus,
Bürgermeister der Stadt Greifswald

Dipl.-Ing. Gericke,
Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie

Dr.-Ing. Deiters,
Direktor des Instituts für Denkmalspflege und Generalkonservator Berlin

Dipl.-Ing. Kluge,
Ministerium für Bauwesen, Leiter der Abteilung Städtebau und Dorfplanung

Prof. Regel,
Direktor des Instituts für Kunstwissenschaft, Universität Greifswald

Prof. Dipl.-Architekt Räder,
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Prof. (em.) Funk,
Technische Universität Dresden

Dipl.-Ing. Tauscher,
Vorsitzender der Bezirksgruppe Rostock des BDA

Oberingenieur Loui,
Bezirksbaudirektor Rostock

Ingenieur Vogel,
Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes für Verkehr

Ingenieur Schröder, Vorsitzender der Bezirksplankommission Rostock

Dipl.-Ing. Mattke,
Stadtarchitekt Stralsund

Paul Strauß, Mitglied des Staatsrates der DDR, WBK Rostock

Ingenieur Hüller,
Kreisbaudirektor in Greifswald

Ingenieur Wernicke,
Stadtbaudirektor Greifswald

Neuhaus, Bürgermeister

Aus dem vorigen Heft:
Leichtbau:
Raumtragwerke
Stabrostkonstruktionen
Pneumatische Konstruktionen
Leichte Dach- und Außenwandkonstruktionen

Im nächsten Heft:
Architektur und politisches Engagement
Bebauung zentraler Platz in Karl-Marx-Stadt
Rekonstruktion Altstadt Bernau
Erfurt zum 20. Jahrestag der Gründung der DDR
Wettbewerb Stadtzentrum Warna

Redaktionsschluß:
Kunstdruckteil: 14. März 1968
Illusdruckteil: 21. März 1968

Titelbild:
Modellfoto des Bereiches Rathausstraße – Liebknechtstraße in Berlin vom Alexanderplatz aus gesehen (Stand Dezember 1967). Für die Bebauung am Fuß des Fernsehturmes und die Freiflächengestaltung wird eine neue Konzeption erarbeitet, die in einem der nächsten Hefte veröffentlicht werden wird
Foto: DEWAG, Berlin

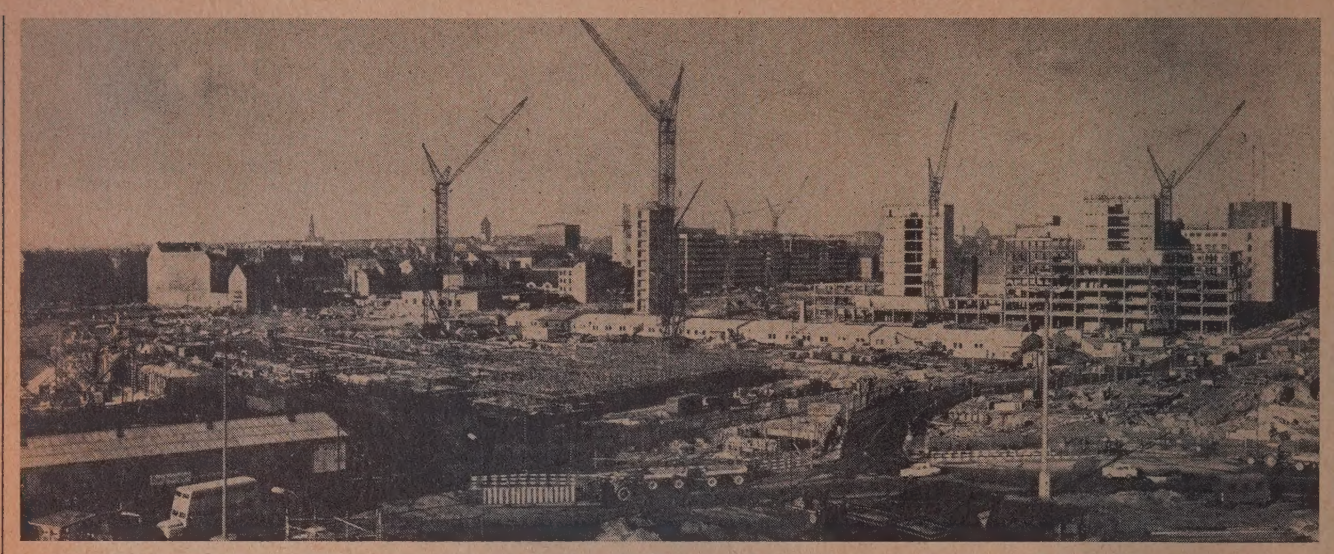
Fotonachweis:
DEWAG, Berlin (12); Bezirksbauamt Berlin (1); VE BMK Ingenieurhochbau Berlin (7); Herbert Fiebig, Berlin (2); Rat der Stadt Dresden (8); APN, Berlin (5)

6 deutsche architektur

XVII. Jahrgang
Berlin
Juni 1968

Herausgeber: Deutsche Bauakademie und Bund Deutscher Architekten

Redaktion: Dr. Gerhard Krenz, Chefredakteur
Dipl.-Wirtschaftler Walter Stiebitz, Dipl.-Ing. Claus Weidner, Redakteure
Erich Blocksdorf, Typohersteller



Berlin, März 1968
Alexanderplatz

So war das Panorama der größten Baustelle der DDR am Alexanderplatz in Berlin im März dieses Jahres: Die Fundamentierungsarbeiten für das neue Warenhaus (links) und das 120 m hohe Interhotel (Vordergrund Mitte) standen vor dem Abschluß. Dahinter erheben sich die Gleitkerne des Hauses der Elektroindustrie und der Rohbau des Bürogebäudes in der Prenzlauer Straße

Auftakt in Dresden
Stadt verlieh Architekturpreis

Zwei Ereignisse bildeten in der traditionsreichen und jetzt modern entstehenden Elbmetropole den Auftakt für ein künftig engeres Zusammenwirken zwischen dem Rat der Stadt und der Bezirksgruppe des BDA: Die weitere Auswertung der Grundgedanken aus dem Schreiben des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Walter Ulbricht, an den Präsidenten des BDA und die Verleihung des Architekturpreises 1967 der Stadt Dresden. Der Oberbürgermeister von Dresden, Gerhard Schill, hatte aus diesem Anlaß den BDA-Bezirksvorstand zu einem freundschaftlichen Gespräch eingeladen.

Der Oberbürgermeister, der mit Stadtbaudirektor Uhlig und Stadtarchitekt Leucht die staatlichen Organe vertrat, würdigte in diesem Gespräch die Leistungen der Mitglieder des BDA beim Neuaufbau der Stadt, bei dem unter anderem bisher 45 000 neue Wohnungen errichtet wurden. Er sprach gleichzeitig die Erwartung aus, daß die Dresdener Architekten in Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR dem beschleunigten Aufbau des Stadtzentrums ihre ganze Kraft widmen. Dabei gelte es, in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit geschlossene städtebauliche Ensembles zu schaffen, die eine hohe architektonische Wirksamkeit ausüben und die Vorzüge unserer Gesellschaftsordnung überzeugend widerspiegeln.

Im Auftrage des Rates der Stadt überreichte der Oberbürgermeister den Architekturpreis 1967, der nach öffentlicher Diskussion auf Vorschlag des BDA für die Leistungen beim Wiederaufbau des historischen Gewandhauses (siehe „da", Heft 4/68) als Hotel an ein Kollektiv unter Leitung von Dipl.-Architekt Kurt Haller verliehen wurde.

In dem mehrstündigen Gespräch über Entwicklungsprobleme der Architektur und des Städtebaus ging es vor allem darum, durch eine Gemeinschaftsarbeit von Auftraggebern, Architekten, Ingenieuren, bildenden Künstlern und den Bauausführenden eine neue Qualität bei der Gestaltung der architektonischen Umwelt zu erreichen.

Der Chefarchitekt des VEB Projektierungsbüro Süd, Dipl.-Ing. Schwarze, forderte in diesem Zusammenhang „mehr Mut beim Durchsetzen neuer Ideen in die Praxis".

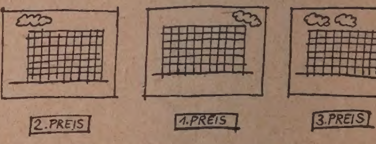
Prof. Dr.-Ing. E. H. Rettig, der Vorsitzende der Bezirksgruppe, dankte in seinen Ausführungen für dieses Gespräch und gab bekannt, daß der BDA seine Mitglieder zu schöpferischer Mitarbeit bei der Vorbereitung des 20. Jahrestages der DDR aufgerufen habe.

Zu den nächsten Aussprachen zwischen dem Rat der Stadt und dem Vorstand der BDA-Bezirksgruppe, die künftig eine Regel werden sollen, ist beabsichtigt, auch Vertreter des Bezirksvorstandes des Verbandes Bildender Künstler Deutschlands und des VE Baukombinates Dresden, das Generalauftragnehmer für den Aufbau des Stadtzentrums ist, einzuladen. H.-J. K.

BDA-Terminkalender

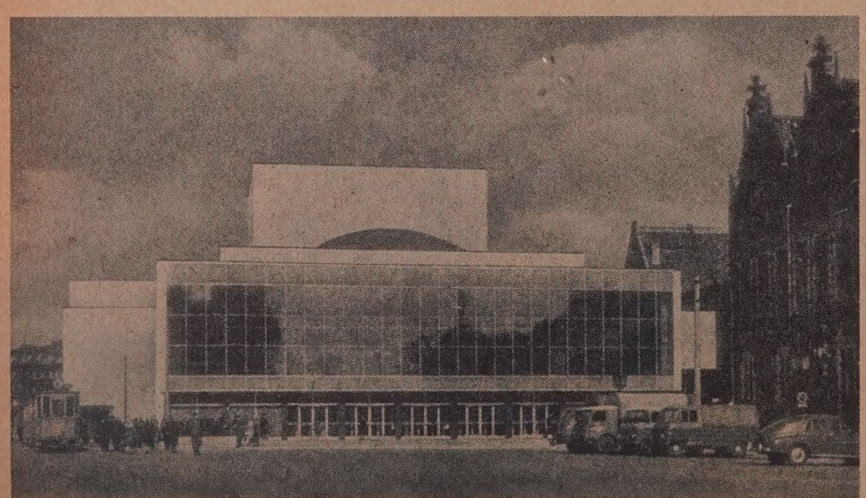
Fachtagung:
Die Entwicklung der Siedlungsschwerpunkte und die neuen Aufgaben im ländlichen Bauen
Termin: **25. und 26. September 1968**
Ort: **Schwerin**
Veranstalter: ZFG Ländliches Bauen

Fachtagung:
Das Industriewerk, die Industriearchitektur und die Aufgaben des Industriearchitekten
Termin: **10. und 11. Dezember 1968**
Ort: **Leipzig**
Veranstalter: ZFG Industriebau



Ein interessantes Wettbewerbsergebnis

(Aus der österreichischen Zeitschrift „Das Fenster") Ähnlichkeiten mit neuen Projekten in Halle, Berlin und anderswo sind rein zufällig red.



Das neue Theater in Gdansk
Entwurf: Architekt Daniel Oledski

Riga plant neues Verkehrsnetz

Den Aufbau eines elektrischen Schienenschnellverkehrsnetzes sehen die Untersuchungen vor, die vor kurzem in Riga beendet wurden. In der lettischen Hauptstadt sollen die Straßenbahnschienen nach diesen Plänen an den Verkehrsknotenpunkten mit besonders hoher Belastung unter die Erde verlegt werden. Wo keine Tunnel erforderlich sind, werden die Schienenwege von den übrigen Verkehrswegen getrennt; die neuen Wohngebiete in der weiteren Umgebung Rigas sollen an dieses Schienennetz angeschlossen werden.

Die Zeitung „Trud", die darüber berichtet, betont, daß dieses Vorhaben weniger Mittel erfordern wird als der Bau einer herkömmlichen Untergrundbahn. Zugleich werden die Straßenbahnzüge auf dem umgestalteten Schienennetz höhere Geschwindigkeiten erreichen können.

Windkanal für die Stadtplanung

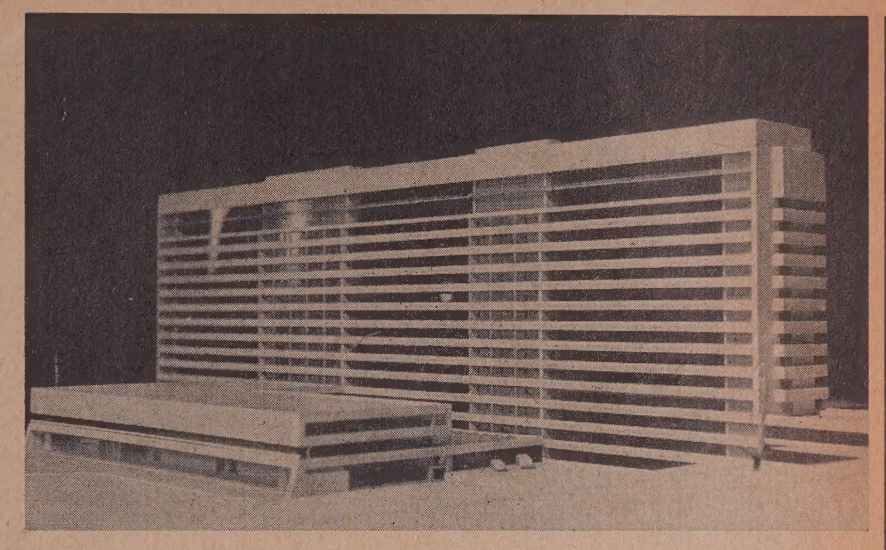
Das Institut für Mechanik der Moskauer Lomonossow-Universität prüft im Windkanal nicht nur Modelle von Kraftfahrzeugen und Schnelltriebwagen, sondern auch von Bauwerken und städtebaulichen Anlagen.

Vor kurzem wurde das Modell eines neuen Stadtteils von Leningrad im Windkanal auf auftretende Wirbelbildungen untersucht. Die Ergebnisse gestatten, neue Wohnkomplexe so anzuordnen, daß eine gute Durchlüftung ohne unangenehmen Zugwind gewährleistet wird.

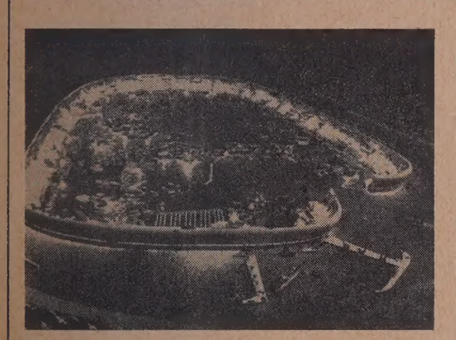
Ein anderer Versuch an einem Landschaftsmodell diente zur Bestimmung eines günstigen Standortes für eine neue Stadt.

Ehrung für Prof. Nicolajew

Am 8. Februar dieses Jahres verlieh die Fakultät für Bauwesen der Technischen Universität in Dresden die Ehrendoktorwürde an den Rektor des Moskauer Architekturinstituts, Prof. Dr.-Ing. habil. Iwan Sergejewitsch Nicolajew. In der Laudatio wies Prof. Wiel auf die Verdienste von Prof. Nicolajew auf dem Gebiet des Bauens und der Lehre hin. Der heute Achtundsechzigjährige ist seit 40 Jahren am Moskauer Architekturinstitut tätig.

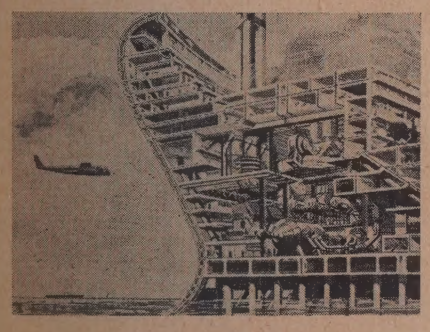


In Kischinjow, der Hauptstadt der Moldauischen SSR, entsteht dieses Gebäude, in dem sich ein Krankenhaus, eine Poliklinik und Einrichtungen der medizinischen Hochschule befinden werden. Das Krankenhaus wird einen Hubschrauberlandeplatz erhalten
Projektant: Architektenkollektiv des Instituts für Experimentalprojekte in Kiew



Modell von „Sea City"

Schnitt durch eine Sektion



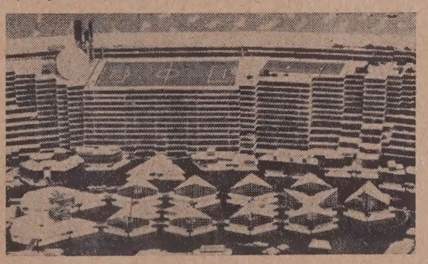
Wasser hat keine Balken

Dieses alte Sprichwort hielt die Architekten O. N. Arup, G. A. Jellicoe, E. D. Mills, H. Moggridge und die Ingenieure J. Martin und K. Anthony nicht davon ab, eine „Sea City", eine Stadt im Meer, vor der Ostküste Englands zu planen.

Sea City, eine auf Pfählen ruhende künstliche Insel in Form eines 16 Geschosse hohen Amphitheaters mit einer Lagune in der Mitte, soll 30 000 Menschen beherbergen.

Wirtschaftliche Grundlage der Stadt sollen vom Meeresboden gefördertes Erdgas als Energiequelle, Export von aus Entsalzungsanlagen gewonnenem Trinkwasser, Gewinnung seltener Elemente aus konzentrierter Salzsole und die Fischzucht bilden. Obwohl alle technischen Voraussetzungen für den Bau schon heute gegeben seien, wird mit dem Bau solcher Städte erst in 50 Jahren gerechnet.

Sportplatz auf dem Dach des Kraftwerks



Wird HfG Ulm gleichgeschaltet?

Die Existenz der in der ganzen Welt bekannten Hochschule für Gestaltung in Ulm, einer Einrichtung der Geschwister-Scholl-Stiftung, ist bedroht. Angeblich aus finanziellen Gründen soll sie einer staatlichen Einrichtung angeschlossen werden. Die Bundesregierung, die bekanntlich Milliardensummen für die Rüstung ausgibt, hat der HfG für 1968 den Bundeszuschuß in Höhe von 200 000 DM gestrichen. Warum? Die Studentenvertretung sagt in einer dazu veröffentlichten Feststellung u. a.:

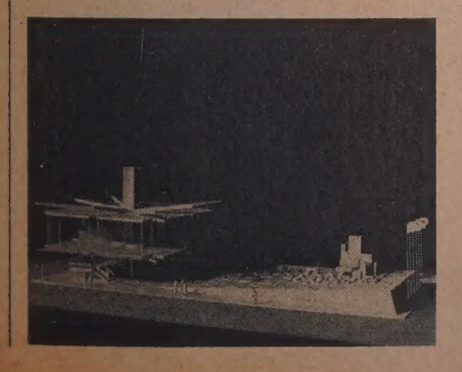
„... Über einige entscheidungsträchtige Würdenträger wird die Äußerung berichtet, daß ihnen eben die ganze Richtung nicht paßt und daß man die HfG in den Griff bekommen müßte!" Weiter wird darin gesagt: „Darüber hinaus darf die landläufige Meinung recht haben, daß es heutzutage einer Institution sichtlich nicht mehr zum Vorteil gereicht, zur Erinnerung an die revolutionäre Tat zweier dafür vom faschistischen Regime ermordeten Studenten gegründet worden zu sein."

Die HfG hat in den letzten Jahren nicht nur zahlreiche internationale Preise erhalten, aus ihren Reihen kamen auch eigene Meinungen. Der Geist des Antifaschismus wurde wachgehalten. Das allein ist schon in Bonn unerwünschter Nonkonformismus. Lehrkräfte haben ein politisches Engagement von den Architekten gefordert. Da ist es aus mit der „freien Hochschulverfassung". Da wird, wie die Ulmer Studenten schreiben, die Alternative gestellt „Friß Vogel oder stirb".

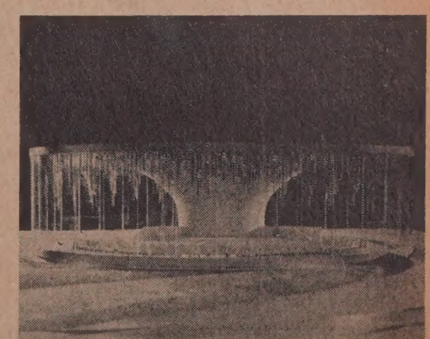
(Die „deutsche architektur" wird in ihrem nächsten Heft einen bemerkenswerten Vortrag des Prorektors der HfG in Ulm, Claude Schnaidt, veröffentlichen.)

Expo 70
Was trägt man in Osaka?

Die Haute Couture der Architektur auf der Expo 70 in Osaka wird manches Neue bringen. Kenzo Tange, der den Generalplan für das 330 ha große Gebiet der Weltausstellung in den Senri-Bergen bei Osaka entwarf, wird es nicht leicht haben, die eigenwilligen Ideen vieler Entwerfer unter einen architektonischen Hut zu bringen.
Erste Projekte für Ausstellungsbauten veröffentlichte die japanische Projektierungsfirma Takenaka Komuten: den kleinen Pavillon „Beautilion" (links), das neben dem sowjetischen Pavillon liegende, 40 m hohe schwebende Theater und Ausstellungsräume mit dem Thema „Mensch und Energie" (Mitte) und einen glaseiszapfenbehangenen Trauungspavillon (rechts).







Walter Ulbricht zum 75. Geburtstag



„Das Ringen um qualitativ neue Ergebnisse in der architektonischen Gestaltung ganzer städtebaulicher Ensembles ist eine zutiefst gesellschaftspolitische Aufgabe. Es erfordert von den Projektanten und Städteplanern in erster Linie klare Vorstellungen über das Wesen und die Perspektive unserer gesellschaftlichen Entwicklung, um die Aufgaben der Gegenwart mit wissenschaftlicher Weitsicht zu lösen", so heißt es in dem Brief, den der Erste Sekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Walter Ulbricht, am 5. Januar 1968 an mich als den Präsidenten des Bundes Deutscher Architekten und damit an alle Architekten unserer Republik gerichtet hat. Mit besonderem Nachdruck wird darin die Aufgabe gestellt, in Vorbereitung des 20. Jahrestages der Deutschen Demokratischen Republik „mit den Mitteln der Baukunst dazu beizutragen, das Streben der Bürger unseres Staates nach einem kulturvollen Leben in schönen Städten und Dörfern zu fördern, den Stolz auf ihre sozialistische Heimat zu vertiefen und das gewachsene internationale Ansehen unserer Republik weiter zu erhöhen".

Der Brief war die Antwort des Genossen Walter Ulbricht auf einen Bericht, den ich Ende vergangenen Jahres über die Ergebnisse der von zahlreichen Mitgliedern des BDA anläßlich des VII. Parteitages der SED eingegangenen Verpflichtungen dem Zentralkomitee der Partei übermittelt hatte.

Für uns Städtebauer und Architekten der DDR enthält der Brief ein ganzes Programm der weiteren Arbeit, wie es sich aus den Beschlüssen des VII. Parteitages ableitet. Wir sind sehr froh darüber, daß sich die Partei der Arbeiterklasse und die Staatsführung und in besonderem Maße Genosse Walter Ulbricht so intensiv den herangereiften neuen Aufgaben und Problemen des Städtebaus und der Architektur bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus zuwenden.

Durch seine kritische Einschätzung des Standes in der Architekturentwicklung und durch seine weit vorausschauenden und richtungweisenden Darlegungen zum weiteren Weg der Herausbildung einer sozialistischen Architektur läßt uns Genosse Walter Ulbricht gerade jetzt in einer entscheidenden Phase der Entwicklung seine Hilfe angedeihen.

Wenn er die erstrangige gesellschaftspolitische Bedeutung von Städtebau und Architektur so nachdrücklich unterstreicht, so deshalb, weil alles, was wir bauen, aufs engste und in vielfältigster Weise mit den verschiedenen Seiten unseres gesellschaftlichen Lebens verbunden ist und dazu beiträgt, den Menschen und der sozialistischen Menschengemeinschaft eine kulturvolle Umwelt, ein die sozialistische Lebensweise förderndes Lebensmilieu zu schaffen. Es ist kein Zufall, daß Genosse Walter Ulbricht in seinem Referat auf dem VII. Parteitag der SED die Aufgaben des Städtebaus und der Architektur nicht nur im Zusammenhang mit dem Bauwesen dargelegt hat, sondern bei der Herausarbeitung der allgemeinen Entwicklungstendenzen der sozialistischen Kultur noch einmal ausführlich und sehr bildhaft auf den Städtebau und die Architektur zu sprechen kam. Es ging ihm darum, klarzumachen, daß wir mit unseren Bauwerken und Ensembles nicht nur Gebrauchswerte, sondern auch Kulturwerte von großer Bedeutung schaffen.

Auch die Ausführungen Walter Ulbrichts auf der 5. Sitzung des Staatsrates zur Entwicklung der sozialistischen Kultur in der DDR enthalten die Aufforderung, die schöpferischen Talente des Architekten und die künstlerischen Fähigkeiten des bildenden Künstlers zusammenzuführen, um in den städtebaulichen Ensembles und Bauwerken eine Synthese der beiden Künste zu erreichen, mit dem Ziel, die neuen Wesenszüge der sozialistischen Architektur zu bereichern und die Aussagekraft und die Wirksamkeit der Werke der Baukunst zu erhöhen.

In all den Jahren, in denen sich Genosse Walter Ulbricht mit Fragen des Bauwesens beschäftigt, hat er stets das jeweils entscheidende Kettenglied erkannt. So galt geraume Zeit sein Hauptinteresse der Schaffung materiell-technischer und ökonomischer Voraussetzungen für eine hohe Leistungsfähigkeit und Effektivität der Bau- und Baustoffindustrie. Es kam dann der Zeitpunkt, wo es vor allem darum ging, auch die Architektur des industriellen Bauens meistern zu lernen, und so konzentrierte Genosse Ulbricht seine Kritik auf die Erscheinungen des Schematismus und der Monotonie und forderte eine abwechslungsreiche, für die einzelnen Bezirke der DDR typische Architektur.

Im Zusammenhang mit der verstärkten Prognosetätigkeit auf allen Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens stellte er die außerordentlich bedeutsame Aufgabe, die in den Territorien der Bezirke vor sich gehenden gewaltigen Veränderungen in der Sphäre der Produktion und in der gesellschaftlichen Entwicklung in ihrer Wechselwirkung prognostisch zu erfassen, um die daraus erwachsenden baulichen Bedürfnisse aufeinander abzustimmen und weit vorausschauend zu planen. Damit wurden entscheidende Arbeiten auf dem Gebiet der Generalbebauungsplanung der Bezirke und Städte eingeleitet.

Eine ebenso große Bedeutung messen wir Städtebauer und Architekten den von Genossen Walter Ulbricht immer wieder geäußerten Hinweisen zu, mit denen er auf die Ausarbeitung einer umfassenden Architekturtheorie orientierte. Wir können heute zumindest von ersten erfolgversprechenden Ansätzen auf diesem Gebiet sprechen, die nicht zuletzt darin zum Ausdruck kommen, daß die Architekturtheorie ebenfalls von der gesellschaftspolitischen Aufgabe des Städtebaus und der Architektur ausgeht und die Architektur als einen wesentlichen Teil der Umweltgestaltung, als gebaute räumliche Umwelt ansieht.

Auf diese Weise kommt sie über die Bestimmung der Architektur als einem gesellschaftlichen Teilsystem im Gesamtsystem der Gesellschaft zu einer ganzheitlichen Betrachtung von Herstellung, Funktion und Erscheinung der Architektur.

Bei der gesellschaftspolitischen Bedeutung der Architektur ist es nur zu verständlich, daß der Staatsratsvorsitzende die Aufgabe stellt, die neue Etappe auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur, die mit den Beschlüssen des VII. Parteitages eingeleitet wurde, anläßlich des 20. Jahrestages der Gründung unserer Republik zu einem weithin sichtbaren Höhepunkt zu führen. Diesem Thema war ein Gespräch gewidmet, das Genosse Walter Ulbricht Ende 1967 mit Vertretern der Partei, der Staatlichen Leitung, der Wissenschaft und Praxis auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur führte und an dem ich als Präsident des Bundes Deutscher Architekten teilnehmen konnte. Solche unmittelbaren Kontakte mit dem Politiker und Staatsmann Walter Ulbricht lösen in ganz besonderem Maße Impulse für die Erfüllung der vor uns stehenden Aufgaben aus. So auch bei diesem

Gespräch. Am Anfang stand eine lebhafte und freimütige Aussprache über Ideen und Vorschläge zur Lösung von wichtigen Bauaufgaben, und zwar an Hand von Studien, Projekten und Modellen. Dann erläuterte Genosse Walter Ulbricht die bedeutsame Aufgabe, bis zum 20. Jahrestag der DDR beim weiteren Aufbau der Stadtzentren einer Reihe von Städten, besonders der Hauptstadt Berlin, geschlossene städtebauliche Ensembles zu schaffen, die eine hohe architektonische Wirksamkeit ausüben und die Vorzüge unserer sozialistischen Ordnung überzeugend widerspiegeln. Später erweiterte Genosse Ulbricht den Gegenstand des Gespräches und lenkte unsere Aufmerksamkeit auf die kulturvolle Gestaltung der Industriekomplexe, der Wohngebiete, der Siedlungsschwerpunkte auf dem Lande sowie vorhandener und neuer Erholungsgebiete. Wie immer stellte er aber nicht nur Aufgaben, sondern zeigte auch die Wege auf zur Erreichung der weit gesteckten Ziele. Dabei unterstrich er die große Bedeutung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit aller Beteiligten, vom gesellschaftlichen Bauherrn über die Städtebauer, Architekten und bildenden Künstler bis zu den Bauarbeitern auf der Baustelle.

Inzwischen ist diese Gemeinschaftsarbeit in den Bezirken und Städten der Republik in Gang gekommen, was zu einem erfreulichen Aufschwung in den grundsätzlichen Auseinandersetzungen und in der schöpferischen Arbeit auf dem Gebiete des Städtebaus und der Architektur geführt hat. Dabei haben gerade die im Brief des Genossen Walter Ulbricht an den Bund Deutscher Architekten angesprochenen grundsätzlichen Fragen eine mobilisierende Wirkung nicht nur bei den Architekten, sondern darüber hinaus bei allen Verantwortlichen in den Räten unserer Bezirke und Städte ausgeübt.

Alle Architekten der DDR danken Genossen Walter Ulbricht für seinen Brief und für das ihnen darin entgegengebrachte große Vertrauen. Sie danken für die Hilfe, die ihnen durch die wegweisenden Ideen und Hinweise gegeben wurde, und fühlen sich verpflichtet, ihre ganze Kraft, ihre Kenntnisse und schöpferischen Fähigkeiten bei der Lösung der Schwerpunktaufgaben einzusetzen.

Sie betrachten den konzentrierten und beschleunigten Aufbau der Stadtzentren nicht als eine kurzfristige Aktion, sondern als eine gesellschaftspolitische Aufgabe von ganz besonderem Rang im Gesamtprozeß der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, weil in den bedeutenden zentralen städtebaulichen Ensembles sich der humanistische Ideengehalt des Sozialismus in den gemeinsamen Werken der Städtebauer, Architekten, bildenden Künstler und Gartengestalter besonders stark manifestiert.

Als Präsident des Bundes Deutscher Architekten möchte ich im Namen aller Architekten der DDR unserem hochverehrten Genossen Walter Ulbricht zu seinem 75. Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche übermitteln und ihm versichern, daß wir alles tun werden, um zum 20. Jahrestag unserer sozialistischen Republik das Gesicht unserer Städte und Dörfer noch schöner zu gestalten.

Prof. Dipl.-Arch. Edmund Collein
Präsident des Bundes Deutscher Architekten

Gedanken zum Brief des Staatsratsvorsitzenden an den Präsidenten des BDA

Architektur – ein wesentlicher Bestandteil unserer nationalen Kultur

Professor Hanns Hopp, Berlin

Der Brief des Ersten Sekretärs des ZK der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, erfüllt die Mitglieder des BDA mit Stolz und Dankbarkeit. Mit Stolz über die anerkennenden Worte zu unseren bisherigen Leistungen, obgleich wir wissen, daß wir selbst noch keinen Grund zu beruhigender Zufriedenheit haben. Mit Dankbarkeit für die ausführlichen Hinweise, die Genosse Ulbricht uns für die weitere Arbeit unseres Bundes und aller Architekten gab. Mit Recht heißt es in dem Brief, daß es „mehr denn je gilt, mit den Mitteln der Baukunst dazu beizutragen, das Streben der Bürger und des Staates nach einem kulturvollen Leben in schönen Städten und Dörfern zu fördern und den Stolz auf ihre sozialistische Heimat zu vertiefen". Diese Forderung weist darauf hin, daß die Architektur ein wichtiger Bestandteil unserer nationalen Kultur ist und den Architekten auch eine kulturelle Verantwortlichkeit auferlegt wurde.

Wir müssen eingestehen, daß es uns bisher noch nicht gelungen ist, diese Forderung in ausreichendem Maße zu erfüllen. In der begonnenen Projektierung und dem Aufbau unserer Stadtzentren ist noch nicht zu erkennen, daß sie ein gerade für ihre Stadt charakteristisches Gepräge und eine Einmaligkeit aufweisen werden, die notwendig sind, um in ihren Bewohnern das Gefühl der Heimat zu erwecken. Zwar lassen die wissenschaftliche Durchdringung des Bauprozesses und die Industrialisierung der Baumethoden ein Lokalkolorit im alten Sinne nicht mehr zu. Trotzdem ist zu erreichen, daß durch die Anlage der Plätze, die Führung der Straßen, durch die Stellung und Gestaltung gesellschaftlicher Bauten von besonderer Bedeutung, durch die aufmerksame Berücksichtigung und Ausnutzung der topographischen Gegebenheiten und durch die Erhaltung alten Baumbestandes das Zentrum oder das Wohngebiet ein würdevolles Gesicht erhält oder bewahrt. In dem Brief wird auch daran erinnert, welche Bedeutung die Gestaltung der Grünanlagen für das städtische Leben und das Wohlbefinden der Bürger hat.

Nur zu oft wurde dieser wichtige Teil der komplexen Aufgabe durch ökonomische Fesseln gedrosselt und bis zur Kümmerlichkeit eingeschränkt. Dabei sollten die Grünanlagen so ausgestattet werden, daß sie als erweiterter Wohnraum im Freien von den Bewohnern genutzt werden können.

Politische Einsicht, Phantasie und prognostische Vorstellungsgabe, technisches Können und ökonomisches Denken, wissenschaftliche Kenntnisse aus anderen Bereichen müssen im Städtebau in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit vereint werden. Der BDA stellt sich die Aufgabe, seine Mitglieder zu solcher sozialistischen Gemeinschaftsarbeit immer wieder anzuregen. Sein Ziel geht dahin, zu erreichen, daß auch die Bevölkerung durch Gedanken und Vorschläge an ihrer Stadt mitbaut.

Eine Zeitlang waren wir befangen in den technischen Problemen, die das industrielle Bauen stellte, und wir wandten alle Aufmerksamkeit seiner zunehmenden Perfektion zu. Trotzdem ist uns die hohe politische Bedeutung von Architektur und Städtebau immer bewußt geblieben. Der Brief von Walter Ulbricht verpflichtet uns, neue und erhöhte Anstrengungen zu unternehmen, um die kommenden Aufgaben auf diesem wichtigen Gebiet unseres Faches zu meistern.

Gemeinsam geht es besser

Dipl.-Ing. Joachim Näther, Berlin

Der Brief des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Genossen Walter Ulbricht, an den Präsidenten des BDA hat bei uns Architekten großes Echo ausgelöst. Die darin enthaltenen prinzipiellen Hinweise zur Gestaltung unserer Städte als der räumlichen Umwelt für die neue sozialistische Menschengemeinschaft betrachten wir als einen gesellschaftlichen Auftrag von größter Bedeutung und Tragweite. In den bisherigen, angeregten Diskussionen über den Inhalt des Briefes zeigte es sich, daß viele neue Impulse für unsere schöpferische Arbeit ausgelöst wurden.

In der Hauptstadt der DDR, Berlin, konzentrieren wir uns immer stärker auf den Aufbau des Stadtzentrums. Aus Gesprächen mit Besuchern aus vielen Ländern tritt immer deutlicher hervor, daß die ersten sichtbaren Ergebnisse der Neugestaltung des Berliner Zentrums große Beachtung und Anerkennung finden. In diesem Zusammenhang erhöht sich gleichzeitig das gewachsene internationale Ansehen unserer Republik. Die Entwicklung von Städtebau und Architektur ist damit mitten in den Kampf um die Stärkung unserer Republik gestellt und bildet eine erstrangige gesellschaftspolitische Aufgabe. Daher werden wir unsere Anstrengungen in noch höherem Maße darauf richten, dem Stadtzentrum neue Ensembles, wie den Alexanderplatz und den Komplex Rathausstraße – Liebknechtstraße hinzuzufügen. Die weitgehende Fertigstellung dieser umfangreichen Bauaufgaben ist der Beitrag der Berliner Bauschaffenden zum 20. Jahrestag unserer Republik.

Bei der Gestaltung dieser neuen Ensembles haben sich auch erste Erfolge in der Weiterentwicklung unserer sozialistischen Architektur ergeben. Sie bestehen in einer lebendigen Komposition der Baumassen und in einer starken Plastizität und Differenziertheit der Baukörper auf der Grundlage des industriellen Bauens.

Durch die genaue Beachtung der konkreten städtebaulichen Situation konnten für das Stadtbild typische und einprägsame Ensembles entstehen. Gleichzeitig

sind die neuen Ensembles wiederum Bestandteil einer harmonischen Gesamtgestaltung der Stadt und ihres Zentrums. In diesem übergeordneten künstlerischen Prinzip erkennen wir einen der großen Vorzüge sozialistischen Städtebaus. Auch bei der Gestaltung neuer Wohngebiete im Stadtzentrum, besonders bei der Ausarbeitung einer großen Zahl von Varianten für Wohnhochhäuser, konnten Fortschritte erzielt werden.

Der Schlüssel zu diesen ersten Erfolgen war die sozialistische Gemeinschaftsarbeit. Stadtplaner, Architekten, Technologen und Ökonomen gingen gemeinsam an die Lösung ihrer Aufgaben heran. Wissenschaftler der Bauakademie und staatliche Leiter gaben ständig Hilfe und Unterstützung. Immer wieder wurden die Zwischenergebnisse der Arbeit kritisch und schöpferisch zur Diskussion gestellt. Mit der Verbesserung der architektonischen Ergebnisse gingen neue technologische Verfahren einher, die entscheidende Verkürzungen der Bauzeit ermöglichen. Schließlich gelang es auch, vorgegebene Kostenkennziffern besser einzuhalten und eine höhere Ökonomie zu sichern.

Gemeinsam geht es besser, und die Ergebnisse dieser engen Zusammenarbeit werden bereits mit gutem Erfolg für die Ausarbeitung neuer Aufgaben in Anwendung gebracht.

Dabei ist es uns ein besonderes Anliegen, bildende Künstler in die sozialistische Gemeinschaftsarbeit einzubeziehen. Die Werke der bildenden Kunst steigern die städtebaulich-architektonische Wirkung der neuen Ensembles. In diesem Zusammenhang hat sich der Brief des Genossen Walter Ulbricht außerordentlich belebend auf das schöpferische Zusammenwirken von Architekten und bildenden Künstlern ausgewirkt. Die Herstellung einer echten Synthese von Architektur und bildender Kunst sowie die inhaltliche Darstellung unserer gesellschaftlichen Entwicklung stellen das Ergebnis der gemeinsamen Bemühungen dar.

Wir Architekten sind in besonderem Maße von dem großen Vertrauen berührt, das uns Genosse Walter Ulbricht in seinem Brief für die Lösung unserer schönen und bedeutungsvollen Aufgaben entgegenbringt. Dieses Vertrauen werden wir durch den Einsatz unseres ganzen fachlichen Wissens und durch schöpferische Leistungen rechtfertigen. Unser Ziel ist es, dazu beizutragen, bis zum 20. Jahrestag der DDR in der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte einen großen Schritt voranzukommen und für unsere sozialistische Menschengemeinschaft eine den humanistischen Ideen unserer Gesellschaft entsprechende Umwelt zu schaffen.

Unsere Ideen haben an Kühnheit gewonnen

Dipl.-Architekt Iris Grund, Neubrandenburg

Eine neue Etappe auf dem Gebiet des Städtebaus und der Architektur wurde mit den Beschlüssen des VII. Parteitages eingeleitet. In diesem Zusammenhang werden in dem Brief des Genossen Walter Ulbricht an den Präsidenten des BDA, Prof. Collein, den Architekten unserer Republik klar formulierte Aufgaben gestellt.

Wodurch unterscheidet sich die Aufgabenstellung der neuen Etappe von unseren bisherigen Bestrebungen?

Um Mißdeutungen zu vermeiden, möchte ich an den Anfang stellen: Es kann gar nicht darum gehen, alles bisher völlig erarbeitete beiseite zu schieben und nun einmal etwas ganz anderes zu probieren.

Es geht nicht darum, daß die mit guten Ergebnissen verfolgte Richtung der Industrialisierung, das Streben nach Einheit von Ökonomie und Schönheit, das Bemühen um eine aus dem gesellschaftlichen Inhalt heraus entwickelte Architektur falsche Zielstellungen gewesen wären.

Es geht um höhere Qualitäten in der Architektur, die, ausgehend von dem bisher Erreichten, mit revolutionärem Geist und Tempo in historisch kürzester Frist sichtbar werden müssen.

Es geht um anspruchsvollere Maßstäbe. Die progressive Unzufriedenheit gehört zum Wesen unserer Epoche.

Die Aufgabenstellung der Architektur kann nicht statisch sein innerhalb einer Gesellschaft, die in hohem Maße dynamisch ist. Zu allen Zeiten spiegelte die Baukunst die jeweilige gesellschaftliche Ordnung wider, bewußt gestaltet oder unbewußt erreicht.

Wir wissen aus dem Studium unserer großen baukünstlerischen Traditionen um die Wirksamkeit der Architektur.

Wir wissen, daß das deutsche Volk erstmalig in der Geschichte Deutschlands in der Deutschen Demokratischen Republik sein gesellschaftliches Dasein bewußt und nach seinem Willen gestaltet.

Das kulturelle Niveau dieser Epoche erfordert und ermöglicht, daß wir Architekten Bauten und städtebauliche Ensembles gestalten, die Baukunst sind in der komplexen Bedeutung dieses Begriffes, mit dem Bewußtsein, fördernd, nutzbringend, erfreuend und huldigend in eine große revolutionäre Leistung unseres Volkes eingebunden zu sein.

Höhere Anforderungen erfordern verbesserte, veränderte Methoden zur Bewältigung. Die Zusammenführung von Projektierung und Bauausführung ist nicht nur eine formale Strukturveränderung. Sie ist auch nicht mit der Absicht oder dem Ergebnis verbunden, letzte noch vorhandene Gestaltungsfreiheiten zu verhindern, wie manche Architekten meinen.

Unmittelbarste Verbündete für das Produkt ihrer täglichen Arbeit, für seine Qualität sind für die Architekten die Ingenieure, Meister und Bauarbeiter der Bauausführung.

Wenn manche Projektierungsingenieure glauben, mit der termingemäß ausgelieferten Projektmappe sei die Aufgabe erfüllt, so ist das ein grundsätzlicher Irrtum nicht nur in bezug auf das neue ökonomische System. Eine solche Einstellung entspricht genausowenig der Komplexität der Aufgabe und Verantwortung jedes Bauschaffenden für das Finalprodukt.

Um eine für die Deutsche Demokratische Republik typische Architektur zu schaffen, ist das sinnvolle Zusammenwirken von der Idee über die Projektierung bis zur Durchführung in echter Gemeinschaftsarbeit aller am Finalprodukt „Bauwerk" Beteiligten notwendig.

Unsere bisher in Neubrandenburg gemachten Erfahrungen in der fachlich-freundschaftlichen Zusammenarbeit mit den Kollegen des Baubetriebes haben gezeigt, daß unsere Ideen an Kühnheit gewonnen haben, daß unsere Projekte reifer wurden.

Wir sind überzeugt, daß mit dieser Methode auch unsere Bauten an Schönheit gewinnen werden.

Größe und Begeisterungsfähigkeit unserer Aufgaben übertreffen auch im Bezirk Neubrandenburg alles Bisherige. Und dies nicht nur qualitativ im Sinne des eingangs Gesagten, sondern auch quantitativ.

Es ist zu einer Aufgabe des Tages geworden, eine Vielzahl alter mecklenburgischer Kleinbürgerstädtchen und Dörfer aus der Zeit der Leibeigenschaft umzugestalten. In den letzten Jahren wurden von den Bauarbeitern bewundernswerte Leistungen vollbracht, um die Wohnungsprobleme auf dem Lande zu lösen. Der Beitrag der Architekten zu dieser Aufgabe war zu gering. Städtebaulich und architektonisch wurde sie nicht gemeistert. Im alten Mecklenburg vollzog sich in kürzester Frist eine zutiefst revolutionäre Veränderung der landwirtschaftlichen Produktion.

Modernste, industriemäßige Großanlagen beherrschen das Landschaftsbild. Herren und Beherrscher der Produktion sind Wissenschaftler, Ingenieure, Diplom-Landwirte. Aber sie leben und wohnen in der vom Feudalismus geprägten und geformten Umwelt ihrer Väter und Großväter.

Natürlich sind sie damit nicht zufrieden. Schnellstens ist hier von den Architekten konkrete Arbeit zu leisten, um diesen Widerspruch zu beseitigen. Wo, wenn nicht hier, können sich schöpferische Phantasie und künstlerische Meisterschaften beweisen und bewähren. Wo, wenn nicht auch hier, müssen städtebauliche und architektonische Leistungen durch Klarheit und Originalität unsere sozialistische Gesellschaftsordnung überzeugend widerspiegeln und Wesenszüge schaffen, die für die sozialistische Architektur der Deutschen Demokratischen Republik typisch sind.

Die gesellschaftlichen Veränderungen in der Stadtgestalt sichtbar machen

Dipl.-Architekt Werner Lonitz, Gera

Die hohe Verantwortung, die wir Architekten und Städtebauer bei der Neuordnung unserer Städte und ihrer Umwelt tragen, geht mit einer solchen klaren Definition aus dem Schreiben des Vorsitzenden des Staatsrates Walter Ulbricht hervor, wie sie selten formuliert wurde.

Es geht bei der Gestaltung und bei dem Neuaufbau unserer sozialistischen Heimat mit ihren Städten und Dörfern nicht um die Durchsetzung einer falsch verstandenen betrieblichen Ökonomie oder um den individualistischen und modischen städtebaulichen oder architektonischen Entwurf, sondern darum, wahre Heimstätten für die Bürger unserer Republik zu schaffen.

Kein Bürger wird eine falsch verstandene Ökonomie begreifen, die auf Kosten der baukünstlerischen Qualität, seiner wohnlichen Behaglichkeit oder einer schlechten Funktion entstanden ist. Mittelmäßigkeit bei der Bewältigung unserer großen Bauaufgaben in Städtebau und Architektur führte in den letzten Jahren oftmals zu berechtigten Kritiken und zur Monotonie.

Der baukünstlerisch gestaltete städtebauliche Raum als politischer und kultureller Mittelpunkt einer Stadt- oder Siedlungsanlage fehlte oftmals oder zeigte kein typisches, charakteristisches Gefüge. Modische und kopierte Motive förderten die Uniformierung vom mecklenburgischen Raum bis zum Thüringer Wald. Durch eine sehr starke Spezialisierung stellten die Randdisziplinen bei den Planungen überspitzte Forderungen, die von den Architekten und Städtebauern widerspruchslos als feste Fakten übernommen wurden.

Diese und andere Ursachen führten zu Lösungen, die nicht immer die Zustimmung unserer Bevölkerung fanden. Anderseits zeigen aber Lösungen von Karl-Marx-Stadt, Berlin, Magdeburg und andere, welche hohe Qualität wir bereits im industriellen Bauen und in der stadtbaukünstlerischen Gestaltung erreicht haben.

Es geht also darum, Wege zu suchen, wie mit Hilfe des industriellen Bauens, unter Beachtung des höchsten volkswirtschaftlichen Nutzeffektes in allen Disziplinen, städtebauliche und architektonische Ensembles entstehen, in denen der Bürger unserer Republik sich wohl und heimisch fühlt, in denen er die großen gesellschaftlichen Veränderungen verspürt und sie für sich voll nutzen kann, wo er nicht das Empfinden verspürt, nur in einer Schlaf- oder Siedlungsstadt zu wohnen, sondern wo er mit Mitteln der industriell gefertigten Bauten, der bildenden Kunst, der Kleinarchitektur, des gestalteten städtebaulichen Raumes, der Grün- und Landschaftsgestaltung erlebnisreiche, klare und topographisch typische architektonische Ensembles vorfindet, die ihn zum Verweilen und zur Gestaltung seiner Freizeit anregen, wo er in dem baukünstlerisch Gestalteten verspürt, was die Wesenszüge seiner sozialistischen Stadt gegenüber einer verbauten kapitalistischen Stadt sind.

Überwinden wir daher recht schnell die Mängel und verpflichten wir uns, daß die besten Ergebnisse auf den Gebieten der Architektur und des Städtebaus in unserer Republik Allgemeingut werden.

Die Ausnutzung der topograpischen Lage des Baugeländes, die Herstellung von Oberflächengestaltungen mit typischen örtlichen Baustoffen, eine Großzügigkeit in der Planung gegenüber einer kleinbürgerlichen Motivarchitektur, die Anwendung von traditions- und landschaftsbedingten Konstruktionsmerkmalen sind hierfür ebenso geeignete Mittel wie die Durchsetzung einer komplexen Erschließung und Baudurchführung, die Beherrschung der Bautechnologie und Netzwerkplanung und die wissenschaftliche Vorbereitung.

Die wertvolle historische Bausubstanz der Altstädte sollte mehr als bisher in die Rekonstruktionsmaßnahmen einbezogen werden. Durch die Schaffung von Fußgängerbereichen in den Altstadtkernen und durch die Nutzung der Erdgeschoßzonen der Gebäude für Spezialgaststätten, Kunstgewerbe- und Souvenirläden, für kleinere Ausstellungen, für stadtgeschichtliche und museale Betrachtungen, für Zentren des Informationsdienstes und vieles anderes würden Einrichtungen geschaffen, die den Einheimischen wie den Fremden zum erholsamen Besuch veranlassen.

Historische Straßenzüge könnten als kunst- und baugeschichtliche Lehrpfade ausgebildet werden und zur ästhetischen und wissenschaftlichen Bildung der Bürger beitragen. Durch solche Maßnahmen werden die Altstadtkerne nicht isoliert, sondern gesellschaftspolitisch mit dem Neuen unserer Tage zu einer Gesamtstadtkomposition verschmolzen.

In einer sehr früh einzusetzenden sozialistischen Gemeinschaftsarbeit muß der Städtebauer mit den Architekten der Baukombinate, mit den bildenden Künstlern, mit Soziologen, Verkehrsplanern, Hygienikern, Fachspezialisten und den Bauausführungsbetrieben zu einer gegenseitig befruchtenden Arbeit gelangen, die zum Ziel haben muß, baukünstlerische und städtebauliche Werke zu schaffen, die das Gesicht unserer sozialistischen Heimat neu formen. Hierzu gehört aber auch, daß ein Wohngebiet, eine neue Stadt oder die Rekonstruktion einer Altstadt nicht nach formal festgelegten Kommunikationspunkten geplant wird, sondern nach den Bedürfnissen derer, für die sie gebaut werden soll.

Die Mitglieder des BDA und der KDT in den Bezirken, Kreisen und Städten sollten mehr als bisher gemeinsame Fach- und Werkstattgespräche veranstalten und die Fragen der Schaffung einer neuen und schönen Heimat für die Bürger unserer Republik zum Anliegen der gesamten Intelligenz des Bauwesens machen.

Für gesellschaftliche Bauten werden die Leichtbauweisen neue Möglichkeiten bringen. Für Verkaufsstellen, Kindergärten, also für unsere Menschen, sollten moderne Konstruktionen und Baustoffe ebenso selbstverständlich werden wie heute bereits bei den Großanlagen der Produktion.

Bei dem Bestreben, das Dorfbild in den Siedlungsschwerpunkten schnell durch Konzentration der Neubauten und durch originelle architektonische Gestaltung zu verändern, dürfen wir jedoch nicht übersehen, daß in der vorhandenen Bausubstanz Milliardenwerte stecken. Meines Erachtens geht es allgemein darum, die Neubauten organisch in die erhaltenswerte Substanz einzufügen. Damit verschwindet schrittweise das alte Dorfbild. Baum und Strauch sollten bewußt als entscheidende Elemente der Dorf- und Landschaftsgestaltung ausgenutzt werden. So entstehen moderne sozialistische Siedlungen mit individuellem Gesicht, die große Anziehungskraft auf die Bewohner der anliegenden Dörfer haben werden. Jedoch dürfen wir auch nicht übersehen, daß trotzdem in vielen kleineren Dörfern noch längere Zeit Menschen wohnen werden. Auch sie wollen in einer schönen Umgebung leben.

Um den sich auf dem Lande vollziehenden gesetzmäßigen Konzentrationsprozeß mit den Baumaßnahmen entsprechend unseren volkswirtschaftlichen Möglichkeiten optimal zu fördern, sind klare Führungskonzeptionen und eine zielstrebige staatliche Leitung erforderlich. Insbesondere ist eine systematische fachliche Anleitung des Bauaktivs vonnöten. Deshalb ist es meiner Meinung nach an der Zeit, daß die Räte der Kreise Kreisarchitekten berufen.

Bei der fachlichen Beratung der Räte der Gemeinden und der Bauaktivs können sich die Mitglieder des BDA verdient machen. Eine solche, auf gegenseitige Anerkennung und auf Vertrauen beruhende Zusammenarbeit könnte große schöpferische Potenzen erschließen. Dieser Vorschlag läßt sich nicht sofort überall verwirklichen. Ich bin aber überzeugt, wenn wir gute Leistungen gebührend anerkennen und in der Öffentlichkeit würdigen, betrachten es unsere Kollegen bald als Auszeichnung, wenn sie von einer Gemeindevertretung in ein Bauaktiv berufen werden.

Soweit einige Gedanken. Sie konzentrieren sich bewußt auf die Zusammenarbeit der Architekten mit den Menschen in unseren Dörfern. Dieser Problematik, glaube ich, müssen wir unsere Aufmerksamkeit ganz besonders widmen.

Moderne Siedlungen auf dem Lande

Dipl.-Ing. Martin Grebin, Rostock

In dem Schreiben des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates, Walter Ulbricht, an unseren Präsidenten wird hervorgehoben, daß es vor allem darum geht, durch konzentrierten Einsatz der Kräfte und Mittel im Rahmen des Perspektivplanes für die weitere Umgestaltung der Siedlungsschwerpunkte auf dem Lande geschlossene städtebauliche Ensembles zu schaffen, die eine hohe architektonische Wirksamkeit ausüben und die Vorzüge unserer sozialistischen Ordnung überzeugend widerspiegeln. Dazu einige Gedanken.

Diese Forderung findet ein großes Echo bei den Städtebauern und Architekten. Sie bietet die Möglichkeit, auf unserem Fachgebiet entscheidend dazu beizutragen, die Arbeits- und Lebensbedingungen des überwiegenden Teiles unserer Landbevölkerung schneller zu verbessern.

Ideenreiche Entwürfe, gutes und schnelles Bauen sind aber nur eine Seite. Voraussetzung dafür ist, daß wir besser mit den Dorfbewohnern, den Gemeindevertretungen und Räten der Gemeinden ins Gespräch kommen. Dabei können die guten Erfahrungen mit städtebaulichen und architektonischen Wettbewerben weiterhelfen.

Es wäre zu begrüßen, wenn nach und nach die betreffenden Gemeinden Wettbewerbe zur Umgestaltung der Siedlungsschwerpunkte ausschreiben und die Architekten ihres Kreises und der Nachbarkreise zur Teilnahme auffordern würden. Wenn es auch nicht immer gleich republikoffene Wettbewerbe sind, so lernen doch dabei sowohl die Architekten als auch die Dorfbewohner. Es schält sich die Konzeption für die schrittweise Umgestaltung des Dorfes zur modernen sozialistischen Siedlung heraus. Damit würde es leichter sein, Entscheidungen für die nächsten Neubauvorhaben zu treffen.

Vor allem aber wissen die örtlichen Organe und die Einwohner, wie die örtlichen Mittel und Kapazitäten am besten für die Werterhaltung und Modernisierung anzusetzen sind und wie sie im Rahmen der Torgauer Initiative selbst Hand anlegen können, um ihr Dorf systematisch zu verschönern. Sie haben ein Ziel, das sie selbst ausgearbeitet haben. Hierbei haben die Architekten und die Fachgruppe „Ländliches Bauen" des BDA sehr interessante Aufgaben.

Nun zum Wie. Zuerst müssen wir energisch Schluß machen mit dem Neubauen am Rande des Dorfes. Die neuen Wohn- und Gesellschaftsbauten gehören in den Ortskern. Dabei wird das eine oder andere alte Haus fallen müssen. Unsere ländlichen Siedlungsschwerpunkte sollten sich von innen nach außen entwickeln. Es ist nicht mehr zu verantworten, daß in einem Bezirk auf dem Lande nur ein Wohnungstyp gleicher Größe gebaut wird. Nötig ist ein differenziertes Angebot mit unterschiedlichen Blocklängen und Geschoßzahlen. Sehr zu wünschen wären Wohngebäude mit punktförmigem Grundriß und mehr als drei oder vier Geschossen. Solche Baukörper würden insbesondere die Dörfer der weiträumigen Landschaft der Nordbezirke architektonisch bereichern. Sie sind außerdem vorzüglich geeignet für das Bauen im Ortskern und lassen sich besser einfügen als 40 oder 50 m lange Wohnblocks.

Freiheit der Gestaltung ist nicht Willkür

Dipl.-Ing. Rudolf Weißer, Karl-Marx-Stadt

In dem Brief des Vorsitzenden des Staatsrates an den Präsidenten unseres Bundes wird von der Originalität und der schöpferischen Phantasie in unseren städtebaulichen und architektonischen Leistungen gesprochen und von einer neuen Qualität der Einheit von Ökonomie, Technik, Funktion und baukünstlerischer Gestaltung. Der Ton liegt auf „Einheit", und die erste Aufgabe des Architekten müßte sein, diese verschiedenen Komponenten nach den Besonderheiten des jeweiligen Vorhabens gegeneinander sinnvoll abzustimmen und Einseitigkeiten auszuschließen. Im Prinzip besteht Klarheit, aber im praktischen Fall treten eben doch Disproportionen auf, die diese Einheit im Sinne einer glücklichen Ausgewogenheit stören.

Was unserer Entwurfsarbeit vorausgehen muß, ist eine gedankliche Auseinandersetzung, eine geistige Durchdringung der Aufgabe mit dem Ziel, die erwähnten Komponenten zu jener geforderten und notwendigen Einheit zu ordnen. Mir scheint, daß wir zuweilen den Bleistift vorzeitig ansetzen, noch ehe diese Ordnung und Einschätzung der Einflüsse gewonnen sind. Wir laufen damit Gefahr, uns im Nur-Ästhetischen, wenn nicht sogar im Modernistischen zu verlieren oder mit konstruktiv-technischen Additionen gleicher Elemente eine scheinbare Ordnung zu erreichen, die in Wirklichkeit nur eine monotone, weil mechanische Vervielfachung ohne Aussage ist.

Mit dem Hinweis auf die Bedingungen des industriellen Bauens sind solche Erscheinungen nicht zu motivieren. Ohne technisch-konstruktive, ökonomische und funktionelle Bedingungen ist zu keiner Zeit ein Bauwerk entstanden. Zugegeben, daß übertriebene vielschichtige funktionelle Forderungen der Auftraggeber uns zuweilen besonders in der Gestaltung der Innenräume über Gebühr einengen. Dennoch muß gesagt werden, daß Freiheit der baukünstlerischen Gestaltung nichts zu tun hat mit der Willkür subjektiver Phantasie, durch die sich der Architekt zum raffinierten „Darsteller" degradiert, der es anderen überläßt, seine „Einfälle" zu bauen. Das notwendige Regulativ der baukünstlerischen Gestaltung ist die Frage nach der konstruktiv-technischen Durchführbarkeit, wodurch gleichzeitig die Berücksichtigung ökonomischer Belange gewährleistet wird.

Seinem Wesen nach ist der Architekt einer, der baut, nicht einer, der zeichnet. Seine Verbindung zur Baustelle ist deshalb Grundvoraussetzung für seine Arbeit. Ich vertrete die Meinung, daß die baukünstlerische Gestaltung nur insoweit gut sein kann, wie sie sich auf der Grundlage einer sauberen und klaren Konstruktion vollzieht. Hier bestehen wichtige Zusammenhänge zwischen der Arbeit des Architekten und den ökonomischen Belangen des Ausführungsbetriebes. Je klarer und einfacher die konstruktiv-technische Durchbildung des Projektes ist, um so besser wird das ökonomische Ergebnis sein.

Wohlgemerkt, ich spreche von klar und einfach, nicht von bequem im Sinne einer mitunter angestrebten Simplifikation. Ich spreche von ökonomisch und nicht von billig. Wenn der Vorsitzende des Staatsrates mit Recht von Aufgaben spricht, „die in ihrer Größe, aber auch in ihrer Begeisterungsfähigkeit alles Bisherige übertreffen", so ergibt sich daraus die Schlußfolgerung, daß außergewöhnliche Aufgaben auch außergewöhnliche Anstrengungen erfordern, beim Auftraggeber, beim Architekten und beim Baubetrieb.

Aufruf an alle Architekten zum 20. Jahrestag der DDR

Aus der Verpflichtung der Architekten im Wohnungsbaukombinat Berlin im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Wir Architekten im Wohnungsbaukombinat Berlin arbeiten gemeinsam mit Ingenieuren, Technologen, Ökonomen, Bauleitern und Bauarbeitern zur Zeit an der tiefgreifenden Neugestaltung des Stadtzentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik Berlin. Unserem Kombinat wurde hier die ehrenvolle Aufgabe übertragen, die Hauptgestaltung des Investitionskomplexes II Rathausstraße – Liebknechtstraße bis zum 20. Jahrestag der DDR abzuschließen. Wir sind uns bewußt, daß nur durch die Konzentration aller schöpferischen Kräfte und Potenzen, durch das Beschreiten völlig neuer Wege in der Planung, Projektierung und Baudurchführung sowie durch die Entwicklung einer auf hoher Stufe stehenden sozialistischen Gemeinschaftsarbeit dieses große Ziel erreicht wird. Architekten sind in besonderem Maße verpflichtet, auf der Grundlage ihrer Kenntnisse über die konkrete politische und fachliche Situation den Gesamtprozeß dieser für die weitere Entwicklung unseres sozialistischen Staates so wichtigen Aufgabe an entscheidender Stelle fördernd zu beeinflussen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit haben wir deshalb den Brief des Ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzenden des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, an den Präsidenten unseres Fachverbandes gelesen, diskutiert und ausgewertet. Die in diesem bedeutsamen Schreiben enthaltenen Hinweise sind nicht nur eine wesentliche Unterstützung bei der Lösung der schwierigen Probleme, sondern gaben auch Veranlassung, den erreichten Stand in unserer fachlichen und politischen Arbeit kritisch zu überprüfen. In den Entwurfskollektiven wurden unter Leitung der Mitglieder des Bundes Deutscher Architekten Produktionsberatungen durchgeführt, in denen auf der Grundlage einer klaren politischen und ideologischen Konzeption über die Situation im Städtebau und in der Architektur und die damit zusammenhängenden Fragen diskutiert und festgelegt wurde, wie noch konzentrierter und zielstrebiger an den Projekten gearbeitet werden kann, die die Neugestaltung des Stadtzentrums unserer Hauptstadt zum Ziel haben.

Alle Architekten und Projektanten im Wohnungsbaukombinat Berlin wissen, daß es bei ihrer Arbeit nicht nur um die Lösung erstrangiger und interessanter Fachaufgaben geht. Sie sind davon überzeugt, daß die Bewältigung der großen, noch vor uns stehenden Probleme zur weiteren Entwicklung unseres sozialistischen Vaterlandes beiträgt. Unser neues Berliner Stadtzentrum muß deshalb die Fähigkeiten der Architekten, Ingenieure und aller anderen Projektanten zur Gestaltung auf hohem Niveau stehender Stadtgebiete und die gewachsene Kraft unserer Wirtschaft sichtbar dokumentieren. Das Ergebnis der gemeinsamen Arbeit aller Bauschaffenden des Berliner Wohnungsbaukombinates soll ferner die Vorzüge unserer sozialistischen Ordnung überzeugend widerspiegeln, die Bürger unseres Staates mit Stolz erfüllen und das gewachsene Ansehen unserer Republik weiter erhöhen. Das ist die Forderung der Gesellschaft insbesondere an die Architekten, da mit den unter ihrer Leitung ausgearbeiteten Projekten die Grundlagen für die Bautätigkeit hergestellt werden. Die Architekten im Wohnungsbaukombinat Berlin fühlen sich verantwortlich für die Lösung dieser Aufgaben. Sie wollen einen bedeutenden Beitrag in Vorbereitung des 20. Jahrestages leisten, um unser sozialistisches Vaterland noch schöner und anziehender zu gestalten. Die fortschrittlichsten Entwurfskollektive haben deshalb beschlossen, um den Staatstitel „Kollektiv der sozialistischen Arbeit“ zu kämpfen. Alle Architekten stellen die Realisierung ihrer konkreten Verpflichtungen im sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik in den Mittelpunkt ihrer Arbeit. (Es folgen detaillierte Verpflichtungen zu den einzelnen Investitionskomplexen und Vorhaben. red.)

Wir Architekten sind uns bewußt, daß die Erfüllung dieser Verpflichtungen tiefgreifende Veränderungen unserer gesamten Arbeitsweise voraussetzt und zur Folge hat. Auf Grund fast einjähriger Erfahrungen als Mitarbeiter des Berliner Wohnungsbaukombinats sind wir überzeugt, daß neue Grundsätze die Tätigkeit der Architekten in Zukunft bestimmen werden, die wir wie folgt formulieren:

■ Die mit dem konzentrierten Einsatz aller Kräfte und Mittel geplante Umgestaltung ganzer Stadtgebiete und die Neugestaltung geschlossener Ensembles muß zur Erreichung einer höchstmöglichen politischen und volkswirtschaftlichen Effektivität in kürzester Zeit führen. Industrielle Baumethoden, vornehmlich Fertigteilbauweisen, sind die materiell-technische Basis für die Errichtung dieser großen Baukomplexe. Die Meisterung der hierbei entstehenden vielschichtigen Probleme setzt unbedingt eine auf hohem Niveau stehende sozialistische Gemeinschaftsarbeit aller an der Vorbereitung und Durchführung Beteiligten voraus, als entsprechend entwickelte Organisationsform jedoch die Zusammenfassung aller Kräfte und Potenzen in den Baukombinaten zur Herbeiführung einer einheitlichen und zielgerichteten Produktionstätigkeit von der Forschung und Projektierung bis zur Vorfertigung, Montage und Baufertigstellung. Auf vertraglicher Grundlage muß in diesem Prozeß die Bauwissenschaft eingebunden werden. Diese Arbeitsweise entspricht den Wesenszügen des neuen ökonomischen Systems und den Grundsätzen der seit kurzem gültigen Investitionsverordnung.

■ Die Beschlüsse des VII. Parteitages leiten auch im Städtebau und in der Architektur eine neue Etappe ein. Mit den im Schreiben des Staatsratsvorsitzenden an den Präsidenten des Bundes Deutscher Architekten und den im Bericht des Politbüros an das 4. Plenum des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands dargestellten ideologischen Problemen müssen sich vornehmlich die Architekten als Leiter des gesamten Entwurfsprozesses jetzt und in Zukunft ernsthaft auseinandersetzen. Nur die völlige Klarheit über die inhaltlichen Fragen befähigt alle Projektanten zur Lösung der Aufgabe entsprechend unseren gesellschaftlichen Erfordernissen. Die gewonnenen Erkenntnisse müssen sofort, besonders im Hinblick auf die bis zum 20. Jahrestag noch durchzuführenden, im Plan festgelegten Bauvorhaben, in die Praxis umgesetzt werden. Es gilt, unverzüglich Projekte auszuarbeiten, die die Wesenszüge einer sozialistischen Architektur beinhalten, die auch in baukünstlerischer, funktioneller, bautechnischer und ökonomischer Hinsicht neue Qualitäten aufweisen. Hierbei sind standorttypische Lösungen mit hohem volkswirtschaftlichem Nutzeffekt und weitreichender architektonischer Wirksamkeit zu entwickeln und Entwürfe auszuarbeiten, in denen Monotonie und Schematismus durch differenzierte Baumassen, plastisch gegliederte Baukörper und interessante Ingenieurkonstruktionen überwunden werden. Die Anwendung modernster Technologien ist durch entsprechende Festlegungen in den Projekten zu gewährleisten. Die Architekten und Projektanten in den Baukombinaten müssen das ganze Kollektiv der Bauschaffenden für diese Aufgabe gewinnen und durch ihre Vorschläge den Produktionsprozeß wesentlich beeinflussen. In einer engen Gemeinschaftsarbeit mit den Technologen, Bauleitern sowie den Bauarbeitern entstehen qualitativ neue Erkenntnisse in jeder Hinsicht, die durch sofortige Einarbeitung in die Projekte kurzfristig realisiert werden.

Optimale baukünstlerische Leistungen, die den formulierten Prinzipien entsprechen, sind jedoch nur durch die rechtzeitige Einbeziehung der bildenden Künstler und Farbgestalter in den Entwurfsprozeß zu erreichen. Bereits die städtebaulichen Konzeptionen müssen die grundsätzlichen Lösungswege bestimmen. Bei der Projektausarbeitung müssen eindeutige Vertragsbeziehungen hergestellt werden, die die Gesamtproblematik, insbesondere aber die Baudurchführungstermine, berücksichtigen und ökonomische Bedingungen enthalten. Neue Formen der kollektiven Zusammenarbeit sollten die Architekten durch entsprechende Vorschläge einleiten. Die feste Bindung der Kollektive bildender Künstler an das Kollektiv der Bauschaffenden in den Kombinaten erscheint dringend erforderlich. Alle Architekten sollten diesen Prozeß durch ihre Haltung fördern.

Der Architekt ist verpflichtet, das Ergebnis der Arbeit aller Beteiligten, also das Gesamtprojekt, zu vertreten. Daraus ergeben sich konkrete Verpflichtungen und Verantwortlichkeitsbereiche. Die neuen Aufgaben, in ihrer Größe das Bisherige übertreffend, stellen nicht nur große Anforderungen an alle Projektanten und Künstler, sondern auch an die Auftraggeber. Es müssen deshalb gute, geordnete und schöpferische Beziehungen zwischen den Beteiligten hergestellt werden, die zu höheren Leistungen und unmittelbar zur Lösung der Aufgaben führen.

■ Alle Mitarbeiter der Projektierungsbetriebe sollten sich bewußt werden, daß zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution im Bauwesen und der Probleme im Städtebau und in der Architektur eine ständige politisch-ideologische und fachliche Weiterbildung notwendig ist. Nur dadurch können sie den wachsenden Anforderungen gerecht werden. Die Betriebsgruppe des Bundes Deutscher Architekten im Wohnungsbaukombinat Berlin wird deshalb durch ein entsprechendes Arbeitsprogramm die Qualifizierung aller Architekten unterstützen. Sie übt einen ständigen und konkreten Einfluß auf die Bildungsarbeit im Betrieb aus und fördert die Teilnahme der Architekten an betrieblichen und außerbetrieblichen Lehrgängen und Seminaren. Unter Leitung erfahrener Architekten werden Werkstattgespräche durchgeführt, die ideologische und fachliche Probleme zum Inhalt haben. Eine enge Zusammenarbeit mit der Betriebsgruppe der KDT wird organisiert; hierbei werden Exkursionen und Baustellenbesichtigungen durchgeführt sowie kritische Auseinandersetzungen über das bisher Erreichte geführt. Die Betriebsgruppe des Bundes Deutscher Architekten wird durch ihre Mitglieder die weitere fachliche und gesellschaftliche Entwicklung des Projektierungsbetriebes im Wohnungsbaukombinat Berlin aktiv unterstützen. Die erfolgreiche Arbeit der Betriebsgruppe ist darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung für die Bewältigung der Probleme, die die Vorstände der Bezirke in ihrem Aufgabenbereich haben.

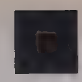
Das ist unsere Verpflichtung! Wir rufen alle Architekten und Projektanten der Deutschen Demokratischen Republik auf, gleichfalls konkrete Verpflichtungen zu übernehmen und gemeinsam mit uns den sozialistischen Wettbewerb zu Ehren des 20. Jahrestages der Gründung unserer Republik zu führen.
Wir wünschen allen dazu viel Erfolg.

Dipl.-Ing. Wolfgang Radke
Vorsitzender der Betriebsgruppe
des Bundes Deutscher Architekten
im VE Wohnungsbaukombinat Berlin



Stand: Dezember 1967

Der Aufbau des Stadtzentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin



Das System der Planung und Leitung des Berliner Bauwesens

Oberingenieur Günter Peters, Architekt BDA
Bezirksbaudirektor und Stadtrat
beim Magistrat von Groß-Berlin
Korrespondierendes Mitglied der Deutschen Bauakademie

Das Stadtzentrum der Hauptstadt der DDR, Berlin, hat sich in einen riesigen Bauplatz verwandelt. Hier werden die Berliner Bauschaffenden und mit ihnen viele Bereiche und Zweige der Volkswirtschaft vor die bisher größte Bauaufgabe gestellt, innerhalb des Perspektivplanzeitraumes – bis 1970 – das Stadtzentrum als sozialistische Metropole im wesentlichen fertigzustellen. Konkrete Ziele sind bis zum 20. Jahrestag unserer Republik im sozialistischen Wettbewerb festgelegt. Die Lösung dieser komplizierten Aufgabe verlangt, von der prognostischen Einschätzung ausgehend, konsequent darum zu kämpfen, den wissenschaftlich-technischen Höchststand zu erreichen und mitzubestimmen und auf dieser Grundlage die Leistungsfähigkeit und die Effektivität des Berliner Bauwesens maximal zu erhöhen. Im Prozeß der Arbeit sind die Berliner Bauschaffenden und unter ihnen viele sozialistische Kollektive gewachsen. Unter Führung unserer Parteiorganisation wurden sichtbare Erfolge erzielt. Sie sind Ergebnisse der schrittweisen Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung.

Nun gilt es, das ökonomische System als Ganzes für das Berliner Bauwesen zu entwickeln und wirksam zu machen. Hierbei ist unsere vorrangige Aufgabe, die vom Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik am 22. April 1968 beschlossenen Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Planung und Wirtschaftsführung für die Jahre 1969/1970 in hoher Qualität durchsetzen.

Das erfordert vor allem,

- ständig mit der Prognose zu arbeiten, um die wissenschaftlich-technische Revolution im Berliner Bauwesen systematisch und konsequent weiterführen zu können,
- das System der wissenschaftlichen Planung, von der zentralen Planung und Leitung volkswirtschaftlich strukturbestimmender Aufgaben ausgehend, bei aktiver Teilnahme der Bauschaffenden so zu verbessern, daß die maximale Steigerung der Arbeitsproduktivität bei kürzesten Bauzeiten, niedrigsten Kosten und Spitzenqualität sichergestellt wird.

Um diese Aufgaben lösen zu können, ist es notwendig, die wissenschaftlich begründete Führungstätigkeit im Berliner Bauwesen weiter zu qualifizieren.

Dieser Aufgabe folgend, wird – auf Beschluß des Politbüros der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands vom Januar 1967 – das kybernetische Modell für das System der Planung und Leitung des Berliner Bauwesens entwickelt.

In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit wurde durch das Bezirksbauamt, das Institut für Ökonomie der Deutschen Bauakademie und eine Vielzahl von Vertretern der Kombinate und Betriebe die Grundkonzeption des Systems der Planung und Leitung des Bauwesens der Hauptstadt der DDR, Berlin, geschaffen. Mit dieser Grundkonzeption liegt ein wissenschaftlicher Arbeitsplan für die nächste Zeit vor, wie wir den Beschluß des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik über weitere Maßnahmen zur Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus vom 22. April 1968 mit den entsprechenden Methoden der Führungstätigkeit im Berliner Bauwesen durchsetzen wollen.

Wenn wir die Meisterung der sozialistischen Ökonomie und der wissenschaftlich-technischen Revolution als unsere Grundaufgabe erkennen, müssen wir uns klar darüber sein, daß wir konkrete Voraussetzungen in wissenschaftlich-technischer, organisatorischer und ökonomischer Hinsicht zu schaffen haben, um zielstrebig zu automatisch gesteuerten und geregelten Produktionssystemen zu kommen. Die zunehmende Anwendung einer umfassenden Mechanisierung und teilweisen Automatisierung im Bauwesen bedingt, im Zusammenhang mit der Schaffung entsprechender hochmoderner Technologien, eine Veränderung der Organisation des Reproduktionsprozesses. Die von der Partei dabei gestellte Aufgabe ist die volle Ausnutzung des Gesetzes der Ökonomie der Zeit. Das erfordert die Anwendung modernster Leitungsmethoden, zu denen die Netzplantechnik, Operationsforschung, Information und elektronische Datenverarbeitung zu rechnen sind.

Die Grundrichtung für die Entwicklung des Systems der Planung und Leitung geht davon aus, eine ständig steigende und hohe Effektivität der Berliner Baukombinate und -betriebe sowohl hinsichtlich des Produktionsvolumens in der benötigten materiellen Struktur als auch in der Höhe des produzierten Nationaleinkommens zu erzielen. Dabei ist das materielle ökonomische Interesse der Berliner Bau- und Baustoffbetriebe sowie jedes einzelnen Bauschaffenden fest mit der Lösung dieser Aufgabe zu verbinden. Die Erwirtschaftung eines hohen Zuwachses an Nationaleinkommen im Berliner Bauwesen muß grundsätzlich unter Einhaltung folgender Bedingungen möglich sein:

- Eine dem wissenschaftlich-technischen Höchststand entsprechende Entwicklung von Erzeugnissen und Verfahren,
- starkes Wachstum des Produktionsvolumens,
- Befriedigung des Baubedarfs in seiner materiellen Struktur,
- Verkürzung der Bauzeiten,
- Senkung der Kosten,
- Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion.

Der Zuwachs an Nationaleinkommen wird in den nach der wirtschaftlichen Rechnungsführung arbeitenden Bau- und Baustoffbetrieben in der Erhöhung ihrer Fondsrentabilität sichtbar. Die Erhöhung der Fondsrentabilität erfordert die konsequente Übertragung der vollen Verantwortung für den Reproduktionsprozeß auf die Bau- und Baustoffbetriebe. Diese Verantwortung umfaßt

- die Bedarfsforschung,
- die Forschung und Entwicklung,
- die Projektierung,
- die Festlegung des Produktionsprogrammes einschließlich seiner zeitlichen Ordnung,
- die Herstellung der ökonomischen Beziehungen zu den Investitions- und Bauauftraggebern sowie den Kooperationspartnern,
- die Festlegung der eigenen Investitionstätigkeit und ihre finanzielle und materielle Absicherung.

Bei der Gestaltung der Phasen des Reproduktionsprozesses der sozialistischen Warenproduzenten, insbesondere der Baukombinate und -betriebe, sind wir von den Grundsätzen

- der Einheit von Forschung und Entwicklung, Projektierung und Technologie, Vorfertigung, technologischem Transport, Montage und Ausbau bis zur nutzungsfähigen Übergabe und
- der Verbindung von Prognosen, Planung und – den Kreislauf der Fonds und die Reproduktion der Kombinate und Betriebe einschließender – umfassender wirtschaftlicher Rechnungsführung

ausgegangen. Auf dieser Grundlage wird sich die Entwicklung der weiteren zweckmäßigen Konzentration und Kombination, der Spezialisierung sowie der qualitativen Verbesserung der Kooperationsbeziehungen, das heißt der optimalen Organisation aller am Bauprozeß beteiligten Kombinate und Betriebe, vollziehen. Hierunter verstehe ich auch die enge Einbeziehung der Betriebe anderer Eigentumsformen und den Abbau des Produktionsgefälles zu den volkseigenen Betrieben durch eine kontinuierliche und systematische Erzeugnisgruppenarbeit.

Die Durchsetzung der vollen Verantwortung der Bau- und Baustoffbetriebe für ihren Reproduktionsprozeß erfordert die Übertragung all jener Planungs- und Entscheidungsprozesse aus dem Bezirksbauamt des Magistrats von Groß-Berlin und den Stadtbezirksbauämtern auf die Bau- und Baustoffbetriebe, die unmittelbar in deren Reproduktionsprozeß eingreifen, das Wirken der wirtschaftlichen Rechnungsführung beeinträchtigen und die Verantwortung der Betriebe einschränken.

Bei diesen Überlegungen haben wir zu berücksichtigen, daß mit der Durchsetzung des ökonomischen Systems und den immer komplizierter werdenden Prozessen der Wirtschaftsführung die Aufgaben und damit verbunden die wichtigsten Steuerungs- und Regelfunktionen, vor allem des Bezirksbauamtes und der Baukombinate, in den ersten Schritten der Durchsetzung des modernen Planungs- und Leitungssystems eindeutig fixiert und die Verantwortungsbereiche abgegrenzt werden müssen. So konzentriert sich das Bezirksbauamt unter anderem auf folgende Schwerpunkte:

- Prognostische und perspektivische Festlegung der Entwicklung des Berliner Bauwesens,
- Generalbebauungsplanung,
- zielgerichtete Planung und Lenkung der Forschung und Entwicklung,
- Durchführung hoheitsrechtlicher Akte.

Den Kombinaten werden wirtschaftsleitende Aufgaben, die bisher auch vom Staatsapparat wahrgenommen wurden, übertragen. Hierzu zählen unter anderem

- Bilanzierungsaufgaben,
- Kontingentfragen und
- Abschluß von Koordinierungsvereinbarungen.

Das System der Planung und Leitung des Berliner Bauwesens ist ein dynamisches System. Es wird, wie alle Systeme, durch eine Fülle von Elementen und Relationen bestimmt, die zwischen diesen Elementen existieren. Dabei handelt es sich bei dynamischen Systemen um aktive Elemente, die Einflüssen anderer Elemente unterliegen und ihrerseits Einflüsse auf andere Elemente ausüben. Es dient dem Ziel,

- den Baubedarf, einschließlich der Verpflichtungen, die sich aus der Übernahme der Generalauftragnehmerschaft ergeben, hinsichtlich Umfang, Qualität und zeitlichen Erfordernissen zu befriedigen,
- die volle Verantwortung der Teilsysteme für den Reproduktionsprozeß zu verwirklichen und

1 Prognose

2 Modell der Verflechtung des Generalbebauungsplanes mit dem Plan der Entwicklung des Bauwesens

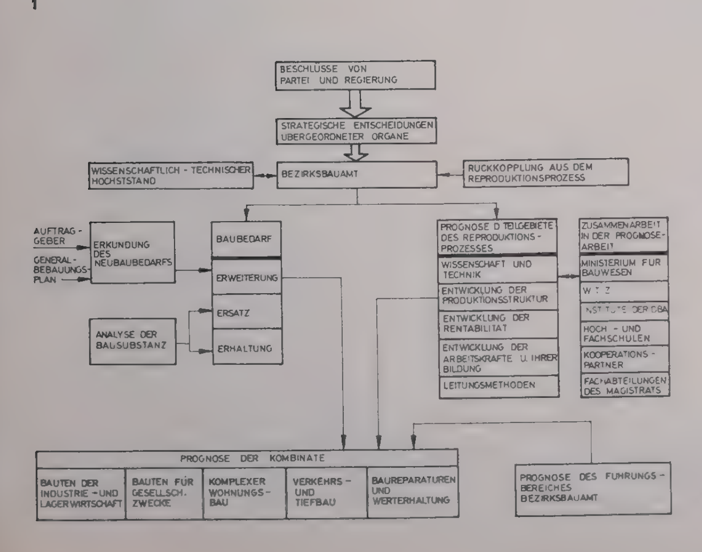
3 Modell der ökonomischen Steuerung

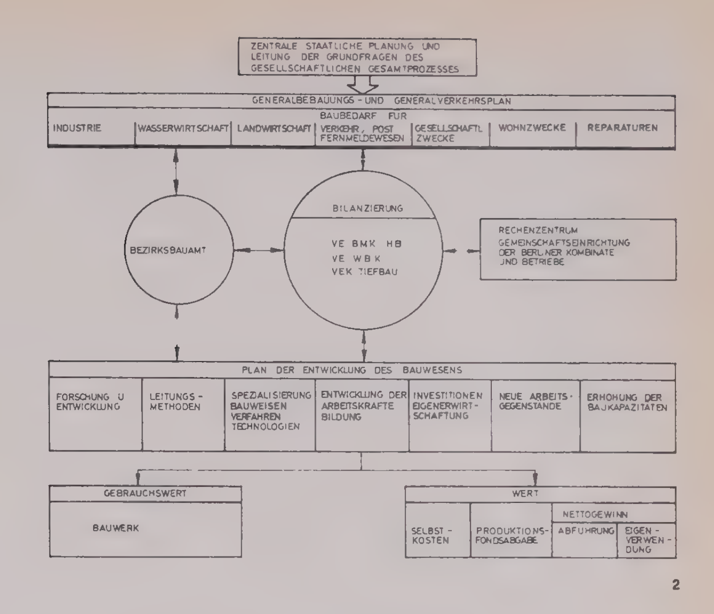
Z_1 Strukturbestimmende Vorhaben
Z_2 Übertragung von Preisbildungsbefugnissen
Z_3 Produktionsfondsabgabenormativ
Z_4 Nettogewinnabführungsnormativ
Z_5 Lohnfondszuwachsnormativ
Z_6 Prämienfondsnormativ
Z_7 Amortisationsverwendungsnormativ
Z_8 Festlegung der Liefer- und Leistungsbedingungen
Z_9 Festlegung der Grundausstattung mit Produktionsfonds
Z_{10} Festlegung der Preispolitik
Z_{11} Festlegung der Abschreibungspolitik
Z_{12} Festlegung der erforderlichen Normen und Tarife
m_1 Strukturbestimmende Vorhaben
m_2 Preisbildung
m_3 Produktionsfondsabgabenormativ
m_4 Nettogewinnabführungsnormativ
m_5 Lohnfondszuwachsnormativ
m_6 Prämienfondsnormativ
m_7 Amortisationsverwendungsnormativ
m_8 Auftraggeberfunktion
B_1 Kreditgewährung
B_2 Zinsfestsetzung
K_1 Erfüllung der strukturbestimmenden Vorhaben
K_2 Abführung der Produktionsfondsabgabe
K_3 Abführung des Nettogewinns
K_4 Kreditzurückzahlung
K_5 Zinsdienst

4 Effektivitätsmodell

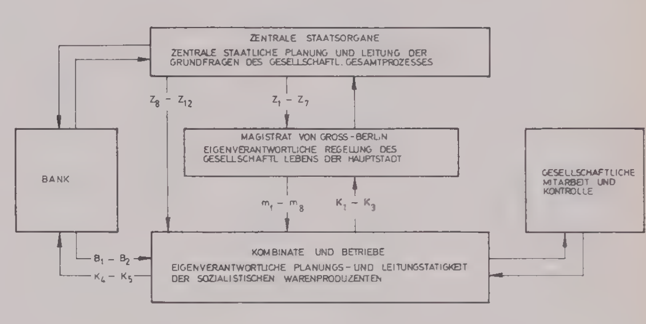
5 System des Berliner Bauwesens

1

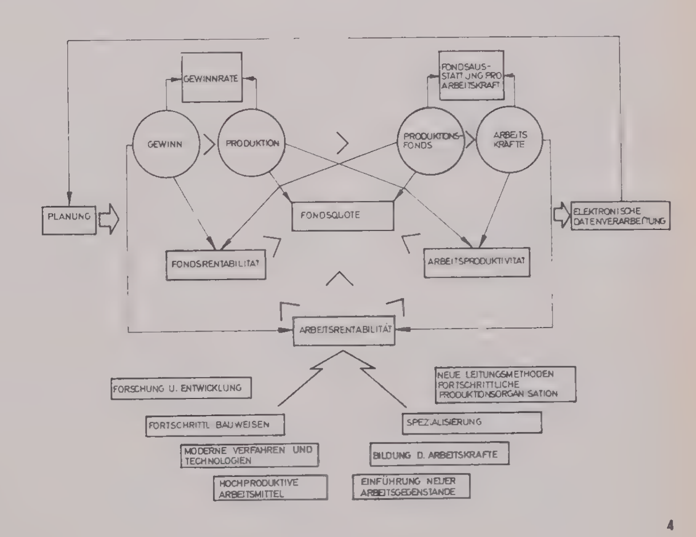




2

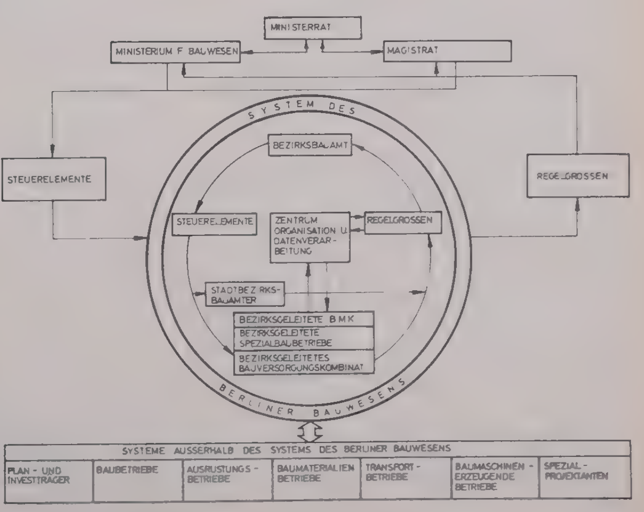


3



4

5



- eine solche Effektivität der eingesetzten Kräfte und Mittel herbeizuführen, daß ein hoher Beitrag zum Nationaleinkommen der Republik entsprechend den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution gewährleistet wird.

Mit der Modellierung des Systems des Berliner Bauwesens wurden die wesentlichsten Prozesse der Planung und Leitung im Gesamtsystem, in den Elementen des Systems als Teilsysteme und die funktionellen Beziehungen zwischen diesen Teilsystemen dargestellt.

Dazu wird ein ökonomisches Steuerungssystem angewendet, dessen Hauptinhalt aufeinander abgestimmte und einheitlich auf die Leistungs- und Effektivitätsentwicklung wirkende ökonomische Hebel sind. Die Anwendung der ökonomischen Hebel erfolgt in Gestalt von Regelungen, Normativen und Vorgaben. Dabei ist besonders zu beachten, daß das Steuerungssystem folgende Prinzipien berücksichtigt:

- Langfristige Bestimmungen der Regelungen, Normative und Vorgaben auf der Grundlage des Perspektivplanes. Damit wird die erforderliche ökonomische Beweglichkeit der Teilsysteme zur eigenverantwortlichen Entwicklung der Leistungsfähigkeit und Effektivität gewährleistet.
- Beschränkung auf ein Minimum an Regelungen, Normativen und Vorgaben, die das ökonomische Verhalten der Teilsysteme des Bauwesens aus eigenem ökonomischem Interesse auf ein hohes Niveau und rasches Entwicklungstempo richten sollen.

Zu den wichtigsten Elementen der Steuerung gehören:

- Vorgabe strukturbestimmender Erzeugnisse,
- Steuerung der Gewinnverwendung,
- Vorgabe des Lohnfondsvolumens und des Lohnfondszuwachsnormativs.

Mit der Erarbeitung des Systems der Planung und Leitung werden weitere Teilaufgaben gestaltet, so unter anderem

- die Befriedigung des Baubedarfs durch das System des Berliner Bauwesens,
- die Planung der Forschung und Entwicklung im System des Berliner Bauwesens,
- die Planung der Elemente des Produktionsprozesses im System des Berliner Bauwesens,
- die wichtigsten Planungs- und Entscheidungsprozesse innerhalb der führenden Teilsysteme,
- die Befriedigung des Informationsbedarfes durch Rechnungsführung und Statistik.

Die Verwirklichung der in der „Konzeption des Systems der Planung und Leitung" vorgesehenen Aufgaben wird in mehreren Etappen erfolgen. Die erste Etappe, die 1967 begann und das Jahr 1968 umfaßt, konzentriert sich auf die Aufnahme des Rechenbetriebes mittels der dem Berliner Bauwesen zur Verfügung stehenden elektronischen Datenverarbeitungsanlage.

Diese Etappe umfaßt die Bearbeitung von Teilaufgaben unter Beachtung einer später möglichen Integration für die Kombinate und Betriebe.

Die Erarbeitung der Grundsatzlösungen für Teilaufgaben und ihre praktische Durchführung schaffen wesentliche Voraussetzungen für das über die Etappe II bis IV aufzubauende integrierte System der Datenverarbeitung.

Die Ergebnisse moderner Methoden der Planung und Leitung werden in ihrem Effekt entscheidend durch die Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung erhöht. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, wurde 1966/1967 ein „Zentrum Organisation und Datenverarbeitung" des Berliner Bauwesens gebildet, dem alle dem Bezirksbauamt Berlin unterstellten Betriebe angeschlossen sind.

Die Mittel und Methoden des bisherigen VEB Rechenbetrieb Bauwesen Berlin reichten nicht aus, um den in immer stärker werdenden Maße zur Anwendung gelangenden kybernetischen und mathematischen Methoden sowie der Senkung immer wiederkehrender manueller Aufwendungen im Planungs- und Leitungsprozeß gerecht zu werden.

Die erste Etappe des Systems der Planung und Leitung beinhaltet folgende Arbeiten:

- Analyse des Ist-Zustandes des Territoriums, der Kombinate und Betriebe,
- Grobprojekt des Sollzustandes,
- Feinprojekte,
- Organisationsprojekte,
- Rechenprogramme,
- Arbeitsablaufpläne des Rechenzentrums,
- Aufbereitung der Primärdaten,
- praktische Erprobung,
- stufenweise Einführung in den Kombinaten und Betrieben.

Die Tätigkeit von überbetrieblichen Arbeitsgruppen garantiert, zu solchen Lösungen in den Grobprojekten zu kommen, die dann von allen dem Bezirksbauamt unterstehenden Betrieben angewendet werden können. Ein besonderes Beispiel hierfür sind die so erfolgten Vorbereitungsarbeiten für die Anwendung der Netzplantechnik, die in einer für alle Betriebe gültigen „Richtlinie für die Anwendung der Netzplantechnik" ihren Ausdruck fand.

Für die besprochene erste Etappe der Durchsetzung des „Systems der Planung und Leitung" sind die nachstehend beschriebenen Teilaufgaben festgelegt worden.

Komplex I

Planung und Bilanzierung

Ausgehend von den vorn beschriebenen mehrjährigen Erfahrungen bei der Anwendung der Netzplantechnik in den Betrieben, vorwiegend bei den als Generalauftragnehmer fungierenden Kombinaten, und von den durchgeführten Analysen wird für die mittel- und kurzfristige Planung einheitlich die Netzplantechnik angewandt. Zu diesem Arbeitskomplex zählen die Teilabschnitte

- Kapazitätsermittlung,
- Baubedarfsermittlung,
- Kapazitätsbilanzierung,
- Plan-Ist-Kontrolle.

Aufwandsplanung (zeitunabhängige und zeitabhängige)

Diese Teilaufgabe umfaßt die Abschnitte

- Preisermittlung und Leistungsverzeichnis,
- Lohn-, Maschinen- und Materialaufwand,
- Planselbstkostenkalkulation,
- Arbeitsaufträge.

Ausgangspunkt für die elektronische Datenverarbeitung sind ein aufbereitetes Leistungsverzeichnis und eine zu schaffende umfangreiche Datenbank. Hiermit sollen sowohl die kurzfristige und exakte Vorbereitung von Bauvorhaben als auch die ordentliche Ist-Erfassung als Voraussetzung für sorgfältige Analysenarbeiten, zum Beispiel die Nachkalkulation, ermöglicht werden.

Fertigungssteuerung und Kontrolle im industriellen Wohnungsbau

Durch Arbeitsgruppen im volkseigenen Wohnungsbaukombinat Berlin werden folgende Teilabschnitte bearbeitet:

- Einführung einer Fertigungssteuerung für den Betrieb I des Kombinates durch ein Organisationssystem entsprechend dem Beispiel des Hauptbaukombinates Nr. 3 in Kiew bei Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung,
- Aufbau eines analogen Organisationssystems für den Betrieb II des Kombinates,
- Integration der bisherigen Teilaufgaben,
- Einführung eines Projektes Planung und Abrechnung der TWK in Abstimmung mit den Programmen für die Steuerung und Kontrolle der Vorfertigung.

Statik und Projektierung

Durch die Berechnung von Aufgaben der Statik, Baugrunduntersuchungen, Wärmebedarfsberechnungen und Problemen der Baukastenprojektierung mittels entsprechender Programme soll der bisherige erhebliche Zeitaufwand im Bereich der Projektierung und der Prüfinstitution wesentlich verkürzt werden.

Rechnungsführung und Statistik

Nach der Analyse des Ist-Zustandes und den teilweise mehrjährigen Erfahrungen bei der Anwendung von Lochkartenprojekten auf einigen Gebieten sind folgende Teilabschnitte ausgewählt worden:

- Arbeitskräfterechnung,
- Materialrechnung,
- Grundmittelrechnung,
- Kosten- und Erlösrechnung.

Der **Komplex II** beinhaltet den Übergang zur integrierten Datenverarbeitung in den Phasen der kurz- und mittelfristigen Planung bei weitestgehender automatischer Steuerung und Kontrolle des Produktionsprozesses und seiner Elemente. Dabei wird eine Konzentration auf Planung, Optimierung, Kontrolle und Störungsbeseitigung erfolgen.

Der **Komplex III** sieht die Einführung wissenschaftlicher Führungsinstrumente in den Berliner Baubetrieben zur Entwicklung betrieblicher Strategien in der Phase der perspektivischen und prognostischen Planung entsprechend ihrer Verantwortung als sozialistische Warenproduzenten vor. In den einzelnen Führungsbereichen sind für deren Entwicklung wichtige Entscheidungen zu fällen, die sich besonders aus den Planungen der Wachstumspolitik, Erzeugnisentwicklung, Forschungs- und Investitionspolitik, Arbeitskräfteentwicklung sowie Entwicklung der liefer- und leistungsbedingten Kooperationsbeziehungen ergeben.

Die hierfür zu schaffenden Organisationsprojekte müssen auf einem einheitlichen Informationssystem beruhen, das durch Rechnungsführung und Statistik zu schaffen ist. Aus diesen Projekten müssen aber gleichfalls klare Festlegungen über die Verantwortlichkeiten der verschiedenen Führungsbereiche für die Prognose und die Perspektivplanung hervorgehen.

Der **Komplex IV** sieht die Ausarbeitung des Systems der staatlichen ökonomischen und administrativen Steuerung des Bauwesens im Territorium vor.

Durch die Bildung

eines Führungsstabes unter Leitung des Bezirksbauamtes und des Instituts für Ökonomie – unter Mitwirkung der Haupt- und Betriebsdirektoren –,

eines Forschungsbeirates sowie

von Forschungsgemeinschaften

werden die Arbeiten am System der Planung und Leitung des Berliner Bauwesens und an seinen Teilsystemen zielstrebig fortgesetzt und die besten Kräfte aus dem Bezirksbauamt, dem Institut für Ökonomie und den Kombinaten und Betrieben konzentriert.

Im Prozeß der Arbeit auf den Bauvorhaben des Stadtzentrums entsteht das Neue, wird es erprobt und verallgemeinert. Mit der schrittweisen Erarbeitung der Teilsysteme werden die gewonnenen Erkenntnisse sofort in die Praxis umgesetzt.

Die Grundzüge des Generalverkehrsplanes

Dr.-Ing. Gerhard Jung
Stadtrat für Verkehr,
Straßenwesen und Wasserwirtschaft
beim Magistrat von Groß-Berlin

Der VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat den weiteren Weg zur Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus und seines Kernstückes, des ökonomischen Systems, herausgearbeitet und wissenschaftlich begründet. In diesem Prozeß erwächst dem Verkehrswesen eine bedeutsame Aufgabe.
Der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, führte in seinen Darlegungen vor dem VII. Parteitag dazu aus: „Ein gut organisiertes, den volkswirtschaftlichen Erfordernissen entsprechendes Verkehrswesen stellt einen bedeutenden Produktivitäts- und Wachstumsfaktor in unserer gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung dar. Die Werktätigen im Verkehrswesen tragen eine große Verantwortung gegenüber der gesamten Gesellschaft. Sie haben durch ihre Arbeit zu einem höchstmöglichen Zuwachs am Nationaleinkommen und seiner zweckmäßigsten Verwendung beizutragen." (1)
Die Lösung dieser Aufgabe setzt eine klare wissenschaftliche Voraussicht über die prognostische Entwicklung des Verkehrswesens unter Berücksichtigung der Zusammenhänge und Eigenschaften des Verkehrsablaufes voraus. Sie ist darauf gerichtet, eine hohe Komplexität in einem optimal aufeinander abgestimmten Verkehrssystem zu erreichen, das die Konzipierung effektiver Verkehrslösungen beinhaltet.
Dieses Verkehrssystem wird durch zahlreiche Wechselbeziehungen zu einer Vielzahl von Elementen des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses bestimmt.
Der hohe Verflechtungsgrad und die damit verbundenen Abhängigkeiten von anderen Bereichen und Systemen des gesellschaftlichen Lebens erfordern die ständige Weiterentwicklung des Planungssystems im Verkehrswesen.
Im Ergebnis der vor allem in den zurückliegenden drei bis vier Jahren gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen kristallisierte sich dabei immer stärker die Notwendigkeit heraus, über ein Planungsinstrument zu verfügen, das Aussagen über die territorialen Verkehrslösungen trifft. Dieses Instrument sozialistischer Verkehrspolitik ist der Generalverkehrsplan, der auf den zentral für das Gesamtgebiet der DDR herausgearbeiteten Grundzügen der Verkehrsentwicklung aufbaut.
Sein Hauptinhalt kann wie folgt umrissen werden: „Der Generalverkehrsplan hat die technisch-ökonomischen Hauptrichtungen der komplexen Entwicklung des Verkehrs im Bezirk zum Inhalt. Diese Hauptrichtungen werden prognostisch fixiert. Sie umfassen die prinzipielle Aussage über die Entwicklung des Verkehrssystems, der Verkehrsnetze und ihre Trassenführung, der wichtigsten Verkehrsanlagen und verkehrlichen Einrichtungen sowie der Verkehrsmittel." (2)
Hervorzuheben ist, daß der Generalverkehrsplan nicht durch formale Aneinanderreihung der Pläne einzelner Verkehrsträger und Verkehrszweige entstehen kann, sondern als ein in sich geschlossenes System entwickelt werden muß, in dem durch Integration der einzelnen Bestandteile eine neue Qualität entsteht. Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang die Konzipierung einer optimalen Arbeitsteilung zwischen den einzelnen Verkehrszweigen und Verkehrsträgern sowohl für den Güterverkehr als auch für den Personenverkehr, um mit dem Generalverkehrsplan eine hohe volkswirtschaftliche Effektivität der Verkehrslösungen zu erzielen.
Die Erarbeitung des Generalverkehrsplanes geht von der Entwicklung des ökonomischen Profils — insbesondere der Produktionsstruktur des territorialen Bereiches — aus und legt die effektivste volkswirtschaftliche Nutzung der territorialen Ressourcen zugrunde. Eine wesentliche Basis für seine Gestaltung bildet die komplexe Entwicklung der Infrastruktur unter besonderer Berücksichtigung der ständigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung.
Diese allgemeine Charakteristik der Generalverkehrspläne der Bezirke gilt in ihren wesentlichen Zügen auch für den Generalverkehrsplan der Hauptstadt der DDR, Berlin. Das schließt nicht notwendige Unterschiede beim Setzen der Akzente sowie bei der Wahl der Proportionen zur Gewährleistung der Einheit von territorialer, städtebaulicher und verkehrlicher Entwicklung aus.
Die objektiv gegebene Komplexität unterstreicht, daß die Erarbeitung der verkehrsplanerischen und verkehrsgestalterischen Grundsätze für die Entwicklung des Verkehrswesens der Hauptstadt nicht losgelöst erfolgen kann, sondern in engem Zusammenwirken mit den maßgeblichen korrespondierenden Partnern des Verkehrswesens erfolgen muß. Das betrifft vorrangig die Organe der Territorialplanung und des Bauwesens.
In diesem Rahmen spiegelt sich die enge Wechselbeziehung zwischen dem Generalverkehrsplan und dem Generalbebauungsplan wider. Die Stadtstruktur, die Flächennutzung und die Standortplanung sind Grundlagen für die Gestaltung der Verkehrsnetze und -anlagen. Die Verkehrslösung muß andererseits im Generalbebauungsplan berücksichtigt werden.
Ein markantes Beispiel für diese Wechselwirkung ist die gegenseitige Beeinflussung zwischen Verkehrslösung und städtebaulicher Gestaltung im Stadtzentrum der Hauptstadt, das heißt im Einzugsbereich des alten Alexanderplatzes und im Aufbaugebiet Rathausstraße — Liebknechtstraße.
Durch die weitere Konzentration der Bauten, Anlagen und Einrichtungen des kompakten Stadtgebietes wird angestrebt, die Verkehrswege zu verkürzen, eine hohe Ökonomie der Zeit und des Raumes im Funktionsablauf zu erreichen sowie den städtebaulichen Nutzeffekt zu erhöhen.
Für die Entwicklung der Hauptstadt der DDR, Berlin, und damit für die Ausarbeitung des Generalverkehrsplanes sind folgende strukturbestimmende Faktoren von entscheidender Bedeutung:

- Die zentralen staats- und wirtschaftsleitenden, wissenschaftlichen und kulturellen Funktionen der Hauptstadt
- Die Funktionen einer Industriestadt mit verarbeitender, lohn- und maschinenintensiver Produktion ohne transportaufwendigen Rohstoffbedarf
- Die Funktion eines Fernverkehrsknotens von internationaler und nationaler Bedeutung für den Transit-, Quell- und Zielverkehr

Die aus diesen Funktionen sich ergebenden Anforderungen an das Verkehrswesen bilden zusammen mit der Grundrichtung der Entwicklung der strukturbestimmenden Zweige der Volkswirtschaft, der geplanten Flächennutzung sowie der vorgesehenen Verteilung der Einwohner und Beschäftigten die Grundlage für die Prognose der Verkehrserschließung der einzelnen Stadtgebiete und die erforderliche Verkehrsabwicklung.

Die Phasen der Ausarbeitung

Die Erarbeitung des Generalverkehrsplanes erfolgte in mehreren Stufen.
Eine wesentliche Etappe bestand in der Fixierung von Grundsätzen für die Entwicklung des Verkehrs und der Verkehrsnetze. Diese Grundsätze drücken in thesenhafter Form die wichtigsten Merkmale der Verkehrsentwicklung aus und spiegeln die Kooperation der Verkehrsträger sowie die Verknüpfung der Teilnetze zu einem Gesamtnetz wider. Damit dienen die Grundsätze vor allem der aktiven Einflußnahme auf die Grundrichtung der verkehrlichen Entwicklung und stellen in diesem Sinne ein Leitungsdokument dar, das vor der weiteren Arbeit am Generalverkehrsplan bestätigt wurde.
Parallel zur Erarbeitung der Grundsätze erfolgte eine eingehende Analyse der vorhandenen Verkehrsnetze und -anlagen, vor allem nach dem Gesichtspunkt ihrer Anpassungsfähigkeit an prognostische Anforderungen.
Ein nächster Schritt bestand in der möglichst umfassenden Gewinnung von Kenntnissen über Stärke, Richtung und Zusammensetzung des künftigen Verkehrs und die ihn beeinflussenden Größen.
Darauf aufbauend erfolgten die Konzipierung der einzelnen Verkehrsnetze, ihre Dimensionierung und Verknüpfung einschließlich der standortmäßigen Verteilung der Verkehrsflächen im Territorium der Hauptstadt.
In allen Phasen der Ausarbeitung wurde versucht, die Aussagekraft der projektierten Entwicklungsrichtungen durch die Auswertung internationaler Erfahrungen, Variantenvergleiche, technisch-ökonomische Berechnungen und mathematische Modellberechnungen, wie zum Beispiel für das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs und das Straßenhauptnetz, zu untermauern.
Infolge der zeitlichen Konzentration der Arbeit liegen dem Generalverkehrsplan im wesentlichen nur vorhandene statistische Grundmaterialien oder Erfahrungswerte zugrunde. Zusätzliche Erhebungen und wis-

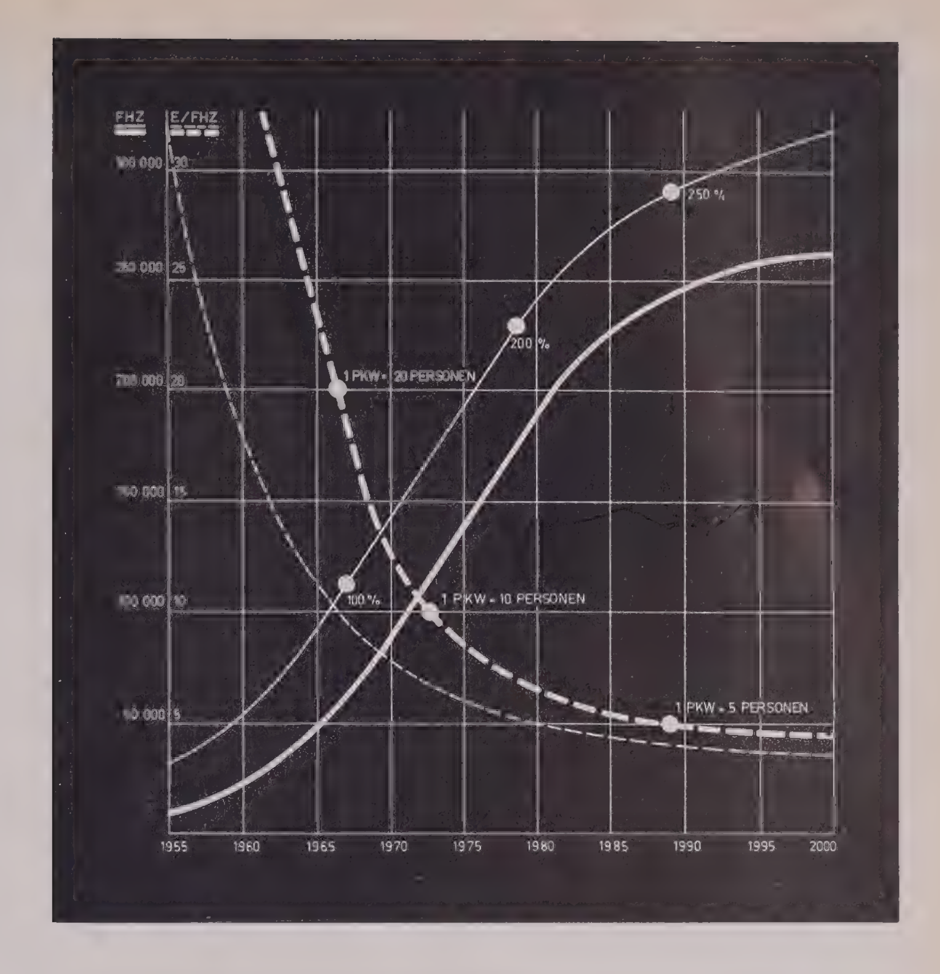
PLAN DER HAUPTNETZE DES VERKEHRS



Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes und der Motorisierung



Pkw-Bestand
Kfz.-Bestand
Pkw-Motorisierungsgrad
Kfz.-Motorisierungsgrad



senschaftliche Untersuchungen über die Größenordnung, Richtung und Struktur künftiger Transportbedürfnisse im Güter- und Personenverkehr waren nur im begrenzten Umfange möglich.
Das gegenwärtig vorliegende Material ist unter bewußtem Verzicht auf Vollständigkeit auf die Fixierung strukturbestimmender Hauptrichtungen konzentriert und trifft insbesondere Aussagen über

- die Schaffung eines leistungsfähigen und sicheren Straßenhauptnetzes entsprechend den Anforderungen der ständig steigenden Motorisierung durch den Ausbau oder Neubau von Radial- und Tangentialverbindungen,
- die Entwicklung eines leistungsfähigen Netzes der Stadtschnellbahnen als dem Grundgerüst eines attraktiven Personennahverkehrssystems,
- die rationelle Gestaltung des Gütertransportes,
- die vorrangige Deckung des in den gesellschaftlichen Zentren der Stadt ständig zunehmenden Stellplatzbedarfes der Besucher und Touristen.

In den weiteren Darlegungen soll kurz auf einzelne Hauptrichtungen näher eingegangen werden.

Entwicklung des Straßenhauptnetzes

Als eine maßgebliche Bestimmungsgröße für die Schaffung eines leistungsfähigen und sicheren Straßenhauptnetzes wurde den Berechnungen der Motorisierungsgrad der Hauptstadt zum Zeitpunkt der Sättigung zugrunde gelegt. Er wurde in den Größenordnungen von 3,8 Einwohnern je Kraftfahrzeug und 4,5 Einwohnern je Personenkraftwagen in Ansatz gebracht (1965 betrugen diese Werte 10,8 Einwohner je Kraftfahrzeug und 20 Einwohner je Personenkraftwagen). Die Veränderung des Motorisierungsgrades wird unter Berücksichtigung der sich nur unwesentlich erhöhenden Fahrleistung die Belegung der Straßen auf das 3,5fache gegenüber 1965 ansteigen lassen.

Bei der Gestaltung des Straßenhauptnetzes wurde davon ausgegangen, dieses Netz durch eine Kombination von Radialen und Tangenten zu kennzeichnen. Dabei ist die Überlagerung der Funktionen von Hauptgeschäftsstraßen und Hauptverkehrsstraßen auszuschließen. Die Gestaltung der Hauptknotenpunkte zwischen Radialen und Tangenten hat in der Perspektive kreuzungsfrei zu erfolgen. An gefährdeten Stellen ist der Fußgängerverkehr in die zweite Ebene zu verlegen, und die stark belegten Knoten sind mit verkehrsabhängigen Signalsystemen auszustatten.
Das Gerüst des geplanten, rund 330 km langen Straßenhauptnetzes bilden vier Radialen und drei Tangenten, die als Hauptverkehrsstraßen klassifiziert sind. Sie erschließen das Territorium punktförmig und sind damit den großräumigen Verkehrsbeziehungen vorbehalten. Eine Ausnahme bildet die 1. Tangente, die das Zentrum ringförmig umschließt.
Davon ausgehend wird folgendes Grundnetz vorgeschlagen:

Nordradiale

Die Nordradiale verläuft im Zuge der Prenzlauer Allee – Prenzlauer Promenade, führt östlich am Ortsteil Buchholz vorbei und wird durch den Anschluß an die geplante Autobahn Berlin – Rostock zum Autobahnzubringer. Im Gebiet Blankenfelde – Buchholz wird sie durch eine Querverbindung, die Bestandteil der 4. Tangente ist, an die F 96 angebunden.

Nordostradiale

Die geplante Nordostradiale verläuft im Zuge der Straße Am Friedrichshain – Kniprodeallee, führt westlich am Ortsteil Malchow vorbei und schließt nördlich davon an die vorhandene F 2 an.

Ostradiale

Die Ostradiale schließt an die Osttangente der 1. Tangentialverbindung an, führt nördlich der Stadtbahn am Ostbahnhof vorbei, verläuft nördlich der Anlagen der Deutschen Reichsbahn im Raum Rummelsburg und bindet im Raum Biesdorf – Kaulsdorf an die vorhandene Trasse der F 1/5 an.

Südostradiale

Die Trasse der Südostradiale verläuft vom Flughafen-Autobahnzubringer über Adlergestell – Schnellerstraße – Verbindung über die Baumschulenbrücke mit Anschluß an die Rummelsburger Landstraße und bindet im Raum Rummelsburg an die Ostradiale an.
Die Weiterführung der Südostradiale über Köpenicker Landstraße – Elsenbrücke – Stralauer Allee – Holzmarkstraße dient vorwiegend der Abwicklung des Binnenverkehrs und wird deshalb als Verkehrsstraße klassifiziert.

1. Tangentialverbindung

Die 1. Tangentialverbindung umschließt als Tangentenviereck im Zuge der Wilhelm-Pieck-Straße – Mollstraße – Strausberger Platz – Michaelkirchstraße – Leipziger Straße – Otto-Grotewohl-Straße das Stadtzentrum.

3. Tangente

Die 3. Tangente, die außerhalb des Berliner S-Bahn-Ringes liegt, verläuft im Zuge der Wisbyer Straße – Ostseestraße – Ruschestraße – Hauptstraße und erhält im Raum Rummelsburg Anschluß an die Ostradiale und Südostradiale.

4. Tangente

Die Trasse der 4. Tangente führt entlang der Industriegebiete Buchholz – Blankenburg – Weißensee – Marzahn – Biesdorf und Grünau.

Durch den Bau leistungsfähiger Parallelstraßen für die weiträumigen Verkehrsbeziehungen werden die heutigen radialgerichteten Hauptverkehrsstraßen überwiegend als Verkehrsstraßen klassifiziert. Das trifft für die Radiale Karl-Marx-Allee – Frankfurter Allee, die Schönhauser Allee und die Greifswalder Straße – Klement-Gottwald-Allee zu.



Belegung der wichtigsten Hauptnetzstraßen 1965
(Die Zahlen geben die Pkw-Einheiten je Stunde an)

Die einzige heute bereits vorhandene Tangentialverbindung im Zuge der Dimitroffstraße – Bersarinstraße – Warschauer Straße wird entsprechend ihrer Bedeutung im Straßenhauptnetz als Verkehrsstraße fungieren.

Die Prognose der lichtsignalgeregelten Knotenpunkte des Straßennetzes trifft folgende Differenzierungen und Abstufungen: Das Stadtgebiet, das eingeschlossen wird von der 2. Tangente, wird zu einem flächenhaft koordinierten Regelungssystem zusammengefaßt. In diesem Raum wird auch die Zentralsteueranlage lokalisiert sein. Es erfaßt etwa 70 bis 80 signalgeregelte Knotenpunkte. An dieses Gebiet schließen sich die Radialen in Form linienhaft koordinierter Systeme („Grüne Welle") an, die ihre Steuerung von Unterzentralen aus erfahren. In analoger Weise werden die Tangentialverbindungen ausgebaut.

Die Planung des ruhenden Verkehrs

Die Planung des ruhenden Verkehrs ist im Zusammenhang mit der Durchlaßfähigkeit des Straßennetzes und den notwendigen Wechselbeziehungen zum öffentlichen Personennahverkehr als wirksames Mittel zur Steuerung des individuellen Kraftfahrzeugverkehrs einzusetzen. Schwerpunkt für den ruhenden Verkehr ist das Stadtzentrum. Hier wird vorrangig die Deckung des Stellplatzbedarfes der Besucher und Touristen erfolgen, während der Parkbedarf der Beschäftigten nur in begrenztem Umfange befriedigt werden kann. Zur Entlastung der Parkflächen im Stadtzentrum und des Kraftfahrzeugverkehrs auf den Hauptstraßen sind Parkmöglichkeiten außerhalb des Stadtzentrums an Schnittpunkten des Straßennetzes mit den Linien des öffentlichen Personennahverkehrs vorgesehen.

Die Verwirklichung dieses Prinzips setzt jedoch ein leistungsfähiges Personennahverkehrssystem und ein gut funktionierendes Servicesystem auf den Parkplätzen am Stadtrand voraus, um dem Kraftfahrer einen Anreiz zu geben, auf sein individuelles Kraftfahrzeug zugunsten der Benutzung der öffentlichen Massenverkehrsmittel zu verzichten.

Nach den gegenwärtig vorliegenden Berechnungen wird zum Zeitpunkt der Sättigung im Stadtzentrum ein Stellplatzbedarf von etwa 85 000 Plätzen vorhanden sein. Demgegenüber könnten selbst bei maximaler Ausnutzung aller Möglichkeiten nur rund 60 000 Stellplätze, davon 65 Prozent in mehrgeschossigen Anlagen, zur Verfügung gestellt werden. Das erhärtet die Notwendigkeit, das Stadtzentrum vom ruhenden Verkehr durch die Anlage von Plätzen außerhalb des engeren Stadtgebietes zu entlasten, und macht darüber hinaus die Anwendung wirksamer ökonomischer Stimuli unerläßlich.

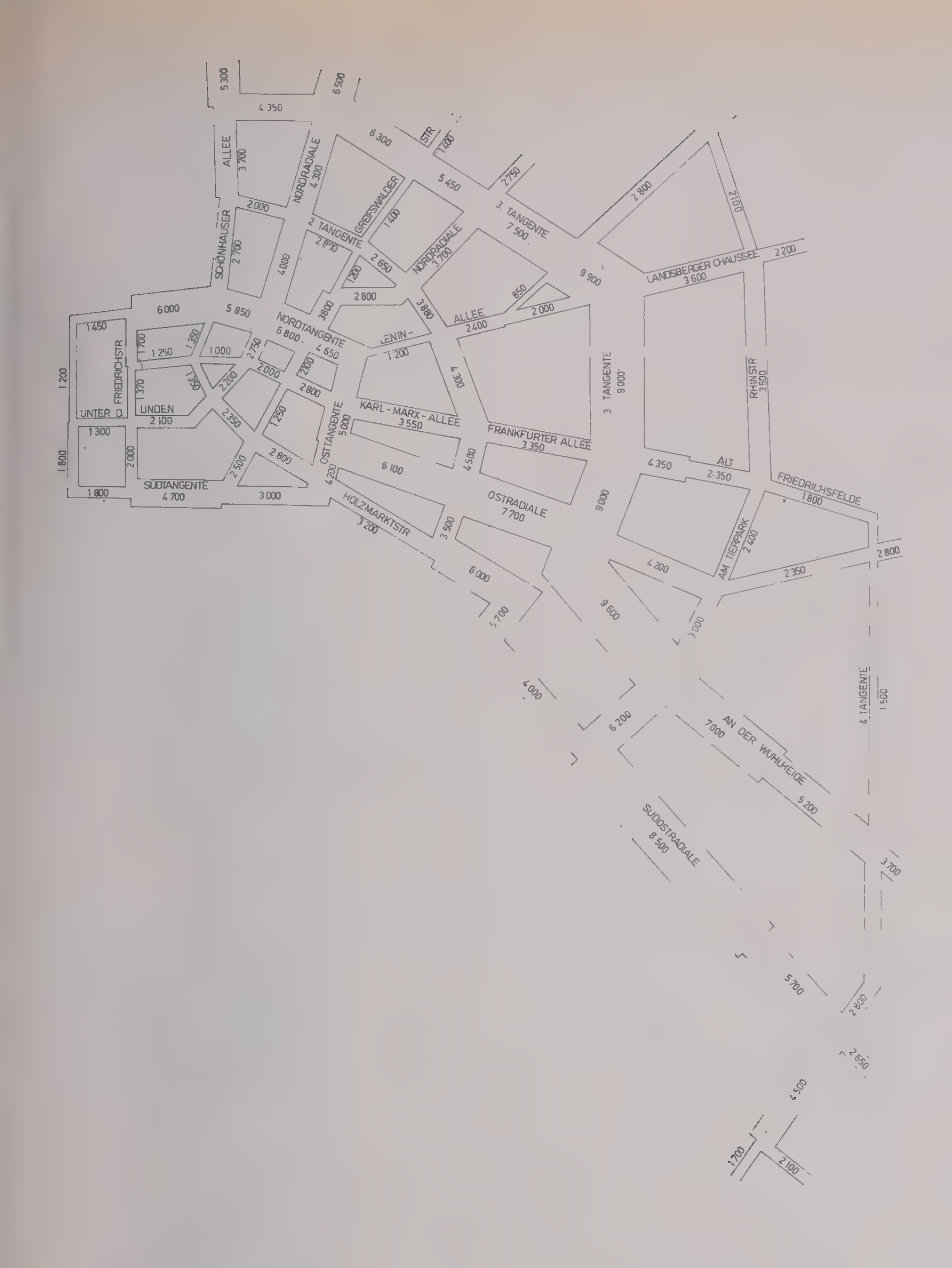
Die Prognose des öffentlichen Personennahverkehrs

Ein weiteres Kernstück des Generalverkehrsplanes ist das Netz des öffentlichen Personennahverkehrs. Dieses Netz, das als einheitliches System konzipiert wurde, ist darauf abgestimmt,

- durch Kooperation der Verkehrsmittel eine möglichst vollkommene Erschließung des Stadtgebietes zu erreichen,
- den Zeitaufwand der Verkehrsteilnehmer im Berufsverkehr zielstrebig auf etwa 45 Minuten Gesamtreisezeit für eine Fahrt zu reduzieren,
- die Stadtschnellbahnen (S- und U-Bahn) zum Grundnetz des öffentlichen Personennahverkehrs auszubauen und
- die Straßenbahn aus dem Stadtzentrum generell und in Abhängigkeit vom Ausbau des Stadtschnellbahnnetzes aus der Innenstadt zurückzuziehen.

In seiner Gesamtheit muß dieses System darauf gerichtet sein, daß die Menschen sicher, schnell, bequem und billig – zusammengefaßt also attraktiv – befördert werden. Um das zu verwirklichen, sind höhere Anforderungen an die Fahrzeuge zu stellen, denn sie vereinigen auf sich den größten Teil der Kriterien der Attraktivität. Die Fahrzeuge müssen die von der Trassierung vorgesehene Höchstgeschwindigkeit voll nutzen können, einen zügigen Fahrgastfluß gewährleisten und sich durch große Laufruhe auszeichnen. Sie sollen hell, ausreichend belüftet, gut temperiert sein und einen großen Sitzplatzanteil haben.

Das System des öffentlichen Personennahverkehrs wird vor allem dann seine optimale Gestaltung erfahren, wenn die Aufgabenteilung zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln so erfolgt, daß sie die höchste Ausnutzung, bezogen auf die technisch-ökonomischen Charakteristika der einzelnen Verkehrsmittel, gewährleistet. Das wird



Belegung der wichtigsten Hauptnetzstraßen bei einem Motorisierungsgrad 1 : 3,8

dann der Fall sein, wenn die S-Bahn zur Bewältigung starker Verkehrsströme über mittlere und größere Entfernungen eingesetzt wird und die U-Bahn die schnellen und leistungsfähigen Verbindungen über kurze und mittlere Entfernungen herstellt. Der Wirkungsgrad der Schnellstraßenbahn wird am größten beim Einsatz in leistungsfähigen Querverbindungen in Außengebieten und als Zubringer zur Stadtschnellbahn, während der Omnibus die Feinerschließung des Raumes übernimmt.

Das gegenwärtige S-Bahn-Netz mit den Strecken
Ostkreuz – Friedrichstraße,
Ostkreuz – Schönhauser Allee – Bernau/Oranienburg,
Ostkreuz – Lichtenberg – Strausberg – Strausberg-Nord,
Ostkreuz – Köpenick – Erkner,
Ostkreuz – Schöneweide – Königs Wusterhausen mit den Zweigstrecken Schöneweide – Spindlersfeld und Adlershof – Zentralflughafen Schönefeld
erhält Ergänzungen durch eine Strecke von Friedrichsfelde-Ost nach Marzahn und durch eine tangentiale Verbindung zwischen Grünauer Kreuz – Wuhlheide – Biesdorf-West – Karower Kreuz.

Die mit Dieseltraktion betriebene S-Bahn-Strecke Blankenburg – Basdorf wird bis Nordend verlängert und erhält dort einen Umsteigepunkt zur verlängerten U-Bahn-Linie A.

Das vorhandene U-Bahn-Netz erfährt wesentliche Ergänzungen. Die bestehenden beiden U-Bahn-Linien werden über ihre Endpunkte hinaus verlängert:

Die U-Bahn-Linie A befährt dann die Strecke Thälmannplatz – Alexanderplatz – Vinetastraße – Nordend,
die Linie E die Strecke Alexanderplatz – Friedrichsfelde – Karlshorst – Schöneweide.

An Streckenneubauten sind geplant
von Alexanderplatz über Greifswalder Straße – Klement-Gottwald-Allee nach Weißensee mit Weiterführung bis zur S-Bahn-Strecke am Berliner Außenring,
von Ostbahnhof über Leninallee nach Lichtenberg-Nordost mit einer Zweiglinie vom S-Bahnhof Leninallee über Sportforum Berlin nach Hohenschönhausen.

Das im Generalverkehrsplan konzipierte Stadtschnellbahnnetz weist, bezogen auf das Stadtgebiet, eine Netzdichte von 0,396 km/km² aus.

Schlußfolgerungen

Der vorliegende Generalverkehrsplan als Teilprognose stellt ein notwendiges Glied im Gesamtsystem der prognostischen Arbeit des Magistrats von Groß-Berlin dar. Durch die Konzentration auf bestimmte Hauptrichtungen in der Entwicklung des Verkehrswesens ergab sich zwangsläufig, daß eine Reihe von Aufgaben der künftigen prognostischen Arbeit vorbehalten bleiben mußte. Das bezieht sich insbesondere auf die weitere Präzisierung der bereits erwähnten Hauptrichtungen und die damit verbundene Vertiefung der Aussagekraft. Ein wesentliches Moment der weiteren Arbeit besteht in der Prognostizierung der qualitativen Entwicklung des Verkehrswesens der Hauptstadt, bezogen auf Kriterien wie Reisezeit, Geschwindigkeit, Informationen und Auskunftserteilung und Vereinfachung des Abfertigungssystems.

Bei der weiteren Arbeit über die Entwicklung des Güterverkehrs gilt es vor allem, die neuen Erkenntnisse über die optimale Gestaltung einer geschlossenen Transportkette vom Erzeuger zum Verbraucher unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung des Containerverkehrs zu verwerten.

Einen spezifisch hohen Anteil der künftigen Arbeit in Verbindung mit dem Generalbebauungsplan erhält die komplexe Untersuchung der Verkehrsentwicklung in einzelnen Stadtbezirken und -gebieten. Hierbei kommt es vor allem darauf an, die Wechselbeziehungen zur städtebaulichen Gestaltung dieser Teilbereiche richtig herauszuarbeiten.

Die Lösung all dieser Aufgaben kann nur durch eine permanente prognostische Tätigkeit auf der Grundlage einer engen sozialistischen Gemeinschaftsarbeit mit verschiedenen Fachbereichen, wissenschaftlichen Institutionen sowie staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen unter aktiver Einbeziehung der Bevölkerung der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen.

Literatur

W. Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, Dietz Verlag, Berlin 1967, S. 174

W. Lindner, Der Generalverkehrsplan – ein Instrument sozialistischer Verkehrspolitik, DDR-Verkehr, Heft 1/1968, S. 10

Der Generalbebauungsplan und das Stadtzentrum

Dipl.-Ing. Joachim Näther
Chefarchitekt von Groß-Berlin
Kandidierendes Mitglied der Deutschen Bauakademie

Der Generalbebauungsplan

Der VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hat die konkrete Aufgabe gestellt, die sozialistische Umgestaltung der Städte, insbesondere der Stadtzentren, im Perspektiv- und Prognosezeitraum zu vollziehen. Die Zielstellung besteht darin, wie es im 4. Plenum des ZK der SED nochmals hervorgehoben wurde, mit dem Städtebau und der Architektur die Umwelt für unsere wachsende sozialistische Menschengemeinschaft in der DDR erlebnisreich und schön zu gestalten.

Der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, hat am 22. April des Jahres grundlegende Hinweise zur weiteren effektiven Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus gegeben. Deshalb gilt es, den höchsten gesellschaftlichen Nutzeffekt auf der Basis ökonomischer, wissenschaftlich-technischer und funktioneller Kriterien zu sichern. Somit kommt der Forderung der Partei und Regierung, die Städte auf der Grundlage von Generalverkehrs- und Generalbebauungsplänen umzugestalten, immer größere Bedeutung zu.

Für Berlin wurde entsprechend diesen Forderungen im Rahmen der Prognose und auf der Grundlage des Modells der staatlichen Leitung der Hauptstadt der DDR ein Generalbebauungsplan ausgearbeitet. Das Ziel des Generalbebauungsplanes besteht darin, qualitativ neue Umweltbedingungen für das Leben der Menschen im sozialistischen Zeitalter zu schaffen und die Stadt funktionell zu ordnen. Die als Ergebnis einer spontanen Stadtentwicklung in kapitalistischer Zeit vorhandenen Disproportionen, die sich vor allem in einer Zersplitterung der Berliner Stadtstruktur ausdrücken, müssen überwunden werden. Der Generalbebauungsplan sieht eine ausgewogene Gliederung der Stadtstruktur vor, die in einer sinnvollen Zuordnung der Gebiete für das Arbeiten, das Wohnen und das Erholen besteht und ein alles verbindendes, leistungsfähiges Verkehrsnetz einschließt. Des weiteren werden durch den Generalbebauungsplan die komplexe städtebauliche Einordnung, die rationelle Standortverteilung, die Konzentration und der effektive Einsatz der Investitionen gesichert. Schließlich werden die Bauaufgaben ausgewiesen und Voraussetzungen für einen rationellen Bauablauf geschaffen, und die gebietswirtschaftlich und städtebaulich wirksamste Reihenfolge der Investitionen durchgesetzt.

Die städtebauliche Entwicklung der Hauptstadt der DDR, Berlin, wird von drei Faktorengruppen bestimmt:

- den zentralen politischen, staats- und wirtschaftsleitenden, wissenschaftlichen und kulturellen Funktionen Berlins als Hauptstadt der DDR
- der Industrie mit überwiegend verarbeitender, lohn- und maschinenintensiver Produktion in den profilbestimmenden Zweigen, besonders in der Elektroindustrie
- dem Verkehrswesen in seiner nationalen und internationalen Bedeutung für den Transit-, Quell- und Zielverkehr

Darüber hinaus werden die wechselseitigen Beziehungen zu den benachbarten Bezirken Frankfurt (Oder) und Potsdam beachtet. Sie bestehen im wesentlichen aus Produktions-, Liefer- und Absatzbeziehungen, aus dem Arbeitskräfteaustausch, den Verkehrsverflechtungen sowie aus Erholungsbeziehungen.

Ein anderer Ausgangspunkt für die Stadtentwicklung sind die Anzahl und die Altersstruktur der Einwohner. Auf Grund der biologischen Entwicklung und der zu erwartenden Wanderungsbewegung ergibt sich bis 1980 voraussichtlich eine Erhöhung der Einwohneranzahl von gegenwärtig 1,08 Millionen auf 1,20 Millionen Personen.

Wie bei jeder wissenschaftlichen Arbeit geht der Prognose der Stadtentwicklung eine analytische Untersuchung des gegenwärtigen Zustandes voraus. Berlin hat sich aus einer Kernstadt entwickelt, die ringförmig erweitert wurde und, den Ausfallstraßen folgend, sternförmig gewachsen ist.

Die Kennzeichen der Stadtstruktur sind:

- dichtbesiedelte, stark überbaute Wohn- und Mischgebiete in den Innenbezirken
- lockere, ungenügend genutzte Siedlungsgebiete überwiegend außerhalb der vierten Tangentialverbindung
- kleinere, in sich einheitliche Bebauungen ohne erkennbaren Zusammenhang mit einer gesamtstädtischen Komposition
- Industrieagglomerationen vorwiegend an der Spree und an der Industriebahn ohne innere Produktionsbeziehungen sowie Einzelbetriebe auf inzwischen überbauten Grundstücken
- zufällig an günstigen Schnittpunkten des Verkehrs zwischen Wohn- und Arbeitsstätten entstandene Geschäftsstraßen
- ungenügende Naherholungsmöglichkeiten in den Innenbezirken

Die Weiträumigkeit der Siedlungsfläche von 40 315 ha, die ungleichmäßige Verteilung der Einwohner und der Arbeitsplätze sowie die unterschiedliche Ausnutzung und Verteilung der Flächen erfordern große Aufwendungen an Zeit, verursachen hohe Kosten und ungünstige Arbeits- und Lebensbedingungen. Während in den Innenbezirken Mitte, Prenzlauer Berg und Friedrichshain auf etwa 12 Prozent der bebauten Stadtfläche rund 40 Prozent der Bevölkerung wohnen, leben in den Außenbezirken auf etwa 80 Prozent der Fläche nur 60 Prozent der Einwohner. Um eine rationellere Nutzung der Flächen zu erreichen, die Verkehrswege zu verkürzen und die Kosten für die Unterhaltung der Stadt zu verringern, wird das Gebiet innerhalb der geplanten vierten Tangentialverbindung des Hauptstraßennetzes zu einer kompakten Stadt entwickelt. Dadurch wird eine hohe Ökonomie der Zeit und des Raumes im Funktionsablauf erreicht, der Investitionsaufwand verringert und der städtebauliche Nutzeffekt erhöht. Innerhalb der kompakten Stadt werden die Disproportionen in der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzverteilung sowie in der Flächennutzung im Zusammenhang mit der Rekonstruktion und der Neubebauung vermindert. Durch die Zuordnung und sinnvolle Mischung von Wohngebieten und Arbeitsstätten wird der charakteristische Spitzenverkehr in jeweils einer Richtung zwischen getrennten Wohn- und Industriegebieten weitgehend vermieden und eine stärkere Auslastung der Verkehrsmittel auch in der Gegenrichtung erreicht.

Die künftige städtebauliche Struktur und Gestaltung der Hauptstadt zeigen ein kompakt bebautes Stadtgebiet mit dem Stadtzentrum, den großen Wohngebieten und den zwischen der dritten und vierten Tangentialverbindung des Straßenhauptnetzes liegenden Industriegebieten in günstiger Lage zu den Transportwegen und den Wohngebieten. Die kompakte Stadt umfaßt das Gebiet innerhalb der geplanten vierten Tangentialverbindung und schließt die Stadtteile Köpenick, Friedrichshagen und Grünau ein.

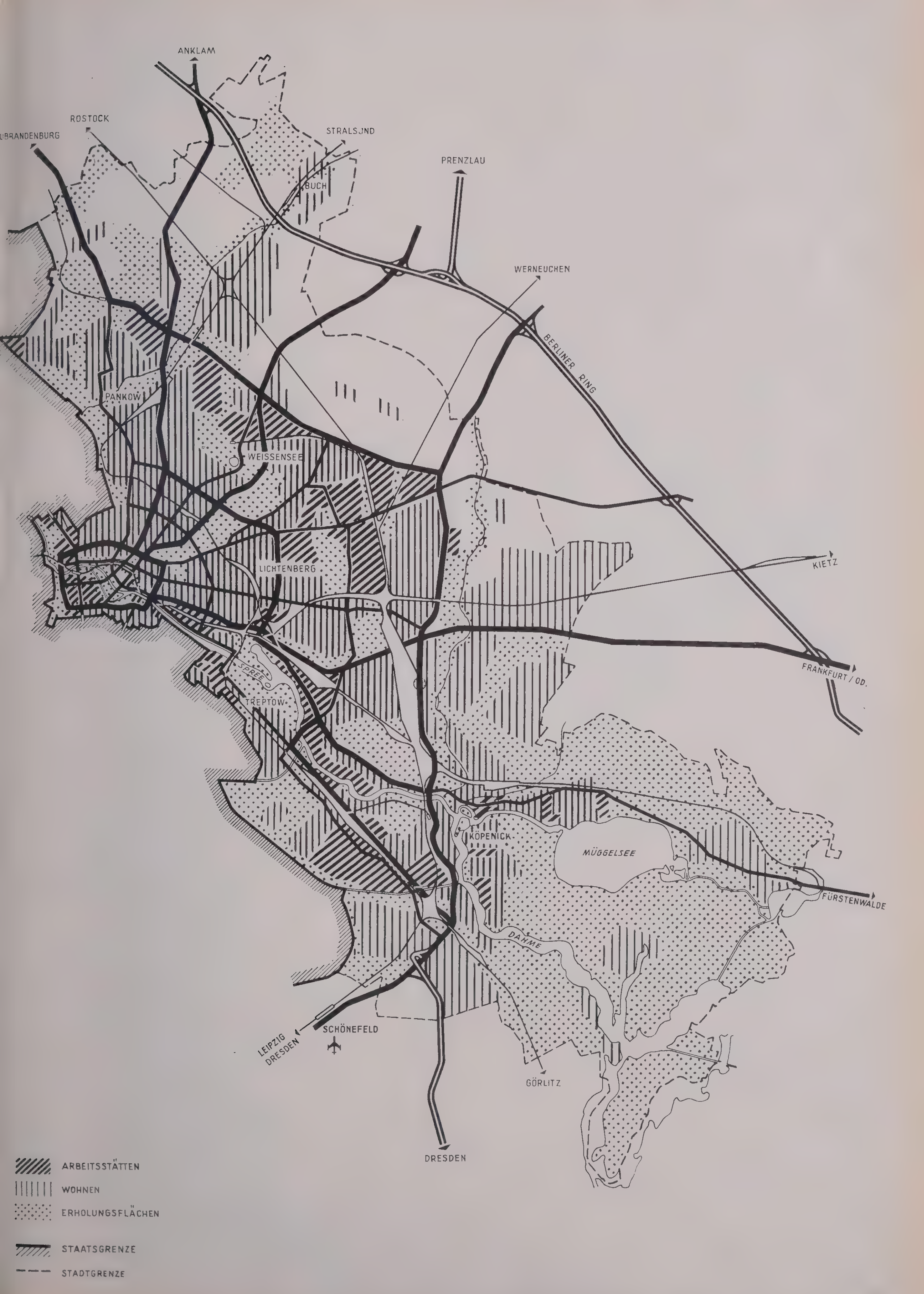
Das Straßenhauptnetz besteht aus einem System von Radialstraßen mit Tangentialverbindungen. Vier Radialstraßen leiten den Verkehr aus den Gebieten der Republik in das Stadtinnere, vier Tangentialverbindungen verteilen den Verkehr und verbinden untereinander die einzelnen Stadtgebiete. Zwei große Grünzüge verbinden die Erholungsgebiete der Umgebung Berlins mit dem Stadtinnern.

Das System der Zentren zur Versorgung und Betreuung der Bevölkerung wird im Zusammenhang mit der Veränderung der Stadtstruktur gelöst. Eine wichtige Aufgabe kommt dabei der städtebaulichen Gestaltung und funktionellen Gliederung der Radialstraßen zu, die das Stadtzentrum mit den Wohn-, Arbeits- und Erholungsgebieten verbinden.

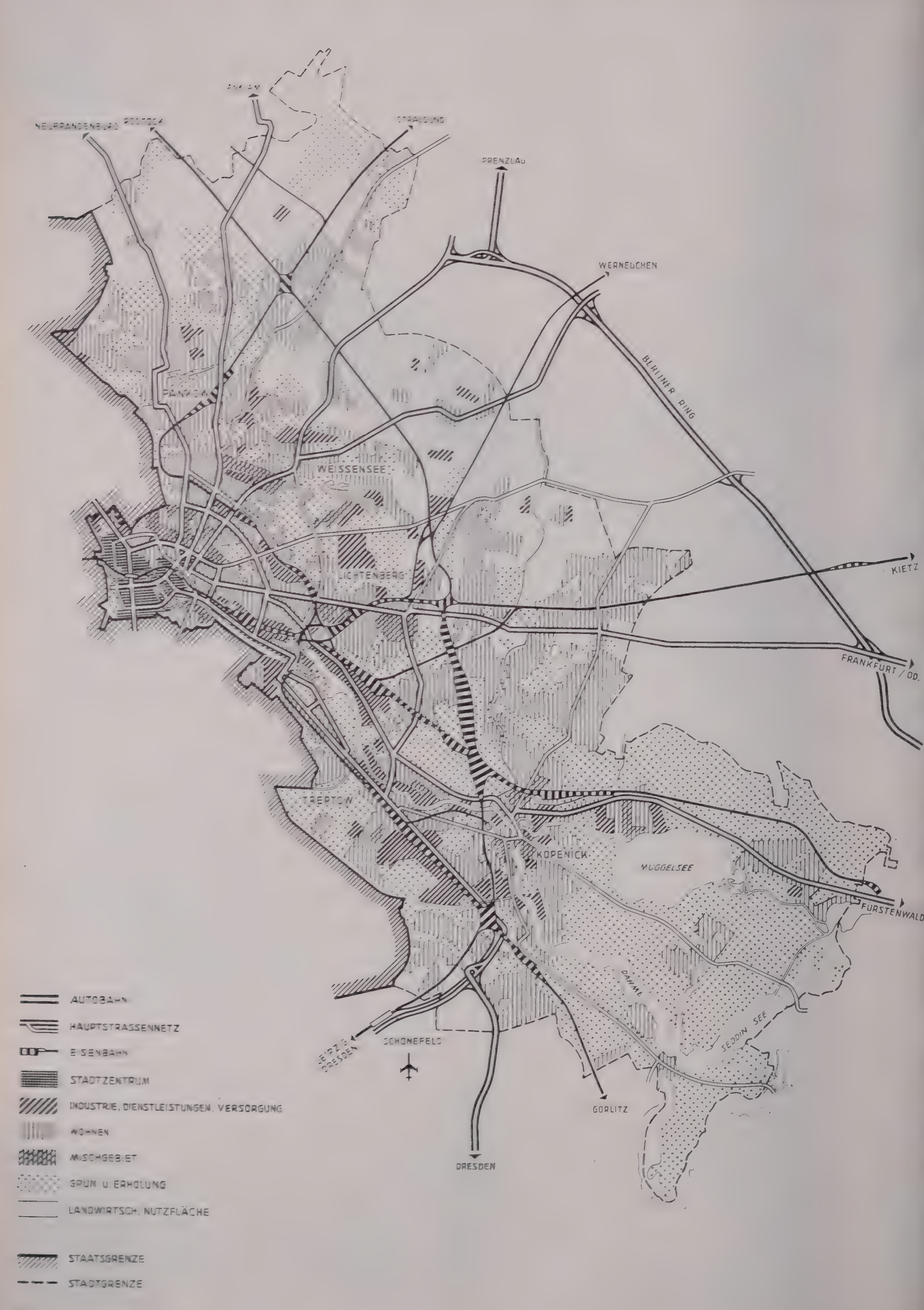
Die Ausarbeitung des Generalbebauungsplanes ist ein ständiger Prozeß. Bei seiner weiteren Qualifizierung werden vor allem die Prognosen der Zweige und Bereiche sowie der Industrie stärker zur Konkretisierung des Planwerkes herangezogen. Hierbei müssen eine genaue Analyse des gegenwärtigen Standes und die Gegenüberstellung zu den prognostischen Forderungen noch mehr Klarheit über den Umfang der Bauaufgaben erbringen. Schließlich müssen die Verflechtungsbeziehungen aller Funktionsbereiche der Stadt im Generalbebauungsplan ständig weiter präzisiert werden.

Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Stadtstruktur werden auch die Grundzüge der Stadtkomposition im Generalbebauungsplan herausgearbeitet. Sie bestehen in der harmonischen Eingliederung historischer Stadtelemente und natürlicher Gegebenheiten sowie in der Herausbildung von neuen Höhepunkten der Stadtgestaltung. Dabei nimmt das Stadtzentrum selbst eine hervorragende Stellung ein, aber auch die Gliederung und der Massenaufbau der Radialstraßen sowie der gesellschaftlichen Zentren in den neuen Arbeits- und Wohngebieten sind von großer Bedeutung. Alle städtebaulichen und künstlerischen Ausdrucksmittel stehen miteinander in sinnvoller Beziehung und prägen die Einmaligkeit und das unverwechselbare Antlitz der Stadt. In der Möglichkeit, die Stadt als Ganzes zu planen und zu gestalten, beruht einer der größten Vorzüge des sozialistischen Städtebaus. Mit der schrittweisen Realisierung dieser umfassenden Aufgabe findet zugleich auch das Streben der Bürger nach einem kulturvollen Leben in schönen Städten seinen sichtbaren Ausdruck.

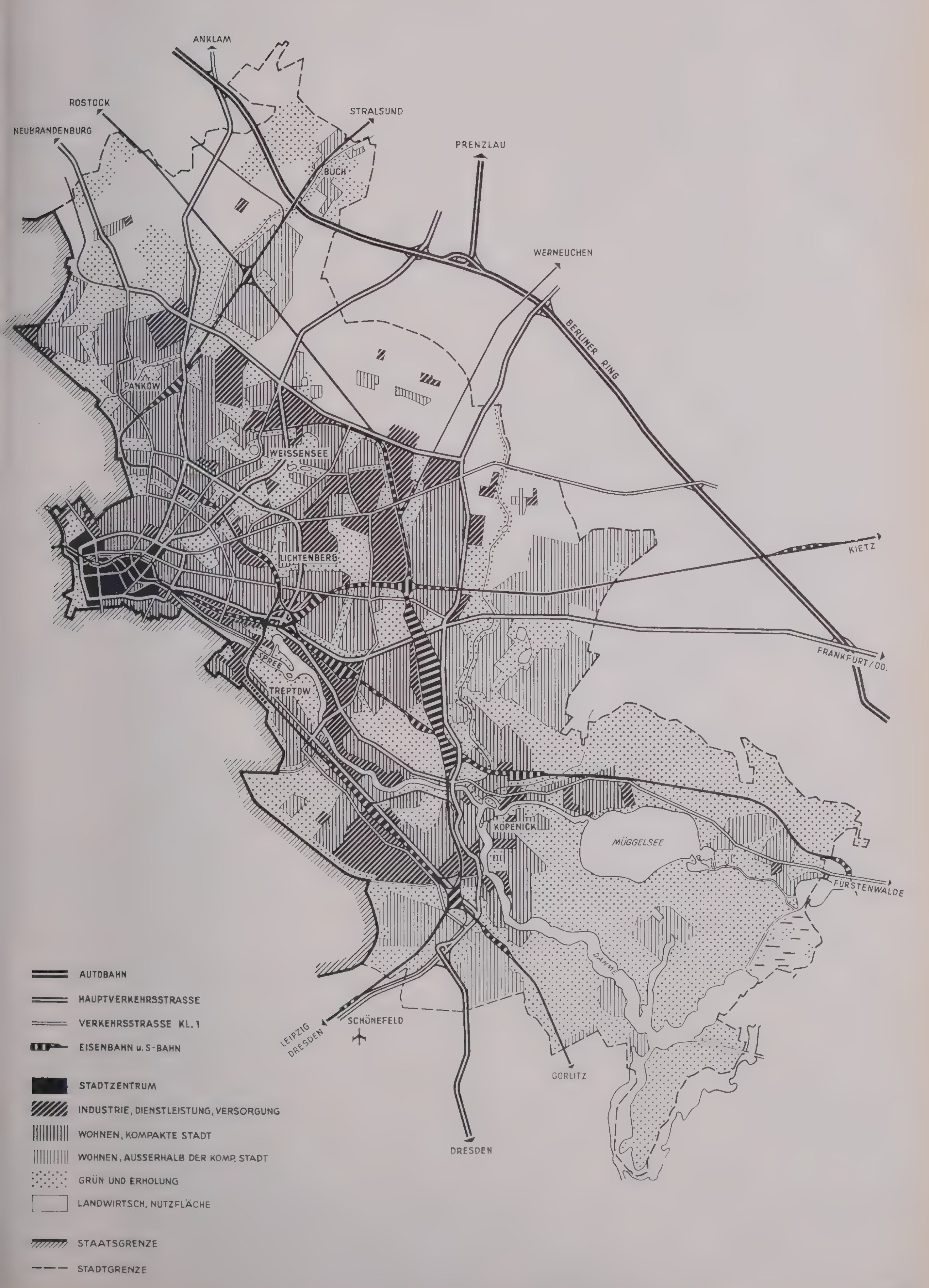
PLAN ARBEITEN, WOHNEN UND ERHOLUNG



KARTE DER FLÄCHENNUTZUNG



PLAN DER FLÄCHENNUTZUNG

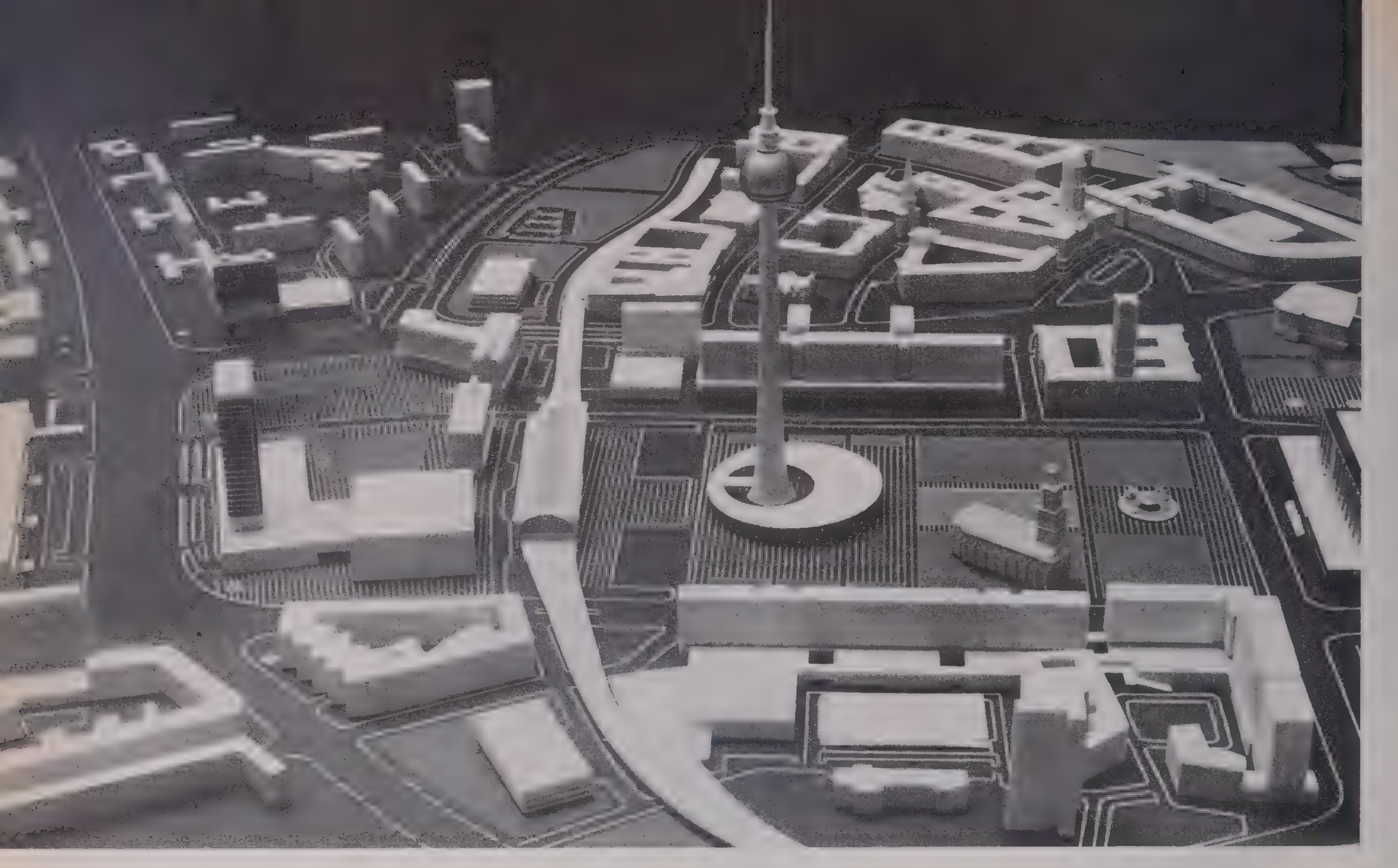


PLAN SCHWERPUNKTE DER INVESTITIONEN



PLAN ENTWICKLUNG DER ZENTREN DES GESELLSCHAFTLICHEN LEBENS





Die zentrale Achse zwischen Brandenburger Tor und Alexanderplatz, die Spree mit der Spreeinsel und der alte Stadtgrundriß bilden die Gliederungs- und Gestaltungselemente des neuen Stadtzentrums

Bebauungsplan Stadtzentrum Berlin
Stand: Dezember 1967

Die Gebiete Leipziger Straße mit Spittelmarkt, Friedrichstraße, Platz der Akademie und Otto-Grotewohl-Straße befinden sich gegenwärtig in städtebaulicher Bearbeitung

Die sozialistische Umgestaltung des Stadtzentrums

Die Schwerpunktaufgabe bei der etappenweisen Verwirklichung des Generalbebauungsplanes ist der konzentrierte Aufbau des Stadtzentrums. Das Zentrum der Hauptstadt wird gegenwärtig zum Mittelpunkt des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens gestaltet.

Im Unterschied zu der früheren kapitalistischen City ist das sozialistische Stadtzentrum von Berlin der Höhepunkt für das gesellschaftliche Leben der Bevölkerung und der zentrale Ort gesamtstädtischer, nationaler und internationaler Begegnungen. In der strukturellen Gliederung, in der städtebaulichen Komposition sowie in der architektonischen und künstlerischen Gestaltung des Stadtzentrums kommt die neue, sozialistische Gesellschaftsordnung in der DDR sinnvoll zum Ausdruck. Der Aufbau und die sozialistische Umgestaltung des Stadtzentrums sind eine zutiefst gesellschaftspolitische Aufgabe. Die Erfolge, die hierbei – zielgerichtet auf den 20. Jahrestag der DDR – sichtbar werden, erhöhen zugleich das gewachsene internationale Ansehen unserer Republik. Daher sind die Anstrengungen der Bauschaffenden darauf gerichtet, diese große und schöne Aufgabe in kürzester Frist und in hoher Qualität zu erfüllen. Die Zielrichtung besteht darin, das Zentrum der Hauptstadt als die Metropole unseres neuen, sozialistischen Staates zu gestalten.

Das Gebiet des Stadtzentrums umfaßt im wesentlichen die Fläche innerhalb der ersten Tangentialverbindungen und hat eine Größe von 820 ha. Das sind 2 Prozent der Gesamtfläche der Hauptstadt und 3,5 Prozent des kompakten Stadtgebietes. Die Größe des Stadtzentrums ermöglicht die zweckmäßige Unterbringung der politischen, staats- und wirtschaftsleitenden sowie kulturellen Einrichtungen. Sie erfordert zugleich innerhalb des Gebietes die Herausbildung von gesellschaftlichen Schwerpunkten und die Einordnung von komplexen Wohngebieten.

Die Hauptfunktionen des sozialistischen Stadtzentrums werden durch die zentralen Organe der Parteien, der Regierung, des Magistrats und der Massenorganisationen, die Auslandsvertretungen sowie die zentralen Einrichtungen der Wirtschaft, der Kultur, der Wissenschaft, der Forschung und der Volksbildung bestimmt. Sie werden durch Einrichtungen des Handels, des Gaststätten- und Hotelwesens einschließlich der Dienstleistungen ergänzt.

Bedeutende Gliederungs- und Gestaltungselemente des Stadtzentrums sind die zentrale Achse zwischen dem Brandenburger Tor und dem Alexanderplatz sowie die Spree mit der Spreeinsel und der alte Stadtgrundriß.

Der Bereich zwischen dem Marx-Engels-Platz und dem Alexanderplatz, begrenzt von der Rathausstraße und Liebknechtstraße, wird zum politisch-gesellschaftlichen Mittelpunkt der Hauptstadt. Der Marx-Engels-Platz mit dem Gebäude des Staatsrates und dem Gebäude für das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ist der zentrale Platz für politische Demonstrationen und Kundgebungen. Die Höhendominante dieses Bereiches bildet der UKW- und Fernsehturm.

Der Raum um den Fernsehturm wird von modernen Wohnbauten umgeben, in deren unteren Geschossen sich überörtliche Einrichtungen des Handels, der Gastronomie und der Kultur in großer Vielfalt befinden. Die Gesamtheit dieser Einrichtungen sowie die Herausbildung von Fußgängerpassagen und die sinnvolle Einbeziehung der Terrassengeschosse werden sich aktivierend auf die Entwicklung einer großstädtischen Atmosphäre auswirken.

Der Alexanderplatz wird zu einem Schwerpunkt des gesellschaftlichen Lebens und des Handels sowie zum wichtigsten Verkehrsknoten der Hauptstadt umgestaltet (siehe „Deutsche Architektur" Heft 1/1967). Ein 130 m hohes Hotel mit Gaststättenkomplex, ein großes Warenhaus sowie verschiedene Bürobauten für wirtschaftsleitende Organe, in deren Erdgeschossen sich repräsentative Läden befinden, geben ihm sein Gepräge. Das gesamte, westlich der Spreeinsel gelegene Gebiet, ausgehend von der Straße Unter den Linden, ist im wesentlichen den Bereichen Kultur, Wissenschaft und zentralen Organen der Parteien, der Massenorganisationen und des Staates vorbehalten.

Eine große Bedeutung als weiterer Schwerpunkt des Handels, der Gastronomie und der Kultur hat in diesem Bereich die Friedrichstraße. Sie wird im Zuge weiterer Aufbaumaßnahmen wieder zu einer großstädtischen Geschäftsstraße gestaltet. Der optischen und funktionellen Verbindung des Alexanderplatzes mit der Friedrichstraße über die Rathausstraße und Liebknechtstraße und das Berliner Forum Unter den Linden mit seinen historischen Bauten wird bei der weiteren Umgestaltung des Stadtzentrums besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

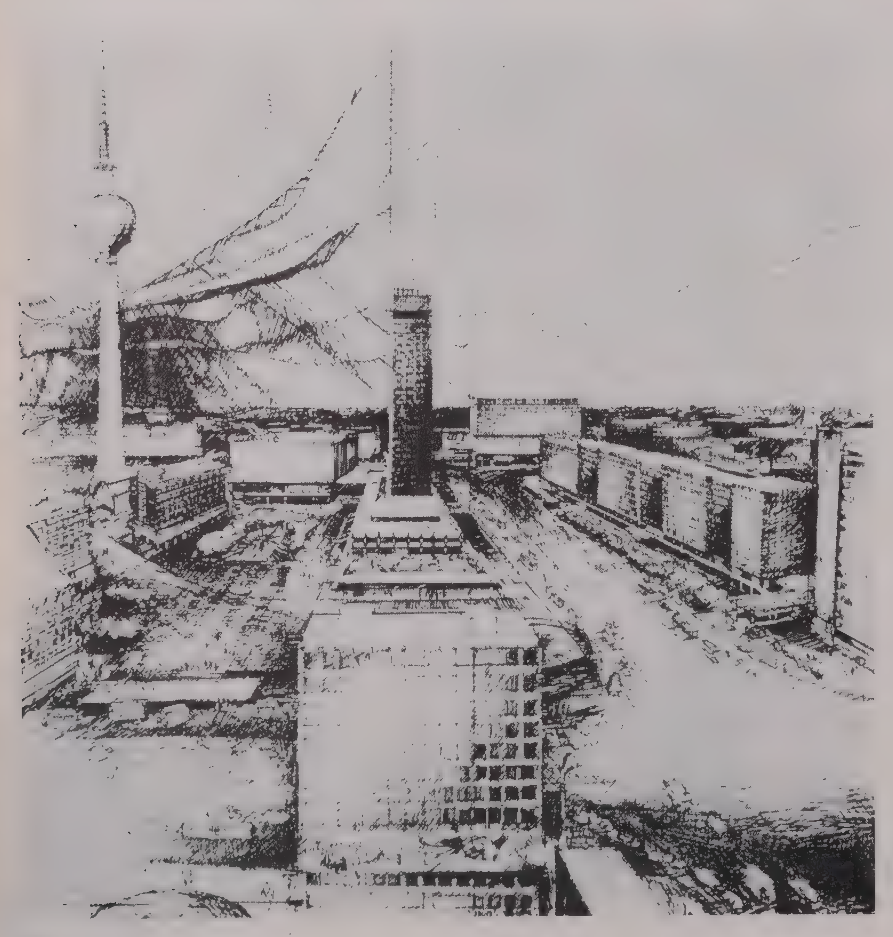
Der Kern des Stadtzentrums wird von einem Ring neuer Wohngebiete umschlossen, der durch die Konzentration von Hochhäusern seinen sichtbaren städtebaulichen Ausdruck findet. Die Anordnung von Wohngebieten im Stadtzentrum ermöglicht es der Bevölkerung, unmittelbar am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teilzunehmen. Gleichzeitig verkürzen sich auch die Wege



STADTZENTRUM BERLIN
REKONSTRUKTIONSGEBIET
1 - 2 GESCHOSSE
3 - 8 "
9 - 12 "
über 12 "
KARL-MARX-ALLEE
MOLLSTR.
ALEXANDERPLATZ
LIEBKNECHTSTR.
U. D. LINDEN
LEIPZIGER STR.
SPREE

▲

Begrenzt von der Bebauung der Rathausstraße und Liebknechtstraße wird der Bereich zwischen Alexanderplatz und Marx-Engels-Platz der politisch-gesellschaftliche Mittelpunkt der Hauptstadt
Stand: Dezember 1967



◄

Blick von der Karl-Marx-Allee auf den künftigen Alexanderplatz, dem wichtigsten Verkehrsknoten der Hauptstadt

(Perspektive: Dieter Bankert)

Der Alexanderplatz wird ein Schwerpunkt des gesellschaftlichen Lebens und des Handels ►

zu den Arbeitsstätten, und der Verkehr wird entlastet. Darüber hinaus wird das wertvolle Bauland im Zentrum durch hohe Einwohnerdichten von 500 bis 600 EW/ha ökonomisch vorteilhaft genutzt. Neben den bereits bestehenden Wohngebieten im neuen Teil der Karl-Marx-Allee und im Heinrich-Heine-Viertel sind weitere Standorte des komplexen Wohnungsbaus in der Leipziger Straße, am Fischerkietz, am Leninplatz, südlich des Friedrichshains und im Rekonstruktionsgebiet zwischen der Spree und dem Wilhelm-Pieck-Ring vorgesehen.

Die Struktur und funktionelle Gliederung des Stadtzentrums folgen einem allgemeinen Ordnungsprinzip, ohne dabei in sich abgeschlossene Funktionsbereiche schaffen zu wollen. Verflechtungen und Überlagerungen verschiedener Funktionen steigern die Vielfalt großstädtischen Lebens. Sie wirken sich nicht zuletzt auf die Wirtschaftlichkeit der Stadt aus, wie zum Beispiel auf die Anlagen des fließenden und ruhenden Verkehrs, deren einseitige Auslastung weitgehend vermieden wird.

Mit der Umgestaltung des Stadtzentrums geht eine Neuordnung des Verkehrssystems einher. Zur Verteilung der Verkehrsströme wird eine leistungsfähige Tangentialverbindung um das gesamte Zentrum geschaffen. Eine der wichtigsten Radialstraßen, die Karl-Marx-Allee, wird gradlinig über den Alexanderplatz geführt. Sie findet später ihre Fortsetzung in einer Hauptverkehrsstraße nördlich der Spree.

Eine weitere Radialstraße, die Greifswalder Straße, wird am Alexanderplatz mit Hilfe eines Tunnels unter der Karl-Marx-Allee hindurchgeführt. Sie mündet über die Grunerstraße, den Molkenmarkt und den Spittelmarkt in die Leipziger Straße. Damit ist das Kerngebiet des Stadtzentrums von einem weiteren Verteilersystem umgeben; es wird vom Durchgangsverkehr entlastet und bleibt dem Ziel- und Quellverkehr vorbehalten.

Im öffentlichen Nahverkehr wird vor allem der schienengebundene Straßenbahnbetrieb schrittweise eingestellt. Durch einen entsprechenden Ausbau des Schnellbahnnetzes und von Buslinien wird zur Vermeidung eines übermäßigen Individualverkehrs beigetragen.

Der konzentrierte Aufbau des Berliner Stadtzentrums geht davon aus, in sich geschlossene Investitionskomplexe zu errichten. Damit wird die Fertigstellung großer neuer Ensembles in möglichst kurzen Zeiträumen erreicht. Gegenwärtig ist die ganze Kraft des Berliner Bauwesens darauf gerichtet, den Alexanderplatz und den Komplex Rathausstraße – Liebknechtstraße bis zum 20. Jahrestag unserer Republik im Jahre 1969 im wesentlichen fertigzustellen.

Im Massenaufbau und in der architektonischen Gestaltung wird das Zentrum der Hauptstadt zum Höhepunkt der gesamten Stadtkomposition. Die einzelnen Ensembles sind dabei sowohl Teile eines organischen Ganzen als auch immer wieder neue Erlebnisbereiche, die sich durch ihre Einprägsamkeit und Differenziertheit auszeichnen. Dies gilt in besonderem Maße für das Kernstück des Stadtzentrums – den zentralen Bereich und den Alexanderplatz. Hierbei wurde die jeweils konkrete städtebauliche Situation zum Ausgangspunkt für die Herausbildung neuer Ensembles genommen. Damit entstehen bei gleichzeitiger Meisterung der künstlerischen Probleme des industriellen Bauens im Prozeß der schöpferischen Arbeit neue Wesenszüge der sozialistischen Architektur, die der Stadt ein typisches Gepräge geben. In diesem Zusammenhang wird der Einbeziehung von Werken der bildenden Kunst als Mittel der Steigerung der städtebaulich-architektonischen Aussage immer größere Aufmerksamkeit gewidmet. Im engen Zusammenwirken der Architekten mit den bildenden Künstlern geht es vor allem darum, eine Synthese von Baukunst und bildender Kunst herzustellen. Die neuen, weitgespannten städtebaulichen Räume und der Maßstab der Bauwerke erfordern eine Entsprechung in den Werken der bildenden Kunst, die in einer echten Monumentalität der Plastiken, Brunnen und Bildwerke besteht. Vom Inhalt her künden die Werke der bildenden Kunst von der progressiven Tradition und Geschichte unserer Nation, besonders von der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und davon, wie die neue sozialistische Menschengemeinschaft sich ihre Welt gestaltet.

Im Prozeß des konzentrierten Aufbaus verändert und erneuert sich ständig das Gesicht der Stadt. Mit der Beseitigung der letzten Kriegsschäden und von überalterter Bausubstanz sowie mit der Verwirklichung der umfangreichen Projekte entsteht schrittweise das neue sozialistische Zentrum von Berlin, der Hauptstadt des ersten sozialistischen Staates deutscher Nation.





1

Bebauung der Rathausstraße und der Liebknechtstraße
Studie

Architekt BDA Wolfgang Radke und Architekt BDA Heinz Graffunder
VE Wohnungsbaukombinat Berlin, Betrieb Projektierung

Autorenkollektiv unter Gesamtleitung von
Architekt Wolfgang Radke und Architekt Heinz Graffunder

mit
Dr.-Ing. Peter Schmiedel
Dr.-Ing. Manfred Zumpe
Architekt Günter Piesker
Architekt Erwin Kochlowski
Architekt Gerhard Hölke
Dipl.-Arch. Eberhard Mueller
Architekt Gerfried Mantey
Dipl.-Ing. Ingeborg Lampadius
Architekt Egon Kreißl
Techniker Werner Below
Dipl.-Arch. Dietmar Kuntzsch
Architekt Lothar Köhler
Architekt Heinz Tellbach
Architekt Helmut Haar
Architekt Günter Theiß

Statische Beratung:
Dipl.-Ing. Arne Knuth
Ingenieur Karl Panten
Ingenieur Werner Grams

Tiefbau:
Ingenieur Oskar Heßler

Grünplanung:
Gartenarchitekt Eberhard Horn
Gartenarchitekt Rolf Rühle

Die städtebauliche Lösung erfolgt in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Magistrat von Groß-Berlin, Bezirksbauamt, Abteilung Städtebau und Architektur mit
Dipl.-Ing. Joachim Näther, Chefarchitekt von Groß-Berlin
und
Dipl.-Arch. Peter Schweizer
Dipl.-Ing. Lothar Arzt
Dipl.-Ing. Dieter Schulze
und dem Autorenkollektiv des VE WBK Berlin

Das Bebauungsgebiet Rathausstraße — Liebknechtstraße schließt an den Alexanderplatz an und wird durch den Viadukt der S-Bahn begrenzt, der bogenförmig — der früheren Stadtmauer folgend — zwischen den Bahnhöfen Alexanderplatz und Marx-Engels-Platz verläuft. Nach Süden und Westen bildet die Spree den Abschluß des Gebietes, während er nach Osten im Bereich des Amtsgerichtes und des Neuen Stadthauses liegt.

Dieses Bebauungsgebiet ist ein wichtiger Bestandteil der zentralen Achse der Hauptstadt: Unter den Linden — Marx-Engels-Platz — zentraler Bereich — Alexanderplatz — Karl-Marx-Allee. Mit dem später zu errichtenden zentralen Gebäude zwischen Spandauer Straße und Spree erhält der zentrale Bereich durch die Bebauung der Rathausstraße und der Liebknechtstraße seine räumliche Fassung. Der bauliche Höhepunkt dieses Ensembles ist der Fernsehturm, an dessen Fuß ein weiterer Gebäudekomplex entsteht, in dem sich eine Parkgaststätte, ein Ausstellungszentrum und das Eingangsbauwerk befinden. Fernsehturm und Fußbebauung werden von großzügig gestalteten Freiflächen umgeben, die sich als Bestandteil des Komplexes zwischen Rathausstraße und Liebknechtstraße vom Bahnhof Alexanderplatz bis zur Spandauer Straße erstrecken. Einen besonderen Akzent wird die Anlage durch den restaurierten Neptunbrunnen erhalten, der in der

1
Lageplan: Bebauung Rathausstraße – Liebknechtstraße – Stand: Dezember 1967

1 Markthalle
2 Zweigeschossiger Parkplatz
3 Allgemeinbildende polytechnische Oberschule
4 Punkthochhaus
5 Bebauung Liebknechtstraße
6 Bebauung Spandauer Straße
7 Marienkirche
8 Fernsehturm
9 S-Bahnhof Alexanderplatz
10 Zentrale Betriebsgaststätte
11 Bürogebäude
12 Bebauung Rathausstraße
13 Rathaus



2
Blick von der Markthalle auf die Wohnbebauung Liebknechtstraße

2

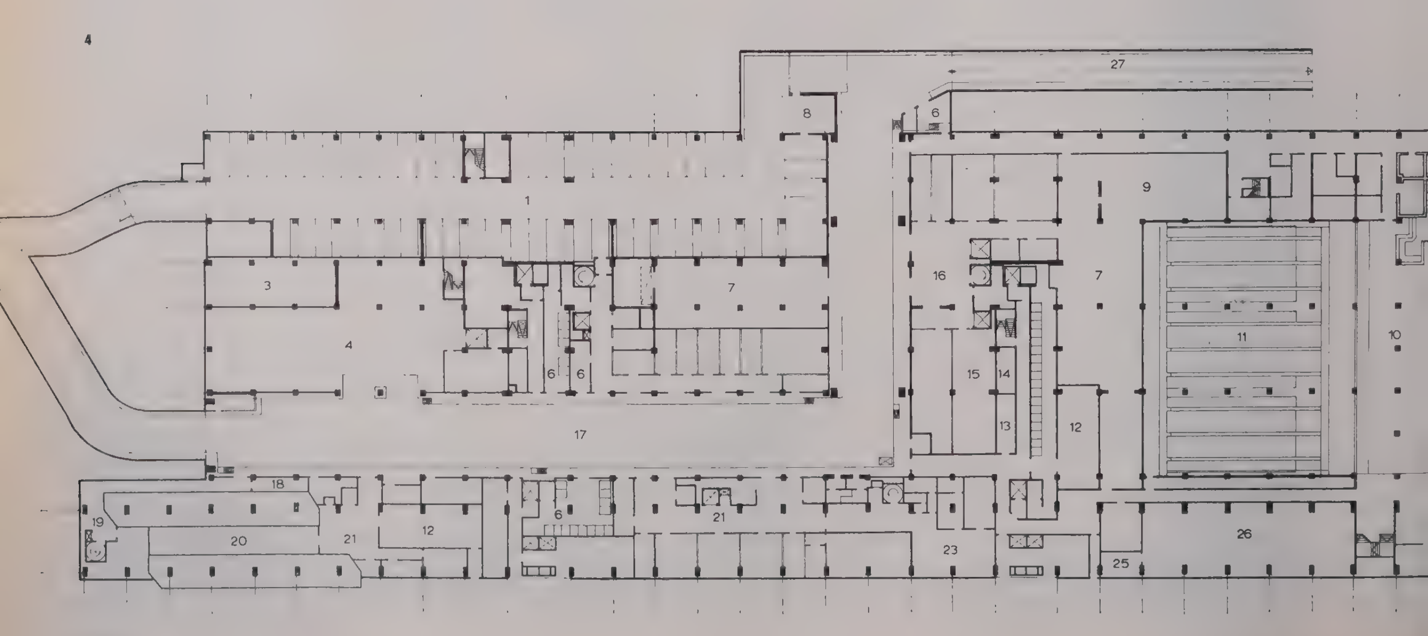
Querachse des Berliner Rathauses aufgestellt werden wird.
Die etwa 42 m hohe Bebauung der Rathausstraße zwischen der S-Bahn und dem Rathaus sowie der Liebknechtstraße zwischen S-Bahn und der Spandauer Straße begrenzt den zentralen Bereich, in dem sich vielfältige Formen des politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens unserer Hauptstadt entwickeln werden. Die Gebäude an der Liebknechtstraße sind gleichzeitig Bestandteil eines in sich geschlossenen Wohngebietes, das durch die Spandauer Straße und den S-Bahn-Bogen begrenzt wird. Zwischen Rathausstraße und der neuen Grunerstraße konnten erstmalig in Berlin die Bauwerke in einer kompakten Anlage zusammengeschlossen werden. Der Massenaufbau und die Architektur sind in ihrer Wirksamkeit auf den Großraum um den Fernsehturm abgestimmt. Die Gebäude sind stark plastisch gegliedert und differenziert gestaltet. In der Höhe des Berliner Rathauses ergibt sich eine städtebauliche Querachse, die bei der Konzeption der Liebknechtstraße und der Freifläche zwischen ihr und der Rathausstraße besonders betont wurde.
Die städtebauliche Direktive wurde vom Chefarchitekten von Groß-Berlin und seinen Mitarbeitern in Zusammenarbeit mit den Hochbauprojektanten erarbeitet.
Auf dieser Grundlage entstand dann die Studie, die der Magistrat von Groß-Berlin bereits im Juli und der Ministerrat im August des Vorjahres bestätigten. Anschließend konnten sofort die ersten Baumaßnahmen eingeleitet werden.
Mit der schrittweisen Verwirklichung des neuen ökonomischen Systems hat das VE Wohnungsbaukombinat Berlin im Stadtzentrum die ehrenvolle Aufgabe erhalten, diesen Komplex, erstmals als Generalauftragnehmer und Generalprojektant, zu bauen und seine Hauptgestaltung bis zum 7. Oktober 1969, dem 20. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik, abzuschließen. In Verbindung mit diesem Auftrag wurden Anfang Mai 1967 Projektierungskräfte des ehemaligen VEB Berlin-Projekt in das Wohnungsbaukombinat übernommen und dort in komplexer Besetzung zu dem eigenverantwortlich arbeitenden Betrieb Projektierung zusammengeschlossen. Dieses Experiment hat sich schon im ersten Stadium bewährt, war es doch Voraussetzung dafür, daß nach genau 100 Tagen die erste Phase der Projektierung in Form der hier dargestellten Studie abgeschlossen werden konnte. In diese Arbeitsergebnisse waren schon weitgehend technologische, ökonomische und sonstige produktionswirksame Überlegungen aus verschiedenen anderen Bereichen des Kombinates eingeflossen. Eine weitere Voraussetzung für die kurzfristige und umfassende Vorbereitung des Investitionskomplexes war die neue Form der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit – unter Anleitung der Parteiorganisation – zwischen dem Kombinat und Mitarbeitern des Ministeriums für Bauwesen, des Magistrats von Groß-Berlin und der Deutschen Bauakademie.
Im Prozeß der Durcharbeitung der Projekte wurden Zwischenergebnisse immer wieder kritisch zur Diskussion gestellt; auf diese Weise wurde die sozialistische Gemeinschaftsarbeit wirksam weitergeführt und eine neue Qualität in der Architektur erreicht.
Die Hauptbebauung an diesen beiden Straßenzügen wird durch eine Großgaststätte (Mehrzwecknutzung) an der Rathausstraße, ein Bürogebäude an der Grunerstraße und die rekonstruierte Berliner Markthalle an der Liebknechtstraße ergänzt. Im Wohngebiet Liebknechtstraße befinden sich außerdem eine zweizügige polytechnische Oberschule mit Turnhalle und ein 25geschossiges Wohnhochhaus, das in Großplattenbauweise nach dem System „Fischerkietz" gebaut wird. Hinter dem Rathaus entsteht ein weiterer Teilkomplex, der aus der Fernsprechzentrale VSTW 51 und einem Bürokomplex an der Grunerstraße Ecke Jüdenstraße besteht, aber erst nach 1970 errichtet wird.
Einen großen Umfang haben die Tiefbaumaßnahmen. Alle Straßen werden auf der Grundlage des Generalverkehrsplanes neu trassiert, und der gesamte Komplex wird tiefbautechnisch erschlossen. Überbauungen

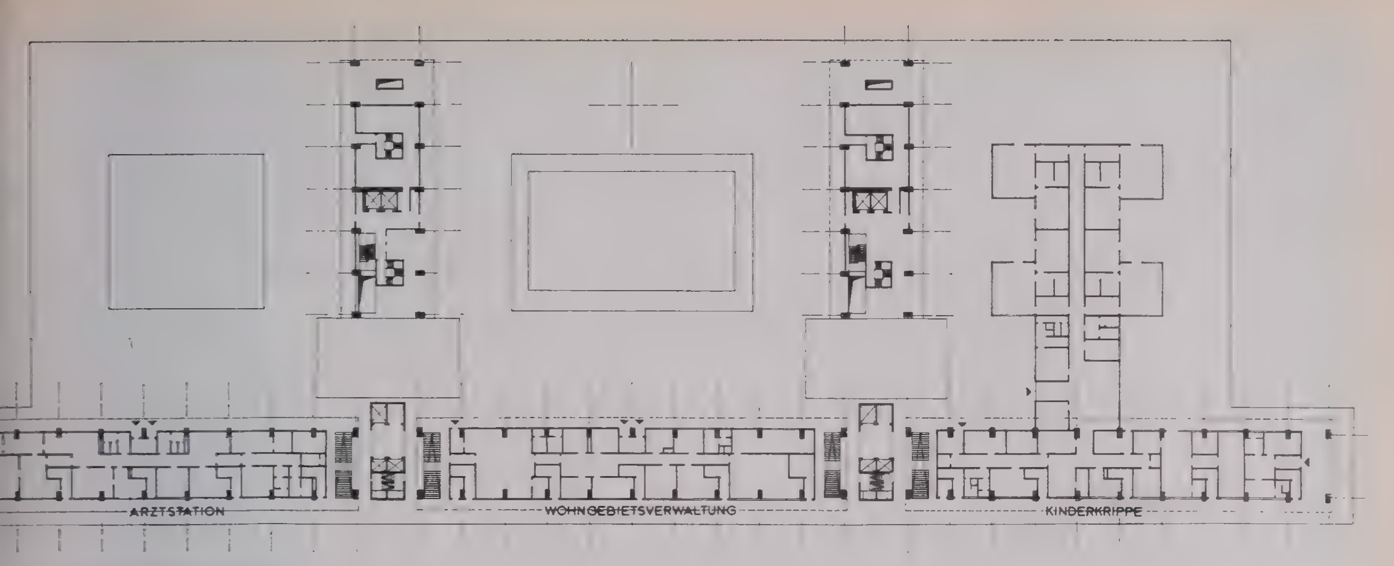
3

3
Perspektive der Rathausstraße

4
Komplex Rathausstraße
Kellergeschoß 1 : 1000
1 Garage (55 Pkw)
3 Rohrpost
4 Post
6 Müll
7 Lüfterzentrale
8 Waschplatz
9 Regelzentrale
10 Gaststätte
11 Bowlingbahnen
12 Trafostationen
13 Zählerraum
14 Rauchabzug
15 Lagerkeller
16 Warenannahme
17 Versorgungsstraße
18 Leergut
19 Lagerkeller
20 Lagerkeller
21 Warenannahme
23 Lagerkeller
25 Hausanschlußraum
26 Heizzentrale, Warmwasserbereitung

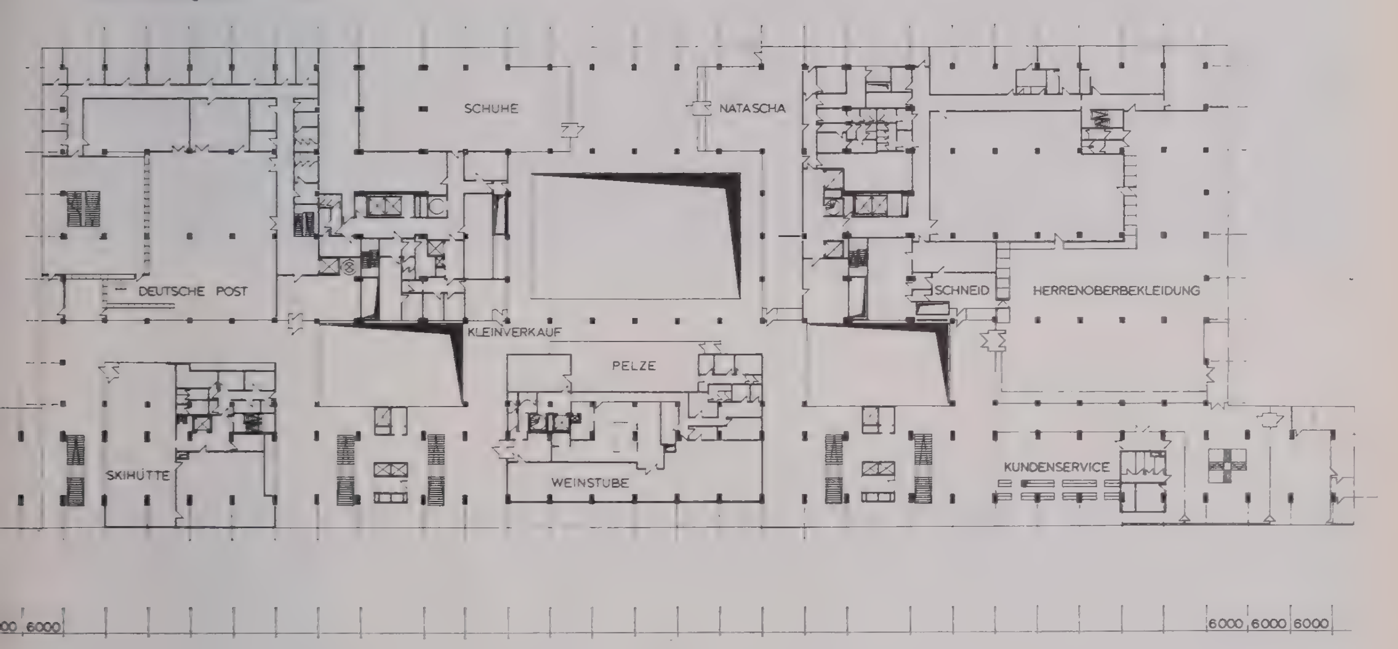
4





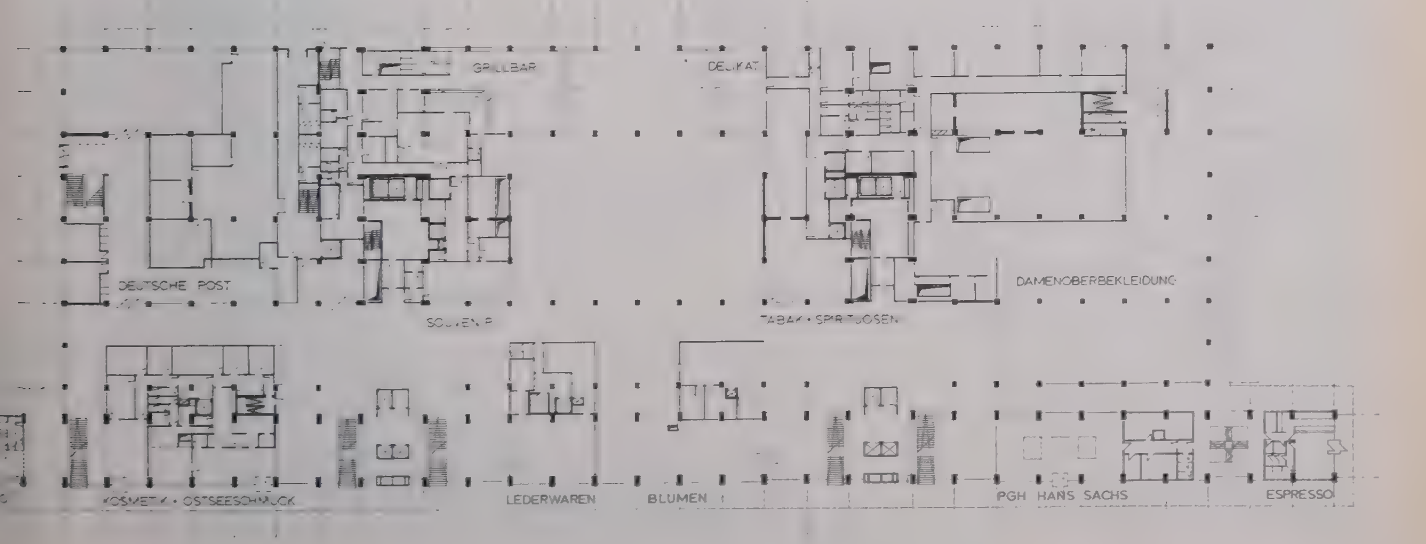
5 Terrassengeschoß 1 : 1000

6 Zweites Ladengeschoß 1 : 1000



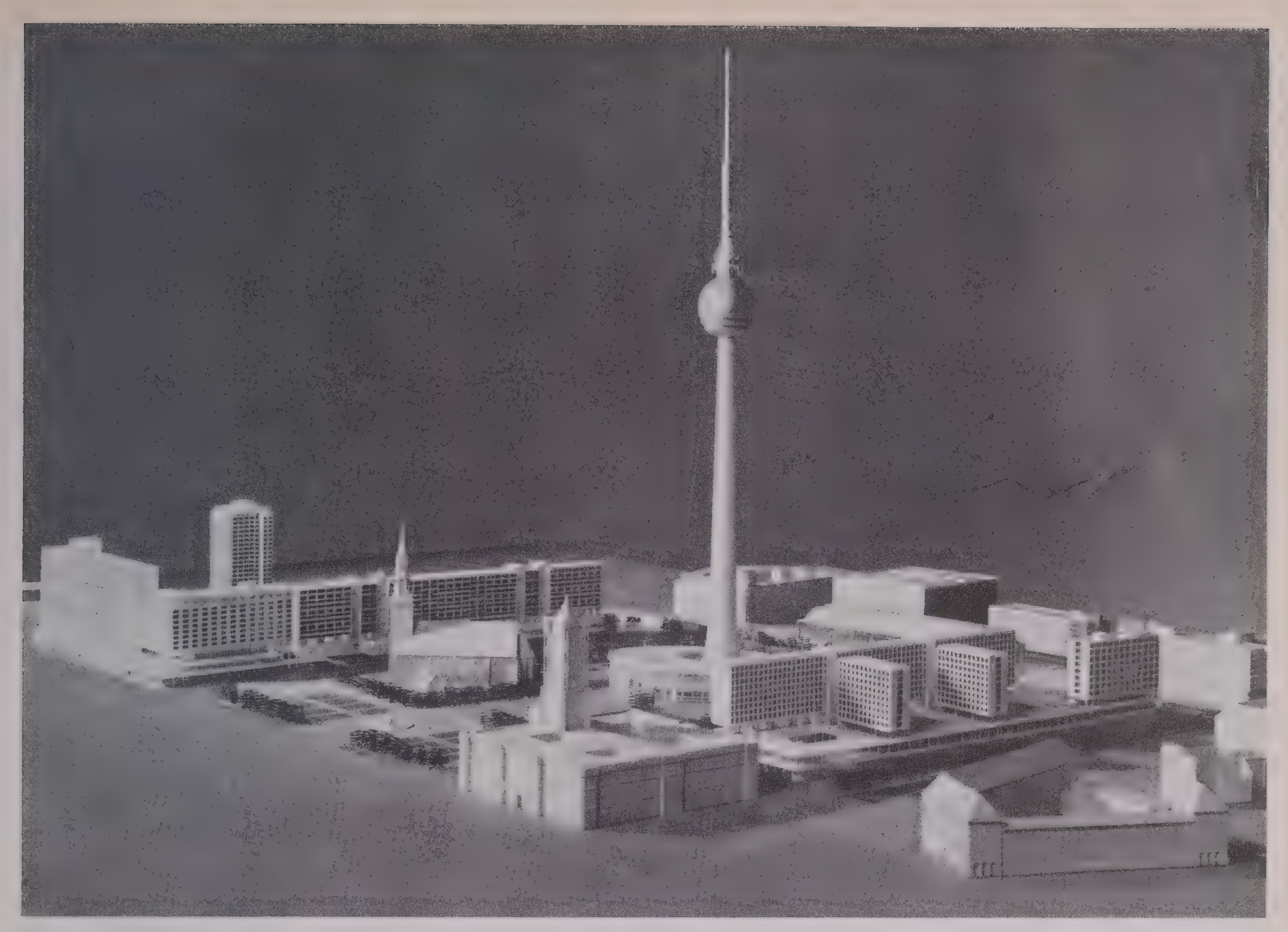


7 Erstes Ladengeschoß 1 : 1000



8 Blick auf die Bebauung von der Spandauer Straße – Stand: Dezember 1967

9 Blick vom Rathaus in Richtung Alexanderplatz, rechts der neue Durchbruch Grunerstraße



10 Rückansicht des Komplexes Rathausstraße mit Blick auf die Bebauung Liebknechtstraße – Stand: Dezember 1967

von Straßen, Leitungen, Kanälen und U-Bahn-Trassen sind erforderlich. Fußgängertunnel werden vorgesehen, die ein gefahrloses Passieren der Hauptverkehrsstraßen gewährleisten. Besondere Beachtung fand das Parkproblem, weil die Wirtschaftlichkeit der Handelseinrichtungen auch von einer guten Lösung dieses Problems abhängt. Unter anderem ist geplant, im Gebiet der Liebknechtstraße später eine mehrgeschossige Parkanlage zu errichten.
Im gesamten Bebauungsgebiet sind umfangreiche Abrißarbeiten erforderlich. Einige Gebäude müssen rekonstruiert werden.
Die architektonische Gesamthaltung des neuen Bebauungskomplexes wird von einer lebendigen, stark differenzierten Massenkomposition bestimmt, und es wird versucht, aus den vorhandenen eindrucksvollen Gebäuden, wie zum Beispiel dem Berliner Rathaus und den Hochhäusern am Alexanderplatz von Peter Behrens, Elemente für die Gestaltung der neuen Gebäude abzuleiten. Diese Beziehung wird auch zu dem im Bau befindlichen Fernsehturm mit seinem markanten Betonschaft und der facettenartig strukturierten Oberfläche der Kugel hergestellt. So werden die Fassadenelemente der Wohnhochhäuser in Abkehr von der bisherigen Keramikverkleidung der Wohnensembles ein weißes Kunststeingewände mit plastischer Verformung und die Loggienbrüstungen der Häuser an der Liebknechtstraße Waschbetonelemente mit weißem oder farbigem Natursteinsplitt zeigen. In starkem Kontrast zu diesen Längsfassaden werden die Giebelflächen und die frei sichtbaren Aufzugstürme mit rotem Spaltklinker verkleidet. Mit diesen Elementen wird versucht, ein emotional wirksames Beispiel einer standortbezogenen Architektur zu schaffen, die typisch für diesen großartigen Raum rund um den Fernsehturm im Herzen unserer Hauptstadt wird und für die Bewohner und Besucher unserer Stadt eine einprägsame Erinnerung schafft.
Zu den schon erwähnten, großflächig wirkenden Materialien werden andere, starkfarbige Materialien harmonisch hinzugefügt; so werden beispielsweise die Brüstungsflächen unterhalb der Fenster in der Rathausstraße ultramarinblaues Glasmosaik aufweisen. Bei den Wohnungen mit Loggien sind die geschlossenen Teile der Wohnungsaußenwände ebenfalls starkfarbig gehalten. Alle genannten Materialien und Farben werden, in einer Gesamtkonzeption aufeinander abgestimmt, dazu beitragen, einen neuen Weg optimaler Milieugestaltung für unser Stadtzentrum darzustellen. Auch über architekturbezogene, großzügige Sicht- und Leuchtwerbungen wurden Vorstellungen entwickelt.
Mit der Gesamtkonzeption soll zugleich ein montagefähiges Konstruktionssystem erarbeitet werden, das bei Anwendung der Großplattenbauweise ein flexibles Gestalten gestattet und spätere Veränderungen berücksichtigen kann.
Das Kernproblem bei der Bewältigung dieser großen Entwurfsaufgaben war, die Bebauung dieses bedeutenden Zentrumsgebietes vornehmlich mit Wohngebäuden so zu konzipieren, daß den Bewohnern gute Wohnbedingungen geboten und auch interessante sowie für diesen Standort typische Lösungen im Städtebau und in der Architektur erreicht werden. Hierbei mußte wegen der kurzen Bautermine von der materialtechnischen Basis des Berliner Wohnungsbaus ausgegangen werden, und die exakt vorgegebenen, durchaus dem üblichen Standard entsprechenden Kennziffern waren einzuhalten. Durch eine enge sozialistische Gemeinschaftsarbeit mit den Kollegen der Bauausführung konnten eine künstlerische und bautechnische Weiterentwicklung vornehmlich im industriellen Wohnungsbau durchgesetzt und im weitesten Sinne neue Wege auf diesem Gebiet beschritten werden. Kennzeichnend für dieses Projekt ist die Verbindung von Wohnhochhäusern und repräsentativen gesellschaftlichen Einrichtungen in kompakten Bauanlagen. Die Gebäude an der Rathausstraße, Liebknechtstraße und Spandauer Straße sind horizontal in zwei verschiedene Funktionsbereiche getrennt, dem auch die Konstruktionsprinzipien entsprechen:
■ Bereich der über Terrain zweigeschossigen gesellschaftlichen Einrichtungen, im wesentlichen für den überörtlichen Handel und die Gastronomie, aber auch für Kultur- und Dienstleistungseinrichtungen, die Deutsche Post und das Berliner Stadtkontor. Die Bauteile unterhalb der Wohngebäude werden aus monolithischen Stahlbetonkon-

11 Modellfoto, Blick von der Spandauer Straße – Stand: Dezember 1967

12 Innenraum der Markthalle

struktionen hergestellt. Für die meist beidseitig anschließenden, gleichfalls zweigeschossigen Flachbauten werden Stahlbetonfertigteile verwendet. Die Keller sind eingeschossig.

■ Bereich des Wohnens oberhalb des Terrassengeschosses. Die neun-, zehn- und vierzehngeschossigen Wohngebäude werden in der Großplattenbauweise beziehungsweise in der Stahlbetonskelett-Montagebauweise ausgeführt. Ein Installationsgeschoß unterhalb des Fertigteilbereiches und oberhalb des Terrassengeschosses nimmt bei den Gebäuden in Großplattenbauweise die monolithisch hergestellten Stahlbeton-Abfangekonstruktionen auf.

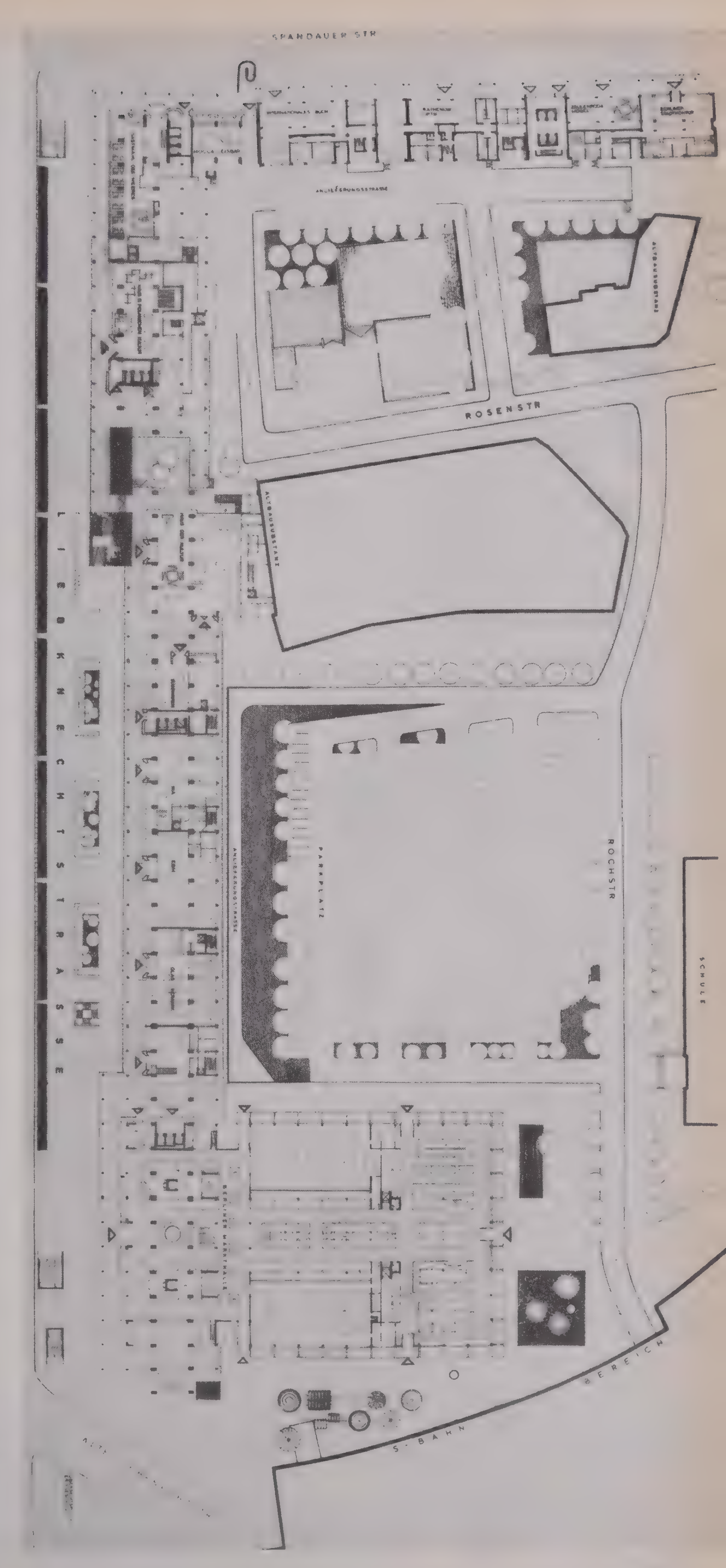
Verkehrstürme mit Aufzügen, Treppenhäuser und Müllabwurfanlagen werden zusammengefaßt, um eine konzentrierte Erschließung der Wohngebäude und eine günstige funktionelle Lösung in der gesellschaftlichen Zone zu erreichen.

Durch das Terrassengeschoß wird nicht nur eine deutliche optische Trennung beider Bereiche erreicht, sondern auch ein Raum gewonnen, in dem die unterschiedlichen Funktionen sinnvoll entkoppelt werden können. Dieses Geschoß kann über große Freitreppen erreicht werden und ist somit Bestandteil der öffentlichen Verkehrsanlagen. Da andererseits eine bequeme Zugänglichkeit von den Wohnungen über die Aufzugsanlagen gewährleistet wird, sind hier überwiegend Einrichtungen untergebracht, die nach unseren Vorstellungen ein funktions- und familiengerechtes Wohnen gewährleisten sollen, wie Kindereinrichtungen, Praxen für Ärzte, Versammlungsräume für die Mieter und vereinzelt Mieterabstellräume sowie Wäschetrockenräume, aber auch Büroräume und Künstlerateliers, die der gewerblichen Nutzung vorbehalten sind. Gärtnerisch gestaltete Erholungsflächen geben der Entwicklung eines regen gesellschaftlichen Lebens den äußeren Rahmen.

Aus der Bebauung dieses Terrains im Zentrumskern mit Wohnungen ergeben sich für die Bewohner große Vorzüge. Sie können unmittelbar am gesellschaftlichen und kulturellen Leben der Großstadt teilnehmen, außerdem verkürzen sich die Wege zu den Arbeitsstätten. Den Mietern werden gute Wohnbedingungen geboten. So sind nicht nur interessante Wohnungen jeder Größenordnung vorhanden, sondern auch durch den Einbau von Schallschutzkonstruktionen gute hygienische Verhältnisse gesichert. So wird der Straßenverkehrslärm weitgehend mittels schallschutztechnisch wirksamer Fensterkonstruktionen von den Einwohnern ferngehalten. Die Bauwerke können mit weiteren Konstruktionen, die die Dämmfähigkeit der Außenwand insgesamt noch mehr verbessern, nachträglich ergänzt werden, wenn an Hand von Messungen die Notwendigkeit nachgewiesen wird.

Im Bebauungsgebiet werden folgende Wohnungen neu entstehen:

791 Wohnungen der Serie „Berlin" (P 2) in der Großplattenbauweise, Laststufe 5 Mp, neun- und zehngeschossig, oberhalb gesellschaftlicher Einrichtungen mit einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 62,50 m². Es handelt sich hierbei um das bekannte, jedoch verbesserte Sektionshaus mit Verteilergängen in jedem 3. Geschoß, wobei Aufzüge, Müllbeseitigungsanlagen und teilweise zusätzliche Treppen weitestgehend konzentriert worden sind.



13 Komplex Liebknechtstraße, Erdgeschoß

294 Wohnungen einer neuen Wohnhochhausserie in Stahlbetonskelett-Montagebauweise, vierzehngeschossig, oberhalb gesellschaftlicher Einrichtungen mit einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 61,10 m². In der Spandauer Straße wird ein Mittelganghaus mit vertikaler Erschließung durch einen Aufzugskern und mit dezentralisierter Anordnung von Sicherheitstreppen und Müllabwurfsanlagen errichtet.

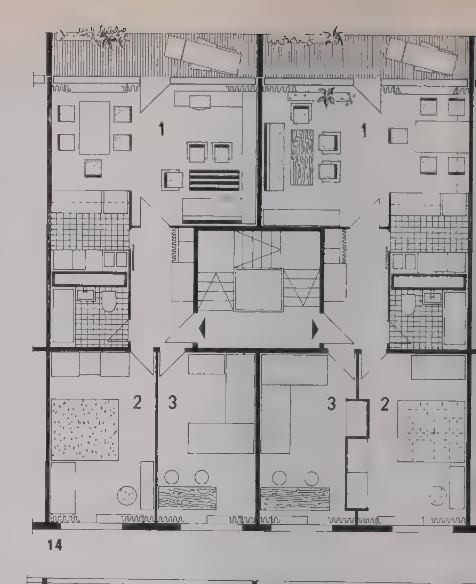
240 Wohnungen der neuen Wohnhochhausserie in Großplattenbauweise, Laststufe 6,3 Mp, als freistehendes Gebäude mit 25 Geschossen – davon ein 4,50 m hohes, monolithisch hergestelltes Erdgeschoß – und einer durchschnittlichen Wohnungsgröße von 57,35 m². Es handelt sich hier um eine Weiterentwicklung des bekannten Fischerkietz-Hochhauses mit einer punktförmigen Erschließung (siehe hierzu auch „deutsche architektur", Heft 3/1968).

Die Wohnungen schließen sich im allgemeinen hinsichtlich der Anzahl der Räume und der Ausstattung dem derzeitig festgelegten Standard an. In Auswertung der bisher in Berlin vorliegenden Erfahrungen wurde jedoch beschlossen, die durchschnittliche Wohnungsgröße allgemein zu erhöhen, die Wohnungen der Serie „Berlin" darüber hinaus durch ein wesentlich größeres Schlafzimmer zu verbessern. In der Liebknechtstraße werden auch Repräsentativwohnungen für Wissenschaftler und Künstler in Sektionsgröße zu finden sein.

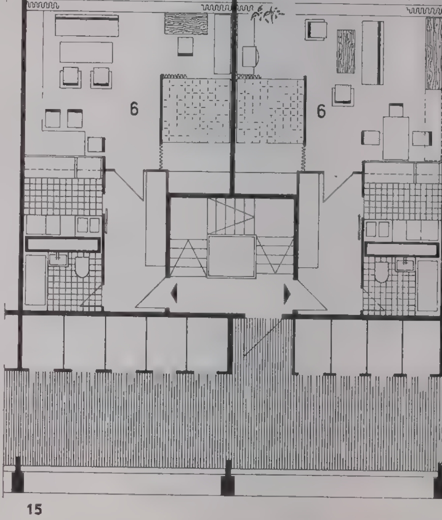
Äußerst interessant wird für den Berliner und die Gäste unserer Stadt die Haupterlebniszone mit den gesellschaftlichen Einrichtungen gestaltet. Zwischen Rathausstraße und Grunerstraße ist eine kompakte, zweigeschossige Bebauung geplant. Durch Passagen, Innenhöfe und Treppen zu den Obergeschossen werden vielseitige Bereiche geschaffen. Hier werden Spitzenerzeugnisse der Mode in verschiedenen Spezialverkaufsstätten angeboten. Weitere Einrichtungen des Handels, die zum Beispiel – als Ergänzung des Einkaufs – für modische Einrichtungen, wie Schmuck, Lederwaren, Schuhe und Modellschuhe, dienen, sind vorgesehen. Darüber hinaus finden hier Spezialläden, wie „Natascha" als Verkaufseinrichtung Moskauer Spitzenerzeugnisse, und die Einrichtung des Postamtes C 2 mit einem zusätzlichen Tagundnacht-Selbstbedienungsamt und Zeitschriften- und Zeitungsantiquariatsverkauf ihren Platz. Zur Bereicherung dieser und noch weiterer Einkaufsstätten sind gastronomische Einrichtungen vorgesehen, die ebenfalls von der Größe und Art her sehr differenziert gestaltet werden. So befinden sich im Keller eine Berliner Bierstube mit 18 Bowlingbahnen; im Erd- und Obergeschoß werden eine Konditorei, zwei kleine Espressos, eine Geflügelgrillbar und eine Altberliner Weinstube projektiert, die eine wertvolle Ergänzung der übrigen Großanlagen der Gastronomie im Stadtzentrum von Berlin darstellen. Insgesamt wird dabei eine Fläche von 30 000 m² überbaut, wovon rund 15 400 m² Nettonutzflächen des Handels sind.

In die Neugestaltung der Liebknechtstraße und Spandauer Straße wurden wertvolle Teile der Altbausubstanz einbezogen, die nach ihrer Renovierung das Erscheinungsbild des Ensembles wirkungsvoll bereichern und auch funktionell in die Neubebauung eingegliedert sind. So werden hier Kindereinrichtungen ihren Platz finden, da für die Anwendung von Typen die erforderlichen Flächen nicht zur Verfügung gestellt werden können.

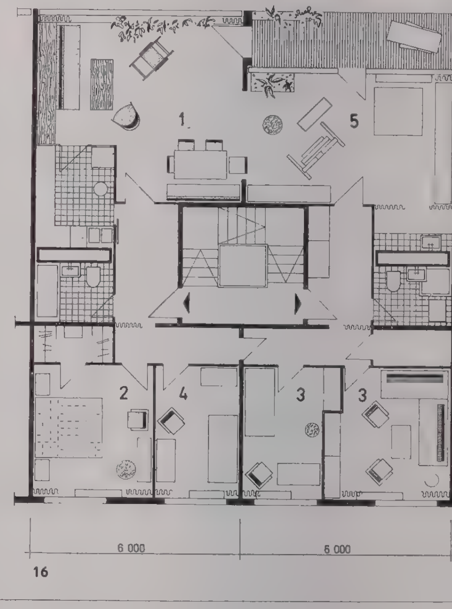
An der Liebknechtstraße und der Spandauer Straße sind 17 Handels-, gastrono-



14



15



16

Sektionen der verbesserten Wohnungsbauserie Berlin – Stadtzentrum (P 2)

14
Normalsektion – Wohnbereich 1 : 200

15
Normalsektion – Gangbereich 1 : 200

16
Ateliersektion 1 : 200

Legende zu **14** bis **16**
1 Wohnraum
2 Schlafraum
3 Kinderzimmer
4 Gastzimmer
5 Atelier
6 Wohn-Schlaf-Zimmer

17 Liebknechtstraße
9. Wohngeschoß 1 : 1000
(nur halbseitig dargestellt)

18 Liebknechtstraße
Ganggeschoß (links) und
Wohngeschoß (rechts) 1 : 1000

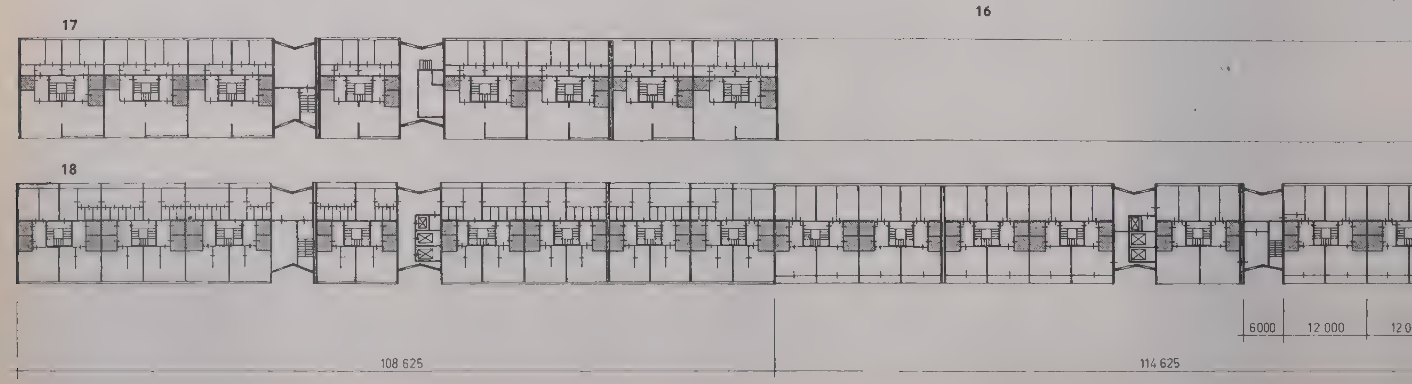
19
Blick auf die Spandauer Straße
Ecke Liebknechtstraße

20
Ansicht Liebknechtstraße

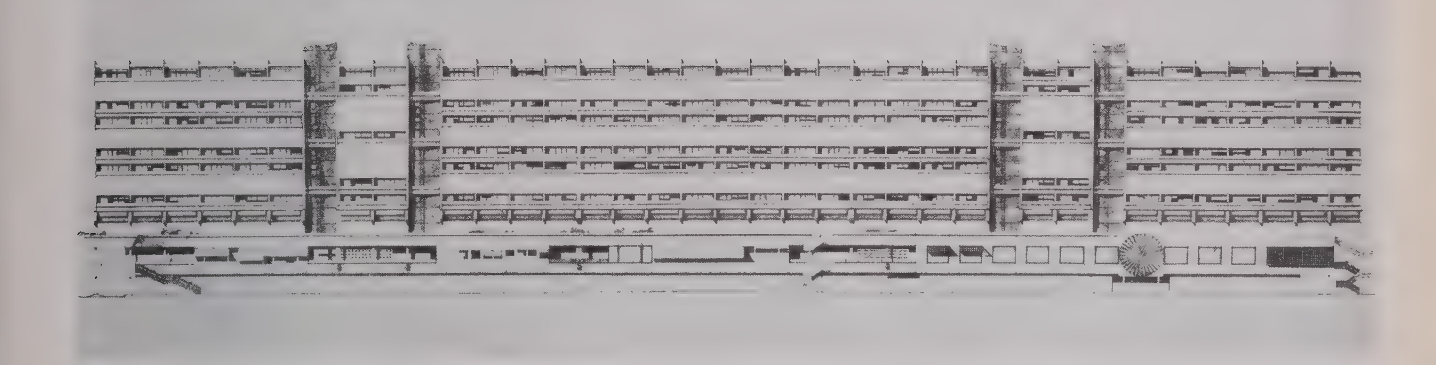
21
Prinzipschnitt 1 : 500

17

18

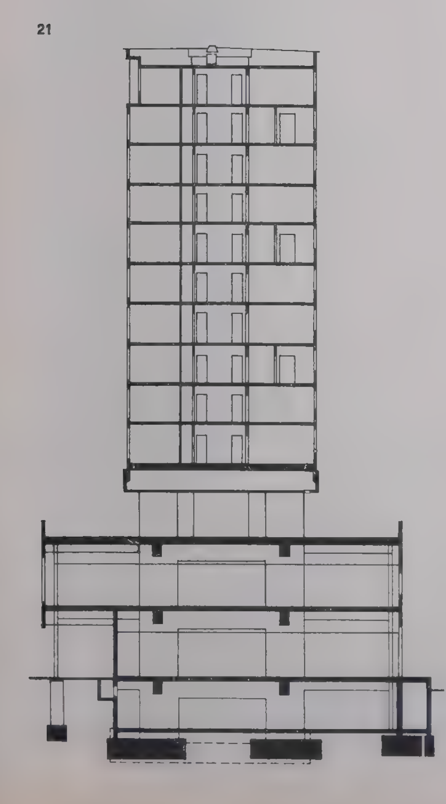


19



20

21



mische, Kultur- und Dienstleistungseinrichtungen auf einer Gesamtfläche von rund 30 000 m² geplant. Ein besonderer Anziehungspunkt wird hier zweifellos die neue Berliner Markthalle sein. Sie entsteht in Verbindung mit den Gebäuden an der Liebknechtstraße auf dem Gelände der ehemaligen Berliner Großhandelshalle. Auf rund 10 000 m² Gesamtfläche werden Artikel des täglichen Bedarfs angeboten, wobei der bekannte und beliebte Basarcharakter der alten Berliner Markthalle in moderner Form wiedererstehen wird. Durch eine unterirdische Anlieferungsstraße, moderne Erschließungs- und Versorgungssysteme wird auch der künftigen Entwicklung des Handels Rechnung getragen. Bei der architektonischen Gestaltung dieses Bauwerkes ist beabsichtigt, durch eine ornamentale Gestaltung der großflächigen Außenwände mittels Keramik typische, der Funktion dieses Gebäudes entsprechende Formen zu entwickeln und so der neuen Berliner Markthalle ihr eigenes Profil zu geben.

Aus dem umfangreichen Bauprogramm an der Liebknechtstraße und Spandauer Straße sollen als Beispiel noch folgende bedeutende Einrichtungen hervorgehoben werden: „Berlin-Information" mit 1000 m², zwei „Häuser der Kultur" befreundeter Länder mit je 2400 m², gastronomische Einrichtungen, darunter die Spezialitäten-Gaststätte „Gastmahl des Meeres" mit 1850 m² Gesamtfläche für alle Einrichtungen, ferner eine zentrale Berliner Buchhandlung „Das Internationale Buch" mit 2000 m² und das „Zeulenroda-Triebes-Möbelhaus" mit 2200 m² Gesamtfläche. Außerdem sind hier die Industrieläden von „IKA", „EBM" und „Rathenow-Optik" zu finden.

Die Gestaltung der zweigeschossigen Ladenzone wird nach den neuesten Erkenntnissen vorgenommen, wobei auch hier zur Erreichung kurzer Bautermine Fertigteilbauweisen angewandt werden. Die Werbung ist in differenzierten Gestaltungsformen zum Bestandteil der architektonischen Lösung geworden. Großer Wert wird auf die sorgfältige und wertvolle Ausführung der Oberflächen der Fassadenteile gelegt. Auch für die Innenraumgestaltung wird ein durchgehendes Prinzip erarbeitet. Von Beginn der Entwurfsarbeiten an ist ein Kollektiv bildender Künstler in die Arbeit einbezogen worden. Die Werbekonzeption wurde in gemeinschaftlicher Arbeit mit Grafikern der Dewag ausgearbeitet.

1
Lageplan: Alexanderplatz und das Gebiet Prenzlauer Straße und Hans-Beimler-Straße

1 Appartementhaus
2 Rechenzentrum (VEB Maschinelles Rechnen)
3 Druckerei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik
4 Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Ministerium für Handel und Versorgung
5 Haus der Gesundheit
6 Haus des Reisens (Deutsches Reisebüro)
7 Haus der Elektroindustrie
8 Zentrale Betriebsgaststätte
9 Präsidium der Deutschen Volkspolizei
10 Parkplätze
11 Schwarzmetallurgie-Projektierung
12 Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
13 Parkplätze
14 Wohnungsbau
15 Bürogebäude Ingenieurhochbau
16 Haus des Berliner Verlages
17 Abrundung Prenzlauer Straße
18 Abrundung Hauptverwaltung BVG
19 Warenhaus
20 Hotel



Bürogebäude Neue Prenzlauer Straße

Architekt BDA Karl-Ernst Swora
VE Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin, Betrieb Projektierung

Generalprojektant:	VEB Berlin-Projekt jetzt: VE Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin, Betrieb Projektierung
Generalauftragnehmer:	VE Bau- und Montagekombinat Ingenieurhochbau Berlin, Betrieb Gesellschaftsbau
Entwurf:	Architekt BDA Karl-Ernst Swora Dipl.-Ing. Rainer Hanslik Architekt Gerhard Voß Dipl.-Ing. Waldemar Seifert Dipl.-Arch. Christa Frenzel Dipl.-Arch. BDA Dora Immerschied Architekt Harald Wunderlich Architekt Friedhelm Heinke
Statik:	Dipl.-Ing. Walter Eichhorn Bauingenieur Bernhard Lattke Bauingenieur Günter Hipfel Bauingenieur Hans Büchner Dr.-Ing. habil. H. Stenker (Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar)
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Siegfried Valentin Bauingenieur Otto Wolff Bauingenieur Erich Haase
Heizung:	Ingenieur Erich Paelchen
Lüftung:	Ingenieur Manfred Jahnke Ingenieur Karl-Heinz Böttcher
Sanitär:	Ingenieur Otto Polzin Techniker Joachim Burschberg
Elektro:	Ingenieur Dieter Reich Ingenieur Wolfgang Schneider Techniker Kurt Oeltze
Informationsanlagen:	Ingenieur Franz Newerla Techniker Jürgen Bodenhagen
BMSR-Techn.:	Ingenieur Dieter Meyer Ingenieur Ulrich Fahrich

Standort

Nach dem städtebaulichen Entwurf für die Neugestaltung des Alexanderplatzes war ein Straßendurchbruch zur Verbindung der Prenzlauer Allee mit der Liebknechtstraße notwendig.
Die Nordwestbegrenzung des Alexanderplatzes war mit einem Hochhaus gegeben.

Gemeinsam mit den Stadtplanern wurde unter Berücksichtigung aller funktionellen, konstruktiven und ökonomischen Bedingungen festgelegt, die Nordwestseite des neuen Straßenzuges mit einer gegliederten und in der Höhe gestaffelten Bürohausscheibe zu bebauen.
Die Gebäudehöhe wurde auf acht und neun Vollgeschosse beschränkt, um zwei Geschosse unter der Höhe der Nordostbegrenzung des Alexanderplatzes (Haus der Elektroindustrie) zu bleiben.
Die Altbausubstanz mußte soweit als möglich erhalten bleiben.
Der notwendige Flachbau konnte nicht in die Gestaltung des Straßenzuges einbezogen werden, er wurde hinter der Bürohausscheibe konzipiert.
Parallel dazu wurde die Nordwestbegrenzung des Alexanderplatzes mit dem Haus des Berliner Verlages als eine rund 90 m lange Hochhausscheibe weiterentwickelt.

Funktion und Konstruktion

In den Normalgeschossen befinden sich die Arbeitsräume des Betriebes Projektierung des VE BMK Ingenieurhochbau Berlin und Büroräume des Bau- und Montagekombinates. Im Erdgeschoß und im Keller-

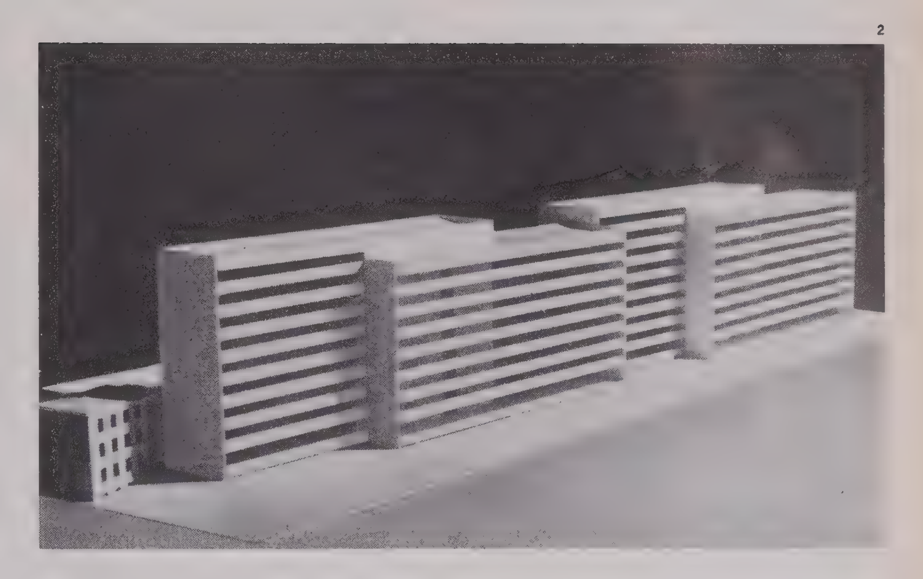
Aufgabenstellung:	1. 8. 1966 (Beginn)
Baubeginn:	II. Quartal 1967
Fertigstellung:	II. Quartal 1968 – Bauteil 1 III. Quartal 1968 – Bauteile 2 und 3

geschoß aller drei Bauteile, also auch des Flachbaus, wurden alle Spezialfunktionen zur gemeinsamen Nutzung untergebracht, zum Beispiel Fotolabor und Fotomodellprojektierung, Technisches Kabinett, Bibliothek, Arztstation, Lichtpauserei und Vervielfältigung, Modellwerkstatt, Archiv, Plankammer und Verschlußstelle, Garagenboxen mit Werkstatt und Fahrdienstleitung, Kasino und Versammlungsraum (letzterer auf der Dachterrasse des Flachbaus).

Die Unterbringung der elektronischen Datenverarbeitungsanlagen IBM erfolgte im Erdgeschoß, unter Berücksichtigung der Geschoßhöhe, der Klimaforderungen, der Verkehrslasten und anderer Faktoren.

An den Erschließungskernen des Gebäudes wurde die Anwendung der Gleittechnologie erprobt, um sie dann auch beim Haus der Elektroindustrie und bei anderen Bauten des Stadtzentrums anzuwenden.

2



2
Aufnahme des Arbeitsmodells (Straßenseite)

3
Aufnahme des Modells vom Alexanderplatz mit dem Haus des Berliner Verlages und dem Haus des Reisens

3

Für das Gebäude wurde ein Raster von 7200 mm in der Längsrichtung gewählt. Jede Sektion (12 × 7200 mm) ist zugleich Bauteil. Die Gesamtlänge beträgt 174,0 m. Eine weitere Unterteilung, in drei Bauteile, ergab sich durch die Anordnung von zwei Gebäudefugen. Der Raster in der Gebäudetiefe beträgt 3 × 6000 mm + 4 × 500 mm Rastersprung. Dieser Raster ermöglichte eine saubere Einfügung des Gleitkernes, in dem die vier Personenaufzüge, zwei Treppenhäuser, die Wasch- und WC-Räume für Frauen und Männer, eine Teeküche, der Müll- und der Papierabwurfschacht und die gesamte vertikale Rohr- und Leitungstrasse untergebracht sind. Durch die Zusammenfassung dieser Funktionen im Kern konnten die Büroräume aus wenigen verschiedenen Elementen der Serie SK-Berlin voll montiert werden. Der Kern ist zur Stabilisierung des Gebäudes überdimensioniert.

Mit der Anordnung der noch erforderlichen Scheiben am Giebel wurde im Gebäudeinnern eine große Freizügigkeit in der Raumaufteilung erreicht.

Der mittlere Bauabschnitt wird durch ein Scheibenkreuz ausgesteift. Als äußerst günstig für die Raumaufteilung erwies sich das Versetzen des Grundrisses, so daß die Anlage zu zwei Dritteln zweihüftig und zu einem Drittel dreihüftig ist. Daraus entstanden zwei Drittel normaltiefe Räume und nur ein Drittel tiefe Räume, die besonders als Konstruktionsbüroräume gedacht sind.

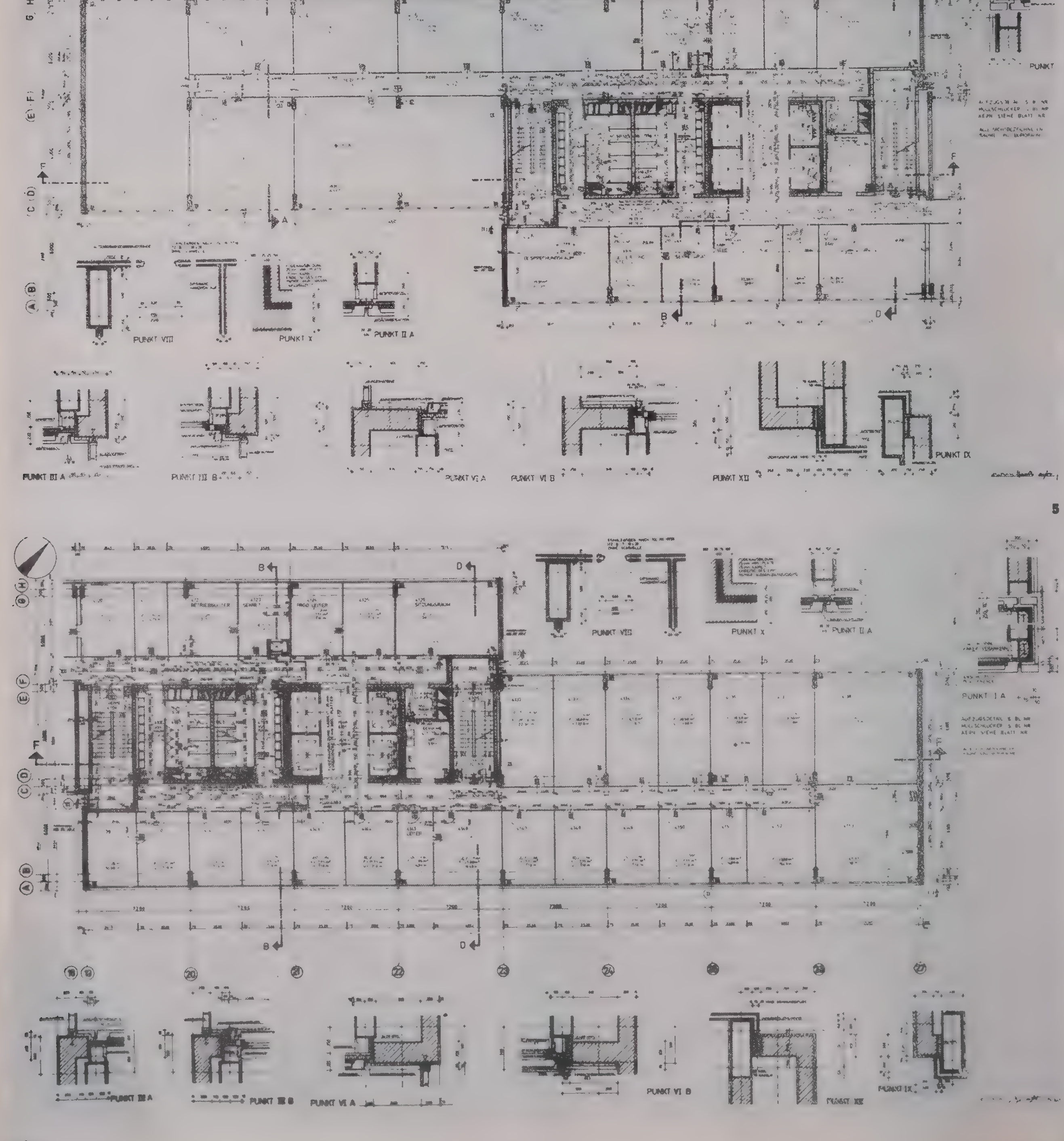
Durch das Versetzen im Grundriß war es auch möglich, die Treppenhäuser natürlich zu belichten und zu belüften.

Die schmalen Giebel am Grundrißversatz, die keine stabilisierende Funktion haben, werden entsprechend der architektonischen Konzeption des Gebäudes ausgefacht. Sie schützen außerdem die nicht künstlich be- und entlüfteten Büroräume im Sommer vor zu großer Wärmeeinwirkung und verbessern auch die Proportion von geschlossener zu verglaster Fassadenfläche.

Die Brüstungen werden aus 3600 mm langen Platten gebildet. Die Formen für ihre Herstellung waren vorhanden. Die Platten sind am Stoß in der Feldmitte mit dem Ringanker starr verbunden.

Als Sichtfläche wurde Waschbeton mit Weißzementvorsatz und Kiesel in der Korngröße 7 bis 15 vorgesehen. Ein größeres Korn war bei den vorhandenen Formen nicht möglich.

Die Giebelscheiben werden mit Vorsatzplatten in gleicher Farbe und gleichem Material verblendet.



Für die Fensterteilung waren zwei Gesichtspunkte entscheidend:

Die Fenster müssen sich zur Lüftung leicht öffnen lassen.

Alle 1200 mm muß eine Wandstellung möglich sein, um die 7200 mm in drei Räume von 2400 mm, in zwei Räume von 3600 mm und in zwei Räume von 4800 mm + 2400 mm Breite und wechselseitig unterteilen zu können.

Diese Festlegungen haben uns bei den späteren Raumprogrammänderungen die Arbeit wesentlich erleichtert.

Die Heizkörper sind so angeordnet, daß bei späterer Raumänderung keine Umstellung erforderlich wird. Ebenso wurde bei der Anordnung der Lampen verfahren.

Die Straßenseite nach Südosten wird mit Außenjalousien verschattet.

Die nach der Straßenseite vorspringenden Gebäudeteile sind im Erdgeschoß schaufensterartig verglast, um dem Fußgänger Einblick zu gewähren. Hinter den Schaufenstern befinden sich die Eingangshallen, das Technische Kabinett und die elektronische Datenverarbeitungsanlage.

Die Bauteile 1 und 2 sind durch eine 20 m lange, freitragende Brücke mit dem Bauteil 3, dem Flachbau, verbunden. Der abgesenkte Hofbereich gestattet ein Unterfahren der Brücke und die Anordnung von normal belichteten Büroräumen im Keller. Durch das Zurückspringen des Kellergeschosses im Bauteil 3 um 5000 mm wird die Hoffläche vergrößert.

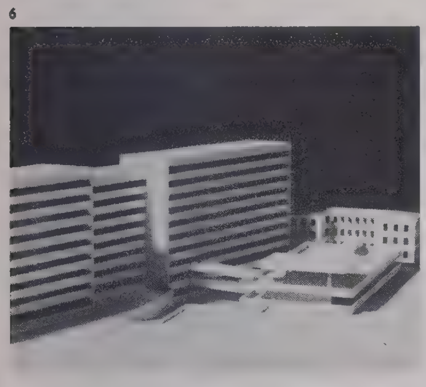
Auf der Terrasse des Flachbaus befindet sich der Versammlungsraum mit einem sichtbaren Stabtragwerk als Dachkonstruktion.

4 | 5
Um die extrem kurzen Projektierungs- und Bauzeiten zu gewährleisten, mußten bei diesem Vorhaben moderne Projektierungsverfahren angewendet werden. Der erste und dritte Bauabschnitt des dritten Obergeschosses sollen hier als Beispiel für die fototechnische Projektierung dienen

5
Aufnahme des Arbeitsmodells von der Hofseite

7
Blick auf den Flachbau mit Versammlungsraum

6





7

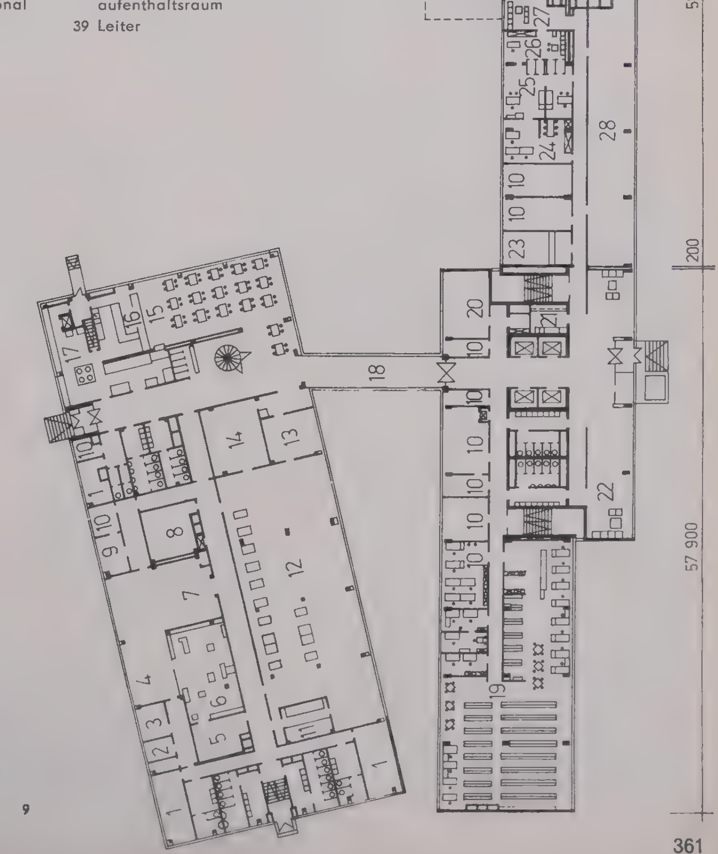


8
Obergeschoß des Flachkörpers mit Versammlungsraum
1 : 750

9
Erdgeschoß 1 : 750



1 Aufenthaltsraum
2 Zelluloidlager
3 Spritzraum
4 Arbeitsraum
5 Gipsraum
6 Modellwerkstatt
7 Modellmontage
8 Papierlager der Lichtpauserei
9 Handlager
10 Büro
11 Entwickler
12 Lichtpauserei
13 Annahme und Ausgabe
14 Vervielfältigung
15 Imbißraum
16 Büfett
17 Interimsküche
18 Verbindungsgang
19 Bücherei
20 Reinigungspersonal
21 Teeküche
22 Foyer und Ausstellungshalle
23 Kasse
24 Schwestern
25 Arzt
26 Anmeldung
27 Warteraum
28 Technisches Kabinett
29 Trockenkammer
30 Dunkelkammer
31 Fotomodellprojektierung
32 Filmlager
33 Modellaufnahme
34 Schnittraum
35 Werkstatt
36 Magnetbandlager
37 Elektronische Datenverarbeitungsanlage
38 Kundenaufenthaltsraum
39 Leiter



8

9

10
Blick vom Alexanderplatz nach Nordosten
(Perspektive: Dieter Bankert)

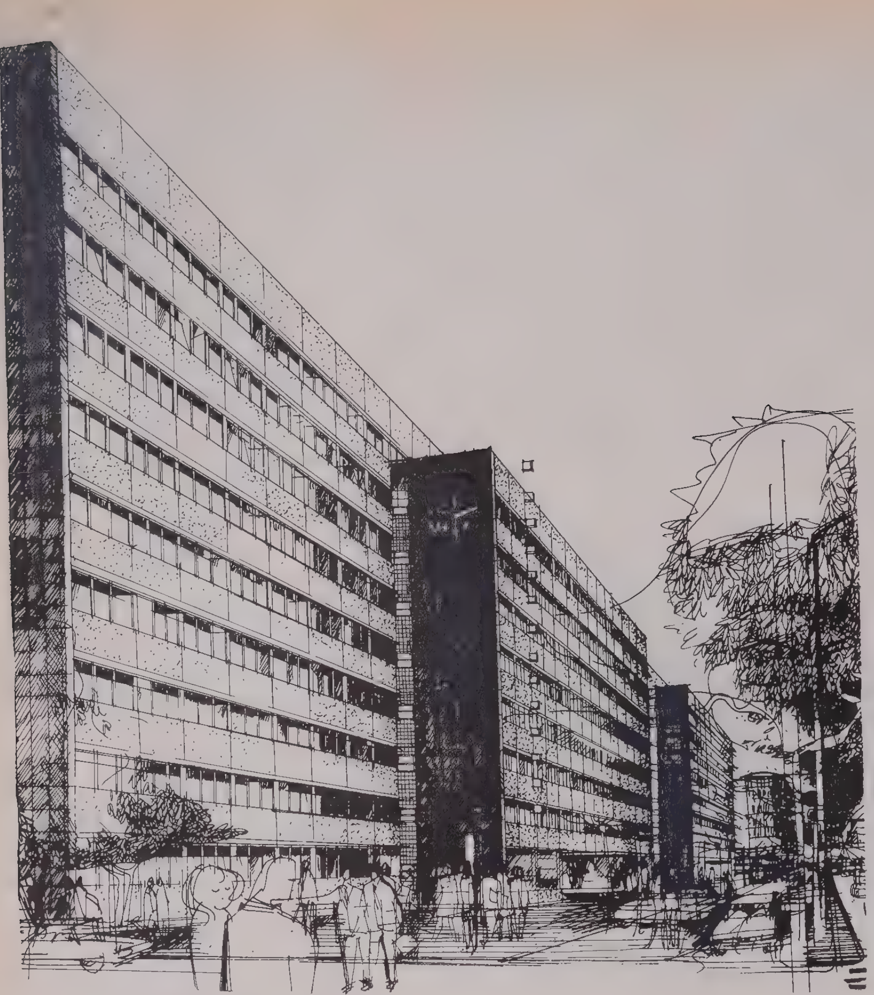
11
Gesamtansicht der Nordwestseite der Prenzlauer Straße mit dem Haus des Berliner Verlages
(Arbeitsskizze: Dieter Bankert)

Aufnahmen des Baufortschrittes

12
Baustand vom 28. 9. 1967

13
Baustand vom 12. 2. 1968

14
Baustand vom 12. 2. 1968


10


11


12

13



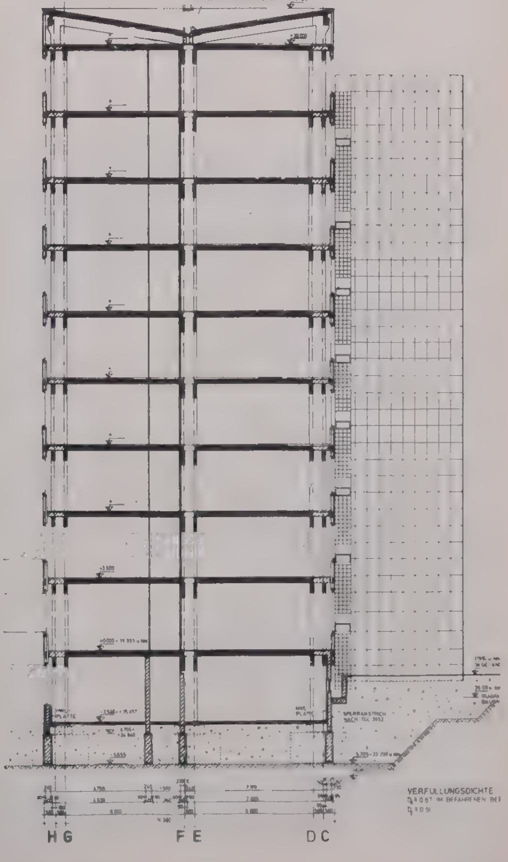
14

15

16



17



15
Blick von der Prenzlauer Allee auf den Alexanderplatz

16
Fassadenmodell Straßenseite (Ausschnitt)

17
Querschnitt

1

2



Projektant:	VE BMK Ingenieurhochbau Berlin, Betrieb Projektierung
Projektleiter:	Dipl.-Ing. Manfred Hörner, BDA
Mitarbeiter:	Architekt Wolfgang Bade Architekt Horst Folgert Dipl.-Ing. Peter Gohlke Dipl.-Ing. Manfred Jäkel Architekt Uwe Klasen Architekt Günter Lochmüller, BDA Architekt Werner Ramm Dipl.-Arch. Hannelore Strassenmeier Dipl.-Ing. Kurt Ullmann, BDA Architekt Wolfgang Wiesecke
Bauwirtschaft:	Bauingenieur Irmgard Skodowsky
Statik:	Dipl.-Ing. Karl-Heinz Allerdissen Dipl.-Ing. Herbert Hotzler Dipl.-Ing. Erhard Lehmann
Heizung:	Ingenieur Dietrich Beyer
Lüftung:	Ingenieur Egmar Hellwig Ingenieur Karl-Heinz Böttcher
Sanitäranlagen:	Ingenieur Jürgen Beerbaum Ingenieur Günter Duzy
Starkstromanlagen:	Ingenieur Kurt Bauroth
Informationsanlagen:	Franz Newerla

Bürogebäude Hans-Beimler-Straße

Dipl.-Ing. Manfred Hörner, Architekt BDA
VE Bau- und Montagekombinat
Ingenieurhochbau Berlin,
Betrieb Projektierung

Kennzahlen

Kubatur	200 032 m³
Kubatur/Büroarbeitsplatz	60,8 m³
Nettofläche	47 891 m²
Nettofläche/Büroarbeitsplatz	15,22 m²
Büroarbeitsplätze	2583

Der Gebäudekomplex entsteht im Zuge des Aufbaus des Alexanderplatzes. Mit den Gründungsarbeiten wurde am 1. November 1967 begonnen; die Übergabe des ersten Bauabschnittes soll Anfang Oktober 1969 erfolgen.

Das Ensemble erstreckt sich im wesentlichen entlang der Nordwestseite der Hans-Beimler-Straße auf dem Abschnitt zwischen Karl-Marx-Allee und Mollstraße. Rechtwinklig schließt sich entlang der Südwestseite der Karl-Marx-Allee ein elfgeschossiger Kopfbau an. Er bildet zusammen mit dem Haus des Lehrers den westlichen Abschluß der Karl-Marx-Allee. Der Anschluß an das vorhandene Haus der Gesundheit in der ehemaligen Leninallee wird durch einen eingeschossigen Ladenbau erreicht. Nach Norden reihen sich an den Gebäudekomplex in der Hans-Beimler-Straße der zweigeschossige Flachbau für das Rechenzentrum und an der Ecke Mollstraße ein mehrgeschossiges Appartementhaus an.

Südöstlich wird der Komplex durch die Wohnbebauung zwischen Mollstraße und Karl-Marx-Allee begrenzt. Hier bildet sich durch das von den Hochkörpern abgesetzte zweigeschossige Druckereigebäude ein dreiseitig umschlossener Parkhof, der von der projektierten neuen Landwehrstraße und durch eine Passage im Hauptgebäude von der Hans-Beimler-Straße her erschlossen wird.

Die Hans-Beimler-Straße wird künftig eine hohe Verkehrsdichte aufweisen, da sich hier ein wesentlicher Teil des Fahrverkehrs in Nordsüdrichtung sowie durch Rechtseinbieger aus der Karl-Marx-Allee entwickeln wird. Eine weitere Belastung durch Verkehrslärm und Abgase ergibt sich durch die nördliche Rampenausfahrt des Autotunnels, der in beiden Fahrtrichtungen die Hans-Beimler-Straße unter dem Alexanderplatz hinweg mit der Grunerstraße verbindet.

Aus diesem Grund war nach den Gutachten der Institute für Klimatologie und Hygiene bei der Entwicklung der Fassade eine Reihe besonderer bauphysikalischer Forderungen zu erfüllen. Entgegen dem Programm des Auftraggebers, nach dem ein Kojen-Büro-System mit natürlicher Belüftung durch Fenster vorzusehen war, ergab sich die Notwendigkeit, einzelne Gebäudeabschnitte im Erd- und 1. Obergeschoß künstlich zu be- und entlüften. Wegen der intensiven Sonneneinstrahlung an den übrigen Gebäudefronten wurde es erforderlich, unterschiedliche Sonderkonstruktionen für die Fensterbänder in den Obergeschossen zu entwickeln. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, wurde ein Holz-Kastenfenster in verschiedenen Varianten entwickelt. Die einzubauenden Sonnenjalousetten werden hinter einer schlitzbelüfteten Vorsatzscheibe geführt.

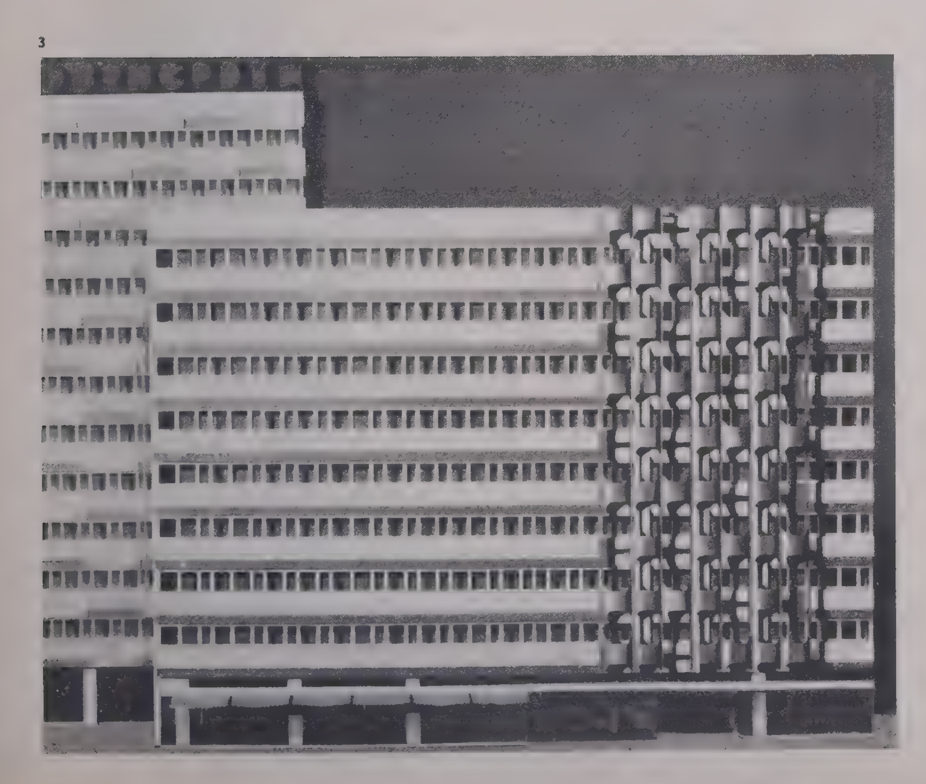
Der Gebäudekomplex gliedert sich im wesentlichen in drei unterschiedlich hohe Baukörper. Die Druckerei wurde in einem gesonderten Flachkörper untergebracht, um Lärmbelästigungen zu vermeiden. Für die betriebliche Nutzung erwies es sich als vorteilhaft, darüber das Zentralarchiv und die Bibliothek anzuordnen. Trotz unterschiedlicher Höhen und der gestaffelten, locker gegliederten Anordnung der Baukörper zueinander wurde der Komplex im Prinzip aus zwei Gebäudetypen entwickelt.

Der elfgeschossige Baukörper an der Karl-Marx-Allee und der zwölfgeschossige, zurückgesetzte Baukörper an der Hans-Beimler-Straße wurden dreihüftig mit aussteifendem Mittelkern ausgebildet, der neungeschossige Baukörper wurde zweihüftig aus zwei spiegelgleichen Segmenten mit einseitig aussteifendem Kern und Wandaussteifung an den Giebeln zusammengestellt. Somit ergab sich für die Hauptfunktionsfläche eine minimale Beeinträchtigung der Flexibilität durch aussteifende Wandkonstruktionen.

Für die tragenden Konstruktionen wurden die Elemente der sogenannten rationalisierten Bauweise SK-Berlin (Stahlbeton-Skelett-Montage) vorgesehen. Dabei ergab sich die Möglichkeit, die Riegel quer zu stellen und konstruktiv bedingte Kubatur einzusparen. Die Gebäude werden von den Kellern bis zu den jeweils obersten Geschossen montiert. Alle Deckenelemente spannen über 7200 mm. Die Tiefenraster betragen für die zweihüftigen Baukörper 7200 mm + 4800 mm, für die dreihüftigen Baukörper 7200 mm + 4800 mm + 7200 mm, die Geschoßhöhen 3600 mm im Keller, 4800 mm im Erdgeschoß und 3300 mm in den Obergeschossen. Die monolithischen Ringanker kragen 450 mm aus; für die Ortbetonfertigung wurde eine besondere Randplatte entwickelt, um horizontale Schalungen zu vermeiden. Die aussteifenden Kerne und Scheiben werden in Kletterschalung betoniert; soweit es das Kranspiel zuläßt, werden die Aufzugsschächte aus vorgefertigten Wandplatten montiert.

Die Büroräume in den Obergeschossen werden durch die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik als Hauptnutzer, durch das Ministerium für Handel und Versorgung, die VVB Maschinelles Rechnen, den

3



1
Blick von der Mollstraße auf die Hans-Beimler-Straße

2
Aufnahme des Arbeitsmodells für Fassadenstrukturen (Ausschnitt)

3
Fassadenstruktur

VEB Maschinelles Rechnen sowie einige Bezirksdienststellen als Mitnutzer in Anspruch genommen.

Im Erdgeschoß sind vorgesehen
eine Apotheke,
eine Jagdhütte (Verkaufsstelle für Jagdwaffen und -ausrüstung),
eine Verkaufseinrichtung für Anglerbedarf,
eine Weinstube,
eine Mokkabar,
eine Verkaufseinrichtung für Körper- und Gesundheitspflegeartikel.

Sämtliche Handelseinrichtungen haben gesonderte Zugänge – straßenseitig für die Käufer, hofseitig für die Anlieferung – und sind funktionell nicht mit den Hauptfunktionen des Gebäudes verbunden.

Das Gebäude besitzt zwei Haupteingänge mit Empfangszonen und funktionsbedingten Nebenräumen mit direktem Anschluß an eine vertikale Verkehrsachse in der Karl-Marx-Allee und in der Hans-Beimler-Straße.

Nebeneingänge befinden sich in den hofseitig angeordneten Verkehrskernen des neungeschossigen Baukörpers. Sie sollen nur in den Spitzenbelastungszeiten geöffnet und durch Pförtner besetzt sein.

Bei optimaler Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen für die Evakuierung wurden vier Treppenhäuser angeordnet. An den äußeren Giebeln der hohen Baukörper waren Sicherheitstreppenhäuser vorzusehen.

Zur Erschließung des Parkhofes für Fußgänger wurde etwa in Gebäudemitte eine Passage angeordnet.

Der Flachbau im Hof (Druckerei, Archiv) ist durch zweigeschossige Verbindungsbauten mit den Hochkörpern verbunden.

Für die Personenaufzüge ist jeweils eine elektronische Gruppensammelsteuerung vorgesehen.

Mit der unterschiedlichen Gliederung der Baukörper wurde beabsichtigt, der Lage und Funktion im Raum gerecht zu werden sowie jegliche städtebaulich-kompositionelle Monotonie zu vermeiden. Eine Symmetrie wurde auf Grund der Ecklage nicht für möglich erachtet. Daher wurde eine asymmetrische und in die Tiefe gestaffelte Komposition gewählt.

Da am Anschluß zum Alexanderplatz die Gebäudehöhe gegeben war, wurde in der gesamten architektonischen Haltung eine Steigerung nach dem an der Hans-Beimler-Straße am weitesten zurückliegenden Baukörper angestrebt. Die Fassade besteht aus zwei variierten Brüstungselementen, deren Oberflächengranulat abwechselnd in den Farben Grün und Weiß gehalten ist.

Für die Wahl von hohen Brüstungsplatten und schmalen Fensterbändern waren mehr bauphysikalische Belange ausschlaggebend. Um so mehr ergab sich die Notwendigkeit, die einzelnen Fassadenelemente plastisch zu profilieren.

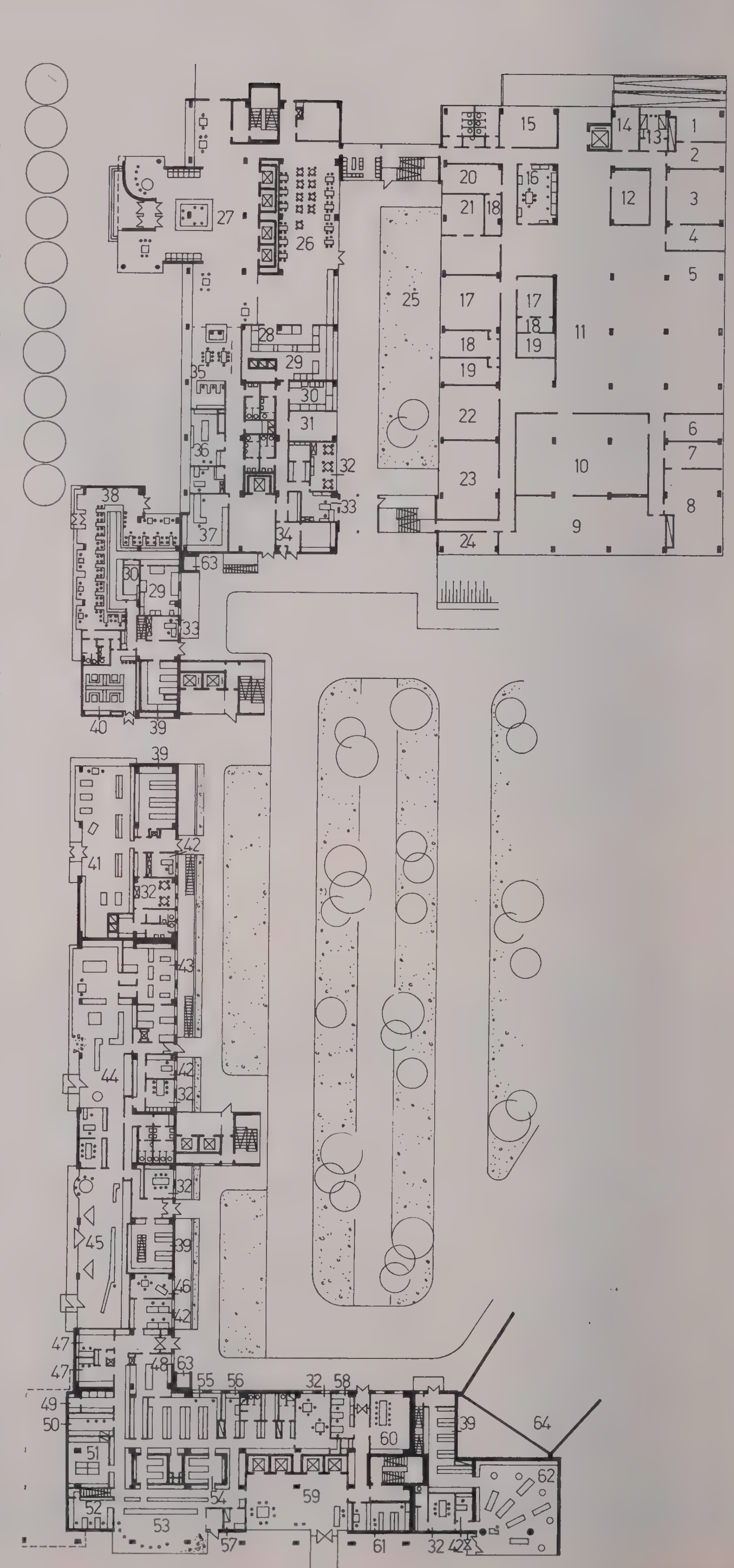
Die Erdgeschoßzone ist plastisch stark gegliedert. Die Verglasung der Handelseinrichtungen ist pavillonartig um etwa 2 m vorgezogen, die geschoßhohe Verglasung an den Empfangszonen der Haupteingänge etwa 1,50 m hinter die freistehenden Stützen gesetzt. Die vorgezogenen Eingangsbauten werden als Schalenkonstruktion in Sichtbeton ausgebildet.

Die Schaufensterzone wird rhythmisch durch ornamental gestaltete Wandflächen unterbrochen und abwechselnd mit farbiger Keramik und mit großformatigen Natursteinplatten belegt.

Die Stützen erhalten Oberflächen aus weißem Edelputz. Der neungeschossige Baukörper in der Hans-Beimler-Straße erhält plastische Schmuckelemente aus Aluminium, die, im Kupferton eloxiert, frei auskragend vor die dahinter durchlaufende Fassade montiert werden.

Anschließend soll das Betriebsgebäude für den VEB Maschinelles Rechnen entstehen, das betriebstechnologisch und funktionell mit dem Gebäude zu verbinden ist.

4 Erdgeschoß 1 : 750



Legende zu Bild 4

1 Besprechungszimmer
2 Technologe
3 Berichtsversand
4 Adrema
5 Buchbinderei
6 Schreibsatz
7 Maschinensatz
8 Handsatz
9 Offsetdruck, Verschluß
10 Offset-, Buchdruck
11 Buchbinderei, Versand
12 Formularversand
13 Ruheraum
14 Materialversorgung
15 Auftragsannahme
16 Arbeitsgruppenleiter
17 Aufnahme (Reproduktion)
18 Dunkelkammer
19 Labor (Reproduktion)
20 Aufnahme (Mikrofilm)
21 Labor (Mikrofilm)
22 Montage, Retusche
23 Offsetkopie
24 Verschlußzimmer
25 Schmuckhof
26 Großer Imbißraum
27 Eingangs- und Empfangshalle der Zentralverwaltung für Statistik
28 Selbstentnahmereihe
29 Vorbereitung
30 Geschirrspüle
31 Handlager
32 Aufenthaltsraum
33 Geschäftsleiter
34 Warenannahme
35 Annahmestelle für statistisches Material
36 Technische Überwachungszentrale
37 Büromaschinenwartung
38 Espresso, Mokkabar
39 Lager
40 Jägerklause
41 Anglerbedarf
42 Büro
43 Schneiderei, Zuschneideraum
44, 45 Jagdwaffen, -bekleidung und -zubehör
46 Abteilungsleiter
47 Labor
48 Packraum und Versand
49 Flaschenspüle
50 Analytisches Labor
51 Galenisches Labor
52 Rezeptur
53 Offizin
54 Spezialitätenlager
55 Verbandstofflager
56 Insulinbüro
57 Nachtdienst
58 Fahrdienstleitung
59 Eingangshalle des Ministeriums für Handel und Versorgung
60 Aufenthaltsraum für Kraftfahrer
61 Poststelle
62 Waren der Gesundheits- und Schönheitspflege
63 Hebebühne für den Transport ins Kellergeschoß
64 Haus der Gesundheit

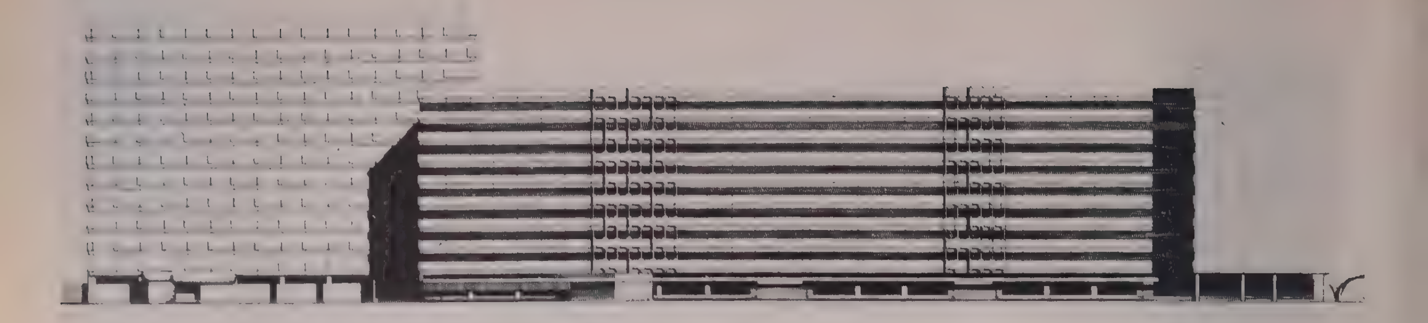
Legende zu Bild 6

1 Sicherheitstreppenhaus
2 Archiv
3 Teeküche
4 Schreibautomaten
5 Leiter
6 Diktatannahme
7 Kleinvervielfältigung
8 Papierlager
9 Schreibzimmer
10 Pausenraum
11 Konferenzsaal
12 Garderobe

5 Querschnitte 1 : 500



6 Normalgeschoß 1 : 750

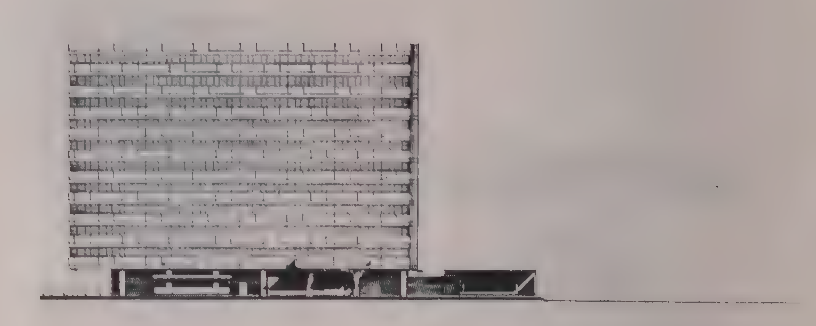


7

7
Ansicht Hans-Beimler-Straße

8
Ansicht Karl-Marx-Allee

9
Modellaufnahme des Alexanderplatzes
Blick von der Mollstraße in die Hans-Beimler Straße



8

9

Sozialistische Hochschulreform und die Ausbildung von Architekten

Dipl.-Ing. Günter Pollak
Dipl.-Ing. Erwin Bendrat

Mit den Beschlüssen des VII. Parteitages der SED, dem Beschluß des Staatsrates der DDR „Über die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft" und der 4. Tagung des ZK der SED wurden für die weitere Entwicklung der Ausbildung von Architekten an den Hochschulen der DDR neue Maßstäbe gesetzt, die den objektiven Erfordernissen bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus gerecht werden. Bei der Verwirklichung der Aufgabenstellung, „in dem vor uns liegenden Zeitraum die sozialistische Kultur zur Kultur des ganzen Volkes der DDR, zum festen Bestandteil seines Lebens, seines Fühlens, Denkens und Handelns" (1) zu entwickeln, kommt der Architektur und dem Städtebau als gestaltetes, gebautes räumliches Lebensmilieu eine außerordentlich bedeutsame Aufgabe zu. Die 4. Tagung des ZK der SED bezeichnete „die Entwicklung von Städtebau und Architektur in unserer sozialistischen Gesellschaft" als „eine erstrangige gesellschaftspolitische Aufgabe". Indem die Architekten und Städtebauer eine den heranwachsenden und neue Bedürfnisse hervorbringenden sozialistischen Menschen gemäße, nach baukünstlerischen Gesichtspunkten gestaltete bauliche Umwelt schaffen, nehmen sie teil an dem kulturschöpferischen, gesellschaftlichen Prozeß, an der Herausbildung der sozialistischen Weise zu arbeiten und zu leben. Diese Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Wachstumsprozeß der sozialistischen Menschengemeinschaft kann nicht ein einfaches Mitgehen sein, sondern muß sich auf der Grundlage der marxistisch-leninistischen Weltanschauung und der prognostischen Erkenntnisse in den vordersten Reihen unter den Schrittmachern vollziehen, weil die Werke der Architektur und des Städtebaus gestalteter Ausdruck des gesellschaftlichen Seins und Werdens sind, Wesenskräfte der sozialistischen Menschengemeinschaft vergegenständlichen und zugleich die Entscheidung des Architekten oder des Kollektivs für den Sozialismus verkörpern.

Die daraus abzuleitende gesellschaftliche Verpflichtung der Architekten und Städtebauer schließt die zwingende Notwendigkeit ein, an den Hochschulen die Ausbildung und Erziehung des Nachwuchses unter dieser Maßgabe auf eine höhere Stufe zu heben.

Angesichts der Vielschichtigkeit der dabei zu lösenden Probleme ist es notwendig, der Formung und Entwicklung der gesamten Persönlichkeit des künftigen Architekten mehr Aufmerksamkeit zu schenken als bisher.

Im Vordergrund steht hierbei die Herausbildung einer klassenbewußten, mit der Arbeiterklasse und ihrer Partei eng verbundenen Persönlichkeit, die ihre ganze Kraft dem Aufbau und der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems widmet. Ausgehend von dieser Notwendigkeit, muß es zu einem unerschütterlichen Leitsatz werden, daß der heranzubildende Architekt all sein schöpferisches Wirken darauf abzielt, die Projekte so wissenschaftlich durchzuarbeiten, daß die nach ihnen errichteten Bauwerke in ihrer Nutzung einen hohen Gebrauchswert aufweisen, durch hohe Funktionstüchtigkeit bis ins letzte eine allseitige Zweckmäßigkeit besitzen, ökonomisch im Bauaufwand und in der räumlichen Organisation der Arbeit sind, den unterschiedlichen persönlichen, familiären und gesellschaftlichen Lebensfunktionen Rechnung tragen und durch ihre ästhetische Formung, ihre künstlerische Ausdruckskraft in Synthese mit der bildenden Kunst zur höheren Bildung des ästhetischen und gesellschaftlichen Bewußtseins des ganzen Volkes der DDR, zur Erhöhung des internationalen Ansehens unserer Republik beitragen.

Unter diesem wesentlichen Gesichtspunkt muß der angehende Architekt lernen, die wissenschaftlich-technische Revolution hinsichtlich ihres Einflusses auf das Leben des Menschen im Sozialismus, ihres Einflusses auf Systeme, Strukturen, Bauweisen, Technologien, Materialien und die ästhetischen Maßstäbe zu erfassen und sie auf seinem Wirkungsfeld zu vollziehen. Er muß darüber hinaus lernen, die dialektische Wechselwirkung von wissenschaftlich-technischer Revolution und kultureller Entwicklung in ihrer allseitigen Auswirkung auf den Gegenstand seines Schaffens und auf seine Arbeitsweise zu erfassen und zu berücksichtigen. Denn erst die „Erkenntnis und tiefe Einsicht in die konkrete Entwicklung der vielfältigen Beziehungen unserer wachsenden sozialistischen Demokratie, in ihre Gesetzmäßigkeiten ist Voraussetzung für die volle Entfaltung künstlerischen Schöpfertums". (2)

Auf der Grundlage einer parteilichen Position für die sozialistische Gesellschaftsordnung ist bereits während des Ausbildungsprozesses die Fähigkeit bei dem Studierenden herauszubilden, die Entwicklungstendenzen auf seinem Fachgebiet und den angrenzenden wissenschaftlichen Disziplinen in komplexer Betrachtungsweise zu verfolgen, wissenschaftlich zu analysieren und auszuwerten. Sie müssen die Fähigkeit erwerben, prognostisch begründet ihre Schöpferkraft, Kühnheit und Phantasie auf solche Lösungen zu lenken, die dazu beitragen, der sozialistischen Lebensweise mit neuen räumlichen Ordnungen und Kompositionen immer mehr gerecht zu werden.

Inhaltliche und methodische Neugestaltung des Ausbildungsprozesses

Um den Komplex der zur Ausbildung erforderlichen Lehrgebiete auf die höheren Anforderungen in Lehre und Erziehung sowie auf die Neugestaltung des Inhalts und der Methodik des gesamten Ausbildungsprozesses einzustellen, kommt dem wissenschaftlichen Meinungsstreit an den Fakultäten große Bedeutung zu. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die auf die Perspektive orientierte Ausbildung hochqualifizierter Kader auf dem Gebiet der Architektur erfordert, objektiv bedingt eintretende Veränderungen des Berufsbildes des Architekten sichtbar zu machen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen bei der Erarbeitung des Inhalts der Ausbildung einfließen zu lassen. Die wissenschaftliche Analyse als ein wichtiges Instrument der prognostischen Arbeit bildet hierbei eine der bedeutungsvollen Voraussetzungen, wesentliche Tendenzen, Prozesse und ihre gesetzmäßigen Zusammenhänge zu erkennen. Darüber hinaus gewinnt die Erforschung des schöpferischen Denkens – seiner Natur, seiner Mechanismen –, der Wege zur optimalen schöpferischen Tätigkeit – deren Klärung eine rationelle Organisation und eine höhere Effektivität (3) des wissenschaftlichen und künstlerischen Schaffens gewährleisten soll – für die Bestimmung der künftig notwendigen Kenntnis- und Fähigkeitsstruktur immer mehr an Bedeutung.

■ Wenn man davon ausgeht und berücksichtigt, daß eine moderne Ausbildungskonzeption nur dann optimale Ergebnisse bringt, wenn das gesamte Studium als ein System betrachtet wird, wenn es in seiner Gesamtheit mehr als eine Summe von Einzelfächern (4) ist, ergeben sich unter anderem für die inhaltliche Neugestaltung des Ausbildungsprozesses folgende allgemeine Gesichtspunkte:

■ Orientierung des Gesamtsystems der Ausbildung und Erziehung von Architekten auf die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR, auf die Herausbildung der harmonischen Menschengemeinschaft des Sozialismus.

■ Erfassen der gesamtgesellschaftlichen Prozesse bei der Realisierung der wissenschaftlich-technischen Revolution und der kulturellen Umwälzungen in ihren Auswirkungen auf die Architektur und den Städtebau und die Umsetzung der Erkenntnisse im Ausbildungsprozeß.

■ Vermittlung und Erwerb tiefgründiger Kenntnisse auf dem Gebiet des Marxismus-Leninismus.

Konzentration aller an der Lehre Beteiligten in der Erziehung auf die Entwicklung und Herausbildung eines klassenmäßigen, dem Sozialismus dienenden bewußten Denkens und Handelns.

■ Allseitige Herausbildung des ökonomischen Denkens durch Vermittlung wissenschaftlicher Grundlagen der Ökonomie sowie ihre Anwendung auf die künftige Tätigkeit des Architekten in der Projektierung und in anderen Institutionen.

■ Stärkere Einbeziehung der Probleme der Rationalisierung und moderner Technologien im Bauwesen in den Ausbildungsprozeß. Vermittlung von Kenntnissen und Fähigkeiten bei der Gestaltung moderner Projektierungsmethoden.

■ Kooperation der Architekturausbildung mit den Ausbildungsstätten für bildende und angewandte Künste, mit dem Ziel, bereits in der Ausbildung zu einer echten Synthese beziehungsweise Gemeinschaftsarbeit zu gelangen.

■ Enge Verknüpfung des Gesamtsystems der Ausbildung und Erziehung in allen Ausbildungsphasen mit den Betrieben der Projektierung, Forschung und Entwicklung und der Bauproduktion.

■ Ständige Prognose und damit verbundene Arbeit am Anforderungsbild für den Absolventen und für das Berufsbild.

Aufnahme der Methoden und Ergebnisse prognostischer Arbeit in die Lehre.

■ Die Entwicklung aller gesellschaftlichen Teilsysteme bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus schließt im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution die fortschreitende, umfassende und vollständige wissenschaftliche Durchdringung des Teilsystems Architektur ein. Eine bedeutsame Rolle spielen hierbei die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der Wissenschaften, die Spezialisierung und Integration als eine dialektische Einheit. Im Prozeß der wissenschaftlichen Durchdringung der Architektur darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Berufserfahrung und die gestalterische Intuition auch weiterhin ihre Bedeutung im Schaffen des Architekten behalten, daß sie aber in diesem Prozeß gleichzeitig mit erfaßt und dadurch bereichert werden.

Der allgemeine Integrationsprozeß in der Wissenschaft drückt sich in der Architektur, im Zusammenhang mit ihrer gewachsenen Rolle bei der harmonischen, komplexen Gestaltung der gesamten vom Menschen geschaffenen und zu schaffenden gegenständlichen Umwelt, mit ihrer Funktion bei der zweckmäßigen und ökonomischen räumlichen Organisation der gesellschaftlichen und persönlichen Lebenstätigkeiten und -beziehungen in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in zwei Richtungen aus:

■ Die Bedeutung anderer Wissenschaften, die in Teilen durch ihre Anwendung für das architektonische Schaffen zu einem integrierenden Bestandteil des Komplexes der Architekturwissenschaften werden, nimmt zu. Das betrifft solche Wissenschaftsgebiete wie die marxistische Soziologie, die sozialistische Kulturwissenschaft, die Sozial-, Wahrnehmungs- und Kunstpsychologie, die Sozialhygiene, die elektronische Datenverarbeitung, die Kybernetik und die Operationsforschung.

■ Die Integration vollzieht sich innerhalb des Komplexes der Architekturwissenschaften selbst, das heißt, daß Arbeitsergebnisse und Denkweisen eines Gebietes zur Erhöhung der Qualität der Arbeit eines anderen einbezogen werden müssen. Die gegenseitige Durchdringung vollzieht sich in der Tiefe und in der Breite, indem das wissenschaftliche Denken und Handeln in allen Gebieten von gesellschaftswissenschaftlichen, architekturtheoretischen, bauhistorischen, kulturpolitischen, ökonomischen, technischen, technologischen, funktionellen und ästhetischen Gesichtspunkten geleitet wird.

■ Die Architekturtheorie auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus als Bestandteil der Gesellschaftswissenschaften nimmt hierbei neben den anderen gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen im Komplex der Architekturwissenschaften eine zentrale Stellung ein.

Unter Neubestimmung ihres Arbeitsgegenstandes ist sie noch besser in der Lage, allgemeine Gesetzmäßigkeiten, Wesen und Wirkungsweise der Architektur und des Städtebaus zu erforschen und mit ihren Ergebnissen die anderen Gebiete des Komplexes der Architekturwissenschaften zu bereichern. Im Prozeß der wissenschaftlichen Durchdringung der Architektur erwächst allen Teilgebieten des Komplexes der Architekturwissenschaften die Notwendigkeit, spezifische architekturtheoretische Grundlagen zu erarbeiten, die, aufbauend auf der allgemeinen Architekturtheorie, ein System der theoretischen Architektur bilden. Indem sich die sozialistische Architekturtheorie als Wissenschaft so über ihre bisher gezogenen Grenzen entwickelt, verbindet sie sich immer enger mit dem Entwerfen und wird zu einem direkt wirkenden, einflußreichen Faktor in der Arbeit des Architekten und Städtebauers.

■ Der Integrationsprozeß ergreift nicht nur die Wissenschaften, sondern auch künstlerische Disziplinen, dabei ganz besonders die baugebundene und raumbezogene bildende Kunst. Das für alle Phasen der künstlerischen Ausbildung und des Entwerfens zu berücksichtigen, ist deshalb notwendig, weil die breite und differenzierte Synthese von Architektur und bildender Kunst die gesellschaftliche Funktion beider Teile erhöht und weil sie ein Wesenszug der Architektur in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft darstellt.

Denn es tritt „immer offensichtlicher zutage, daß eine für die DDR typische sozialistische Architektur als untrennbare Einheit von Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution und Entwicklung des sozialistischen Realismus in der Kunst nicht im Alleingang einzelner Architekten und bildender Künstler entstehen kann". (5)

Als Bestandteil des ständigen Kampfes mit dem Klassengegner muß die kritische Auseinandersetzung mit dem Imperialismus, seinem Wesen, seiner Politik, Kultur und den Werken der gebauten Umwelt unter seiner Herrschaft zum Lehrinhalt unter Berücksichtigung der Erkenntnis gehören, daß sich die prinzipiellen Gegensätze zwischen der Architektur und dem Städtebau im Kapitalismus und im Sozialismus weiter vertiefen. (6) „Die große geistige Auseinandersetzung unserer Epoche schließt jegliche ideologische Koexistenz aus und erfordert auch im geistig-kulturellen Leben ein hohes Klassenbewußtsein." (7) Dabei ist der Existenz, Funktion und Wirkungsweise der wissenschaftlich-technischen Revolution in der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer Rolle im internationalen Klassenkampf sowie ihres komplizierten Verflochtenseins mit den ästhetischen Anschauungen der spätbürgerlichen Gesellschaft große Aufmerksamkeit zu widmen.

■ Für die Gestaltung eines optimalen Ausbildungsprozesses von Architekturstudenten ist ein besonders enges Betreuungsverhältnis zwischen Lehrkörper und Studenten über den vollen Zeitraum des Studiums maßgeblich. Ein solches Verhältnis kann durch die weitere Erhöhung des Anteils der schöpferischen Übungen, in der wissenschaftlich-produktiven Arbeit, durch stärkere Einbeziehung der Studenten in die Forschungs-, Entwicklungs- und Projektierungsarbeit der Institute, durch gemeinsame Teilnahme von Angehörigen der Institute und Studenten an Wettbewerben, durch ein lebendiges Miteinander in den Gruppen der FDJ, im studentischen Klub oder in den Heimen erreicht werden.

Zur Verwirklichung des Prozesses der Integration und Spezialisierung im Komplex der Natur-, Gesellschafts-, Bau- und Architekturwissenschaften für eine höhere Qualität des Gesamtsystems der Ausbildung und Erziehung von Architekturstudenten ist die sozialistische Gemeinschaftsarbeit als Wesenszug unserer Gesellschaft ein entscheidendes Mittel. Sie ermöglicht es, den Vorgang der Durchdringung und Abgrenzung der einzelnen Disziplinen zu beschleunigen und neue inhaltliche Ausgangspunkte in Ausbildung und Erziehung zu schaffen.

Mit der Bildung von Lehrkomplexen sind Voraussetzungen vorhanden, jeweils einige Lehrgebiete untereinander systemvoll aufzubauen. Diese Lehrkomplexe wiederum untereinander in Systembeziehung zu bringen, gehört zu den wichtigsten Aufgaben der inhaltlichen und methodischen Verbesserung der Ausbildung. Um die Verflechtung, die Bedingtheit und die Zielfunktionen der einzelnen Lehrgebiete und -komplexe exakt zu erfassen, ist die Aufstellung eines Netzwerkes erforderlich. Die Fixierung der Beziehungen im Gesamtsystem der Ausbildung und Erziehung von Architekturstudenten schließt eine Regulierung der Struktur der Ausbildungsrichtung und neue Leitungsprinzipien ein.

■ Den Höhepunkt im Ausbildungsgang stellt der Entwurfsprozeß dar. Da die äußerst komplexen und komplizierten, gesellschaftlich bestimmten Anforderungen, das wachsende Wissen in der Breite und in der Tiefe, die zunehmende Anzahl der Einflußfaktoren eine längere Vorbereitungszeit für die eigentliche Projektbearbeitung verlangen, muß der Phase der geistigen, systemvollen, allseitigen Vorbereitung des Projekts, als der wichtigsten Phase in der Arbeit des Architekten, auch in der Ausbildung eine ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Durch eine systematische Aufgliederung des komplexen Entwurfsprozesses in verschiedene Ausbildungsphasen, durch eine planvolle Steigerung der Anforderungen im Hinblick auf die Einbeziehung der in den einzelnen Lehrkomplexen erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten, durch die Forderung, die gestellte und gelöste Aufgabe bezüglich ihrer gesellschaftlichen Erfordernisse wissenschaftlich detailliert zu begründen, den Entwurfsablauf und den Entwurf selbst wissenschaftlich zu konzipieren, wird es möglich sein, in ihrer Durchführung ökonomische, in ihren Ergebnissen optimale Entwurfsarbeiten und in der Endphase komplexe Studienentwürfe von allseitig hoher Qualität zu erreichen.

Die weitere Entwicklung des Komplexdenkens ist für die Entwurfsbearbeitung die größte Bildungs- und Erziehungsaufgabe. In diesem Zusammenhang und in Verbindung mit der gesamten Persönlichkeitsentwicklung der künftigen Architekten ist der Verteidigung von systematisch angefertigten Entwürfen vor dem Lehrkörper und vor Studenten größte Aufmerksamkeit zu schenken. Der Student muß in dieser Phase die Fähigkeit erwerben, die von ihm entwickelte Lösung wissenschaftlich zu begründen und den sinnvollen Meinungsstreit zu üben, um zu neuen Erkenntnissen für seine spätere schöpferische Arbeit zu gelangen.

Für das Niveau der Ausbildung sind die Leistungen der Institute in der Forschung, Entwicklung und Projektierung von erhöhtem Einfluß. Insofern haben alle Angehörigen der Institute eine hohe Verantwortung für die qualitativ beste Ausbildung der Studenten. Doch nicht nur die Angehörigen der Hochschulen zeichnen verantwortlich. Es ist beim heutigen Entwicklungstempo mehr denn je erforderlich, daß auch die Betriebe und der Bund Deutscher Architekten auf Grund der Analyse der Anforderungen in den Betrieben und Hochschulen entsprechende Grundlagen für die inhaltliche und methodische Veränderung des Studiums liefern. Einen unmittelbaren Anteil am Studium müssen die Betriebe und Institutionen durch die Vergabe von Aufgaben für das Entwerfen und das Diplom, für die Durchführung der Ingenieurpraktika sowie durch Mitwirkung in der Lehre leisten.

Verschmelzung von Ausbildungs- und Erziehungsprozeß

In der künftigen Phase der inhaltlichen und methodischen Veränderungen in Verwirklichung der „Prinzipien zur weiteren Entwicklung der Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR" wird eine noch engere Verschmelzung von Ausbildungs- und Erziehungsprozeß notwendig sein.

Das Studium besteht nicht nur in der Aneignung beruflicher Voraussetzungen schlechthin, sondern darin, im Zeitraum des Studiums wesentliche Züge der künftigen Architektenpersönlichkeiten herauszubilden, zu denen in erster Linie ein hohes Klassenbewußtsein, Liebe zur DDR und zum Sozialismus und die Bereitschaft gehören, sie gegen alle Formen der imperialistischen Politik zu schützen. Das bedeutet ferner, daß durch das kontinuierliche, koordinierte und planmäßige Einwirken des gesamten Lehrkörpers auf die Studenten die gesellschaftlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen, moralischen und ethischen Normen verwurzelt werden, um eine verantwortungsfreudige, zielbewußte Tätigkeit des Absolventen in der Berufspraxis der sozialistischen Gesellschaft zu erreichen.

Den Absolventen der Ausbildungsrichtung Architektur muß in der Vielfältigkeit des Miteinander von Lehrkörper und Studenten das Bewußtsein auf den Weg gegeben werden, daß die in den folgenden Jahrzehnten ihres Schaffens zu errichtenden Baulichkeiten für das Lebensmilieu und die Lebensweise des Volkes der DDR in der gesamten gestalteten baulich-räumlichen Umwelt der entwickelten und vollendeten sozialistischen Gesellschaft von ihnen mitprojektiert werden und daß sie deshalb eine hohe menschliche Reife, ein ausgeprägtes soziales Verantwortungsbewußtsein, ein entwickeltes Beurteilungs- und Einfühlungsvermögen in die gesellschaftlichen Prozesse besitzen, eine hohe Meisterschaft entwickeln und sich von einem hohen Berufsethos leiten lassen müssen.

Indem die Absolventen von der Schönheit des Lebens in der sozialistischen Gesellschaft, ihrer Menschengemeinschaft, dem Wesen, Charakter und den Bedürfnissen der sozialistischen Persönlichkeit erfüllt sind, werden sie in die Lage versetzt sein, ihr Schaffen in Übereinstimmung mit den objektiven Entwicklungsgesetzen der Gesellschaft zu bringen und zum gesellschaftlichen Fortschritt aktiv beizutragen.

Den angehenden Architekten der nächsten Jahrzehnte ist die Aufgabe gestellt, durch die allseitige Vollkommenheit, also durch eine der sozialistischen Menschengemeinschaft entsprechende Schönheit ihrer Werke, dem Volk der DDR eine wesenseigene Heimstatt zu geben sowie sein gesellschaftliches und ästhetisches Bewußtsein zu bereichern.

Literatur

(1) Walter Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vollendung des Sozialismus, Dietz Verlag, Berlin 1967, S. 259

(2) Die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft, Beschluß des Staatsrates der DDR vom 30. 11. 1967, „Neues Deutschland" (B) vom 24. 12. 1967

(3) Mikulinski, S. R.; Rodny, N. I., Die Wissenschaft als Gegenstand spezieller Forschung, Schriftenreihe der Gewerkschaft Wissenschaft, Heft 1/1967, S. 69

(4) Jung, H., Herleitung der Konzeptionen für Ausbildung und Erziehung aus der technisch-wissenschaftlichen Entwicklung am Beispiel der Verfahrenstechnik, Symposium anläßlich des 150. Jahrestages der Vereinigung der Universitäten Halle und Wittenberg am 19. und 20. 6. 1967 über Spezialisierung und Integration in der Wissenschaft, S. 156

(5) 4. Tagung des ZK der SED, Bericht an das Politbüro

(6) Ebenda

(7) Die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft, a. a. O.

Wettbewerb Dresden Neustädter Elbufer

Aus der Ausschreibung

Dresden liegt in einem langen, sich von Pirna bis Meißen erstreckenden Talkessel. Der Verlauf des Flusses war für die Gestalt der beiden sich an den Ufern bildenden Siedlungsteile maßgebend. Die städtischen Schwerpunkte wurden, da zur Ausbildung einer Stadtkrone die Hügellage fehlte, am linkselbischen (konkaven) Uferrand angelegt. Auf der rechten Elbseite bildete sich im Mittelalter am Knotenpunkt verschiedener Fuhrstraßen und am Elbübergang ein Markt heraus, der Neustädter Markt. Nach dem Stadtbrand von 1685 wurden in diesem Gebiet auf der Grundlage eines Planes von Klengel zwei großzügige Achsen geschaffen:

- die sich zum Neustädter Markt konisch erweiternde, aus der Brückenachse herausgeschwenkte heutige Straße der Befreiung mit dem Blockhaus (Longelune 1730 bis 1732, Mezzanin von Knöffel 1749) als städtebauliche Dominante und Blickziel unmittelbar neben dem Brückenkopf,
- die heutige Friedrich-Engels-Straße mit dem Japanischen Palais (Pöppelmann, Longelune, de Bodt 1727 bis 1736) als Blickpunkt.

Die auf Grund strenger Bauordnungsvorschriften in einheitlichem Maßstab ausgebildeten Straßen und Plätze ließen dieses Gebiet um den Neustädter Markt zu einem städtebaulichen Kunstwerk von einmaliger Geschlossenheit werden, das durch die beiden um die Wende des 20. Jahrhunderts errichteten Ministerialbauten beeinträchtigt und in der Nacht vom 13. zum 14. Februar 1945 fast völlig zerstört wurde.

Aufgabe

Die Konzeption zur Entwicklung der Stadt Dresden sieht vor, das Gebiet Innere Neustadt entsprechend seinem Charakter als Teilgebiet des Zentrums neu zu gestalten. Einen Schwerpunkt der städtebaulichen Lösung dieses Gebietes bildet die Entwicklung an der Elbe, wobei die bestehende aufgelockerte Bebauung des rechten Elbufers durch die neugeplanten Bauten zu einer städtebaulichen Einheit entwickelt werden soll.

Ziel des Wettbewerbes war es, unter Wahrung der historischen und wertvollen Substanz, wie Blockhaus, Japanisches Palais, Torhäuser am heutigen Karl-Marx-Platz und die das Palais umgebenden Grünflächen (ehemaliger Barockgarten) sowie die Anlagen des Stauden- und Rosengartens am Brückenkopf der Brücke der Einheit, das vorgegebene Gebiet durch eine ausgewogene Baumassenverteilung zu einer großstädtischen, erlebnisreichen Uferpromenade zu gestalten. Auf die räumliche Gestaltung des Neustädter Marktes sollte besonderer Wert gelegt werden. Der Elbraum des Stadtzentrums sollte eine räumliche Fassung auch im nördlichen Teil erhalten. Eine Reihe bevorzugter Blickpunkte auf die Bauten des Altstädter Ufers (Theaterplatz, Brühlsche Terrasse) sollte ausgebaut werden, neue vielfältige Möglichkeiten für die Naherholung waren zu schaffen. Bei der Gestaltung der Freiflächen als wesentlicher Teil der Erholungszone Elbraum sollte durch die Anlage von Terrassen, durch vielfältige Kleinarchitektur und die Einbeziehung von Werken der bildenden Kunst ein großstädtischer Charakter erzielt werden, dessen Wertigkeit etwa der Brühlschen Terrasse nahekommen muß.

Das Wettbewerbsgebiet wird westlich durch die Marienbrücke, östlich durch die Brücke der Einheit und nördlich durch die Trasse Wigardstraße – Köpckestraße – Neustädter Markt – Karl-Marx-Platz – Robert-Blum-Straße begrenzt.

Aus der städtebaulichen Direktive

Um eine weithin sichtbare Fassung des Stadtzentrums zu erreichen, soll die im Altstädter Teil des Zentrums begonnene Umgrenzung mit Hochhäusern im Neustädter Teil fortgesetzt werden. Im Wettbewerbsgebiet sind zwei Standorte für Hochhäuser ausgewiesen (an den Brückenköpfen Marienbrücke und Brücke der Einheit), die durch das geplante Hochhaus am Platz der Einheit ergänzt werden.

Bei der Gestaltung der zwischen dem Gebäude des Rates des Bezirkes und dem Japanischen Palais geplanten Bauwerke ist auf enge gegenseitige Beziehungen zu achten, wobei eine Seite frei in das Grün gestellter attraktiver Bauten festlichen Charakters als Gegensatz zur kompakt bebauten Altstädter Seite anzustreben ist. Das Blockhaus wird in seiner Form von 1749 aufgebaut und der 1892 ausgeführte Dachausbau abgetragen. Es ist zu untersuchen, ob die Substanz des Gebäudes Große Meißner Straße 15 (Pöppelmann, 1734) einschließlich Hintergebäude und eventueller Erweiterung städtebaulich und architektonisch in den Komplex einbezogen werden kann oder ob das denkmalgeschützte Gebäude als Einzelbauwerk stehenbleiben soll.

Städtebauliches Programm

Hotel „Narrenhäusl"	350 Betten 200 Plätze
Milchbar	100 Plätze
Café	150 Plätze
Klubgaststätte mit Terrasse	200 Plätze
Lichtspieltheater	600 Plätze
Museumskomplex für naturwissenschaftliche Museen	14 000 m²
Studentenwohnheim Pädagogisches Institut	380 Plätze
Institutsgebäude Pädagogisches Institut	600 Plätze
Verwaltungshochhaus Marienbrücke	6000 m²
Internatshochhaus Brücke der Einheit	400 Plätze
Eventuelle Erweiterung des Verwaltungsgebäudes Große Meißner Straße 15	

Teilnahme

Es wurden 11 Arbeiten zur Beurteilung eingereicht. Die Auswertung durch das Preisgericht ergab folgende Verteilung der Preise: ein 1. Preis, ein 2. Preis, zwei 3. Preise und zwei Ankäufe.

Die Mitglieder des Preisgerichtes

Herr Uhlig,
Stadtbaudirektor

Herr Professor Wiel,
Technische Universität Dresden

Herr Professor Dr. Bauch,
Technische Universität Dresden

Herr Professor Englberger,
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Herr Dr. Nadler,
Institut für Denkmalspflege Dresden

Herr Hänsch,
Chefarchitekt VEB Dresdenprojekt

Herr Leucht,
Stadtarchitekt Dresden

Herr Sniegon,
Stellvertreter des Stadtarchitekten Dresden

Herr Hunger,
Entwurfsbüro für Städtebau des Rates der Stadt Dresden

Herr Dr. Täger,
Chefarchitekt Büro für Städtebau des Rates des Bezirkes Dresden

Herr Bronder,
Leiter des Büros für Territorialplanung beim Rat der Stadt Dresden



1

1. Preis

Architekt BDA W. Kurze

Architekt BDA P. Schuster

Architekt BDA W. Fichte

Gartenarchitekt BDA M. Rösler

VEB Cottbusprojekt

Begründung des Preisgerichtes

Ganz allgemein ist zu sagen, daß die Baumassenkomposition auf der gesamten Front ausgewogen und im Sinne der Ausschreibung aufgelockert ist. Die Verbindung Landschaft – Baukörper ist überzeugend.

Es entsteht eine Reihe interessanter Räume, die im Wechsel nördlich und südlich der Erschließungsstraße liegen: Karl-Marx-Platz, Museumsvorplatz, Neustädter Markt, Grünraum zwischen Hotel und Gebäude der Volkspolizei, Raum westlich des Pädagogischen Instituts sowie die räumliche Fassung an der Brücke der Einheit.

Die räumliche Fassung des Neustädter Marktes und ihre Verkleidung werden positiv bewertet.

Die Einbeziehung des Pöppelmannschen Hauses ist dem Verfasser überzeugend gelungen.

Die Komposition Blockhaus – Hotel müßte auf ihre Maßstäblichkeit hin überprüft werden. Der Abstand erscheint zu eng.

Durch die Stellung des Hochhauses an der Marienbrücke ergibt sich eine Beeinträchtigung des Japanischen Palais.

Die Grünräume selbst sind interessant differenziert, ohne kleinlich zu werden.

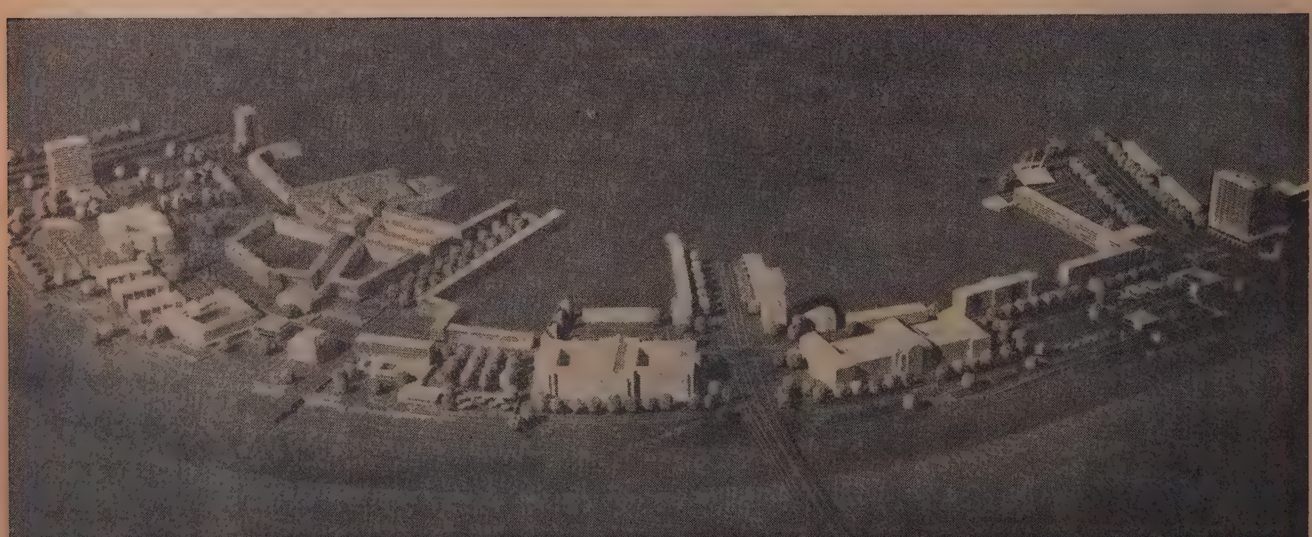
Die Herausnahme des individuellen Fahrverkehrs von der Dimitroffbrücke wird begrüßt. Die völlige Unterbrechung des Ost-West-Erschließungsverkehrs erscheint problematisch.

1 Lageplan

2 Schaubild Neustädter Markt

3 Modellansicht


2


3



4

2. Preis

Dipl.-Ing. Dieter Bankert, Berlin

4 Schaubild – Blick von der Brühlschen Terrasse auf das Neustädter Elbufer

5 Schaubild Neustädter Markt

6 Modellansicht

Aus der Begründung des Preisgerichtes

Diese Arbeit löst den Eingang in den Neustädter Markt am Blockhaus vorbei am eindeutigsten. Das fein empfundene Abtreppen zum Blockhaus hin wird begrüßt. Der Anregung des Auslobers, zwischen den historischen Bauten eine aufgelockerte Baumassenkomposition zu suchen, wird diese Arbeit durchaus gerecht.

Der Abschluß der Ost- und Südseite des Neustädter Marktes ist sehr überzeugend. Auch die Idee, den sehr großen Raum des Neustädter Marktes auf der Westseite mit den Brückenbauten optisch abzuschließen, wäre akzeptabel, wenn damit funktionelle Aufgaben erfüllt würden, die hier nicht gegeben sind.

Die Wohngruppe am Japanischen Palais wird als bewegte und auf die Umgebung bezogene Baumassenkomposition gut bewertet. Die Stellung des westlichen Hochhauses ist noch möglich, während das Hochhaus am Brückenkopf Brücke der Einheit ungünstige Überschneidungen zur Altstädter Silhouette bringen würde.

Die Antwort auf die Baumassenkomposition zwischen Rosa-Luxemburg-Straße und Obergraben auf der Gegenseite ist eine liebenswürdige Anregung. Bei der so feingliedrigen Baumassenkomposition wäre es sinnvoll gewesen, wenn die Grünflächen dieses Spiel fortsetzten. Statt dessen erfolgt aber eine nahezu vollständige Abriegelung der Bebauung vom Ufer durch eine Allee. Die vorgeschlagene Ost-West-Erschließungsstraße wird begrüßt.



5



6



3. Preis

Dipl.-Ing. Walter Herzog

Dr.-Ing. Harald Linke

Dipl.-Ing. Horst Witter

Technische Universität Dresden

Aus der Begründung des Preisgerichtes

Die Grundidee der Arbeit, mit den Baukörpern zwischen Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei und Japanischem Palais die anziehende Uferzone durch terrassenförmige Anordnung der Gebäudemassen fortzusetzen, besticht durch ihre Konsequenz, wenn sie auch der vom Auslober vorgeschlagenen Auflockerung nicht voll entspricht.

Die kombinierte Anordnung von Verwaltungsbauten, Wohnungsbau und Museum bringt Schwierigkeiten in der funktionellen Gliederung und in der Baudurchführung mit sich.

Die Einführung vom Elbufer und von der Brücke in den Neustädter Markt ist durch das sehr dichte Heranrücken an das Blockhaus beeinträchtigt.

Einschränkend muß gesagt werden, daß von der Brühlschen Terrasse her erhebliche Überschneidungen zum Japanischen Palais entstehen werden. Maßstab und Stellung der flankierenden Hochhäuser können akzeptiert werden.

Der Abschnitt zwischen Brückenkopf Brücke der Einheit und Pädagogischem Institut erscheint nicht genügend durchgearbeitet.

Die Behandlung der Uferzone in der Großzügigkeit, Zurückhaltung und der barocken Ausgestaltung der elbseitigen Vorfläche vor dem Japanischen Palais ist in jeder Weise lobenswert.

Für die Erschließung wurde eine durchgehende Ost-West-Erschließungsstraße vorgeschlagen, deren Breite jedoch zu gering bemessen ist.

---

3. Preis

Prof. Dipl.-Ing. Georg Funk

Dipl.-Ing. Fritz Böhm

Dipl.-Ing. Horst Burggraf

Dr.-Ing. Horst Fischer

akad. Arch. H. Franke

Dipl.-Ing. Bernhard Gräfe

Dipl.-Ing. Bernd Heber

Dipl.-Ing. Hans Petzold

Technische Universität Dresden

Begründung des Preisgerichtes

Die klare Gestaltung des Neustädter Marktes findet Anerkennung.

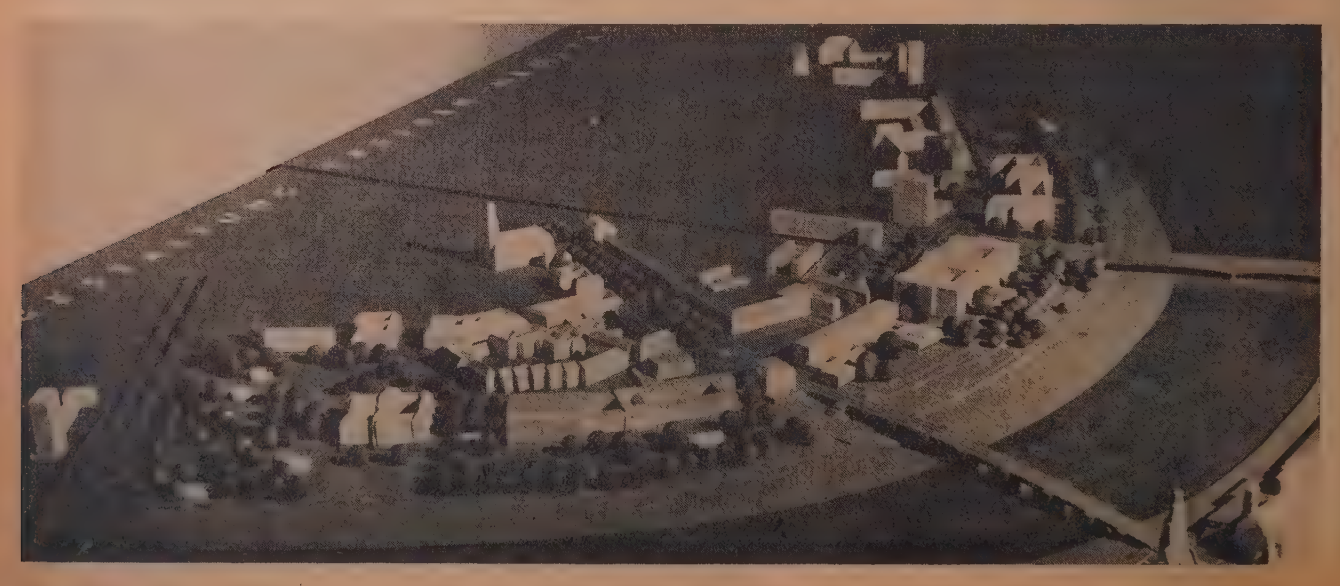
Die mit den inneren Funktionen übereinstimmende Gestalt des Kinos als westliche Abgrenzung des Platzes entspricht den Vorstellungen des Auslobers. Sehr gut ist auch der Vorschlag, den Ostabschluß des Neustädter Marktes durch das Knicken der Wohnbebauung zu vollziehen. Der dadurch entstehende Raum zwischen Wohnungsbau und Volkskunstmuseum ist reizvoll und bringt die Wiederherstellung der Beziehung zur Elbe.

Die Einmündung von der Brücke in den Neustädter Markt vorbei am Blockhaus wird beeinträchtigt durch das zu hoch ausgebildete „Narrenhäusl" und den zu weit vorgeschobenen Bettentrakt.

Etwas ausdruckslos ist die Baumasse zwischen Japanischem Palais und Blockhaus. Im Gegensatz zu der vom Auslober angestrebten Auflockerung erscheint der Jury die vorgeschlagene Baumasse beinahe als Fortsetzung der kompakten Massen östlich der Dimitroffbrücke.

Die beiden Hochhäuser an den Brückenköpfen beeinträchtigen die Silhouette nicht.

Die Grüngestaltung des Ufers zeigt eine Menge interessanter Ideen. Das Wiederaufleben lassen des Parkgartens wird begrüßt. Durch die Anordnung des Großgrüns wird eine Unterstützung der städtebaulichen Idee erreicht. Zur Erschließung werden keine neuen Vorschläge unterbreitet.



Neue Städte in der Sowjetunion

Dr.-Arch. V. Belousov
Sekretär des Vorstandes
des Architektenverbandes der UdSSR

Der Bau neuer und die Rekonstruktion alter Städte stehen im Mittelpunkt des Interesses der sowjetischen Öffentlichkeit. In den Thesen des Zentralkomitees der KPdSU zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wird hervorgehoben, daß „eines der wichtigsten Probleme in der UdSSR die Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung an gut eingerichtetem Wohnraum ist. Die Kommunistische Partei und die Sowjetregierung ergreifen energische Maßnahmen, um diese Aufgabe zu lösen".

In den Jahren des ersten Fünfjahrplanes entstanden im Zusammenhang mit den großen Industriezentren, wie zum Beispiel dem Wasserkraftwerk am Dnepr, den Eisenhüttenkombinaten Magnitogorsk und Kusnezk, den chemischen Betrieben und den Maschinenfabriken, neue Städte auf einer völlig neuen sozialökonomischen Grundlage. Diese neuen Städte, die in den ersten Fünfjahrplänen entstanden und die damals nicht nur schlechthin als „neue Städte" bezeichnet wurden, sondern den Namen „sozialistische Städte" erhielten – zum Beispiel Karaganda, Magnitogorsk, Saporoshe, Komsomolsk am Amur, Novokusnezk, Frunse und Dushanbe –, sind in die Geschichte des sowjetischen Städtebaus als die ersten Städte mit einer neuen Organisation der Arbeits-, Lebens- und Erholungsbedingungen der Bevölkerung eingegangen und haben sich inzwischen zu großen Industrie- und Kulturzentren entwickelt.

Seit den ersten Jahren ihrer Tätigkeit suchten die sowjetischen Städtebauer nach einer neuen Planungsstruktur der Städte, nach neuen Bebauungssystemen, nach einer neuen Organisationsform der gesellschaftlichen Einrichtungen und nach räumlichen Lösungen, die den veränderten sozialen Bedingungen entsprechen. In den Generalbebauungsplänen der Städte wurde das Prinzip der Einteilung in Zonen angewendet. Nach diesem Prinzip sind Industriegebiete, Wohnbezirke und gesellschaftliche Zentren, Parks, Waldparks und Wasserbekken angelegt worden. Jede Zone wurde unter Berücksichtigung der neuen Lebensbedingungen projektiert und gebaut. Bei Industrieanlagen wurden gleichzeitig Werkküchen, Klubs, Sportplätze und Gärten angelegt, um die Arbeitsbedingungen in der Produktion zu verbessern. Im Wohnungsbau wurde den neuen Forderungen an Kulturstätten und Dienstleistungseinrichtungen Rechnung getragen, so daß die Einwohner eines jeden Stadtbezirkes umfangreiche Möglichkeiten für ein gesellschaftliches Leben erhalten. Zu diesem Zweck wurden Kindergärten und Kinderkrippen, Speiseräume, Dienstleistungseinrichtungen, Bibliotheken, Spielzimmer und anderes in den Häusern eingerichtet. Erwähnt werden muß ferner, daß die Grundlage für die Schaffung dieser Gemeinschaftseinrichtungen vor allem der gesellschaftliche Kultur- und Sozialfonds war.

In den zwanziger Jahren entstanden Projekte für Städte aus Kollektivwohnhäusern, sogenannten Kommunen, in denen die Bewohner ausschließlich in Speiseräumen verpflegt wurden, in denen Kinderkrippen und Kindergärten eingerichtet waren und nur in Bibliotheken gelesen werden konnte. Wohnungen im eigentlichen Sinne gab es nicht, lediglich Übernachtungsmöglichkeiten. Solche radikalen Überspitzungen in den Projekten, die das gewohnte Leben der Arbeiterfamilien ignorierten, fügten den fortschrittlichen Ideen ernsten Schaden zu. Diese Überspitzungen wurden jedoch rechtzeitig verurteilt. Die Grundsätze des sowjetischen Städtebaus blieben unangetastet und werden auch heute noch weiter vervollkommnet. Die Kommunistische Partei der Sowjetunion hat die kollektiven Erfahrungen der Städtebauer verallgemeinert, hat stets neue Gedanken aufgegriffen, die Praxis tiefgreifend und allseitig analysiert und für die Entwicklung des sowjetischen Städtebaus richtungweisende Anregungen gegeben.

Das Prinzip der komplexen Errichtung neuer Städte mit einem mehrstufigen Netz gesellschaftlicher Einrichtungen wurde auch in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges beibehalten, als im Osten der UdSSR neue Industriezentren geschaffen wurden. Als Beispiel kann die Stadt der Erdölarbeiter bei Gurjev dienen, für die funktionell, gestalterisch und konstruktiv neue Lösungen für Wohnbauten und gesellschaftliche Einrichtungen vorgeschlagen wurden. Die Schöpfer dieser Stadt, die Architekten A. Arefjev und B. Vasilkovskij, wurden nach dem Kriege mit einem Staatspreis ausgezeichnet.

In den fünfziger Jahren wurde die Errichtung neuer Städte intensiv weitergeführt. Man begann allmählich, die Städte nach der charakteristischen Beschäftigtenstruktur der Einwohner zu differenzieren. In der Nähe der großen Industriekombinate und Wasserkraftwerke entstanden Städte wie zum Beispiel Angarsk, Nishnekamsk, Solnetschnyj, Zelenograd, Schelechov und Divnogorsk. Daneben wurden Forschungszentren wie Obninsk, Pustschino und die Stadt der Wissenschaften bei Novosibirsk geschaffen sowie Erholungszentren, Agrarstädte und andere. Gegenwärtig werden Städte mit unterschiedlichsten Profilen in allen Teilen der UdSSR gebaut: Navoi in Usbekistan, Svetlogorsk, Shodino und Novopolozk in der Belorussischen SSR, Dneprorudnyj in der Ukraine, Ajchal und Mirnyj im Norden, Bratsk in Sibirien und viele andere. Jede Stadt hat ihre eigene Funktion, ihre eigenen Boden- und Klimaverhältnisse und ihre nationalen Besonderheiten.

Angarsk entstand in den Taigawäldern, am Hochufer des Kitaj, einem Nebenfluß der Angara. Charakteristisch für die Stadt ist die Einfachheit ihrer städtebaulichen Struktur, ihr großer Maßstab und die enge Verbindung zur umgebenden Natur. In kurzer Zeit wurden hier in industrieller Bauweise Wohnkomplexe mit einem entwickelten System gesellschaftlicher Einrichtungen errichtet. Die Schöpfer des ersten Bauabschnittes der Stadt, die Architekten B. Aleschin, R. Zurabov und A. Rejnus, haben sie sehr behutsam der Landschaft angepaßt, haben die Wohnkomplexe sehr geschickt darin angelegt und dabei bedeutende Waldmassive direkt in den Grünzügen, Gärten und Parks der Stadt erhalten.

In den gegenwärtig im Bau befindlichen Städten wird ein entwickelteres Netz von Dienstleistungen geschaffen als in den bisher gebauten, da die Bewohner dieser neuen Städte vorwiegend junge Facharbeiter sind, die in der Produktion oder in Forschungsinstituten arbeiten. Kinderkrippen, Kindergärten, zentrale Küchen und Speisesäle wurden deshalb ebenso wie Sportplätze, Klubs und Bibliotheken zu unabdingbaren Bestandteilen der Wohngebiete.

In den Städten der mittleren Zone mit ihrem besonderen Klima und ihrer reichen Natur wurden die Grünanlagen zu einem entscheidenden Faktor, der den Wohnkomfort mitbestimmt. Die Natur ist hier organisch in die Wohnkomplexe einbezogen. Angefangen von dem Grün vor der Haus-



tür über die Gärten in den Wohnhöfen und die Grünanlagen auf den Plätzen bis hin zum Stadtpark und zum stadtnahen Waldgebiet entsteht ein einheitliches Grünsystem. Besonders wichtig sind Grünanlagen für die neuen Städte in Mittelasien, wo in den heißen und trockenen Sommermonaten mit Temperaturen um 40 Grad C Grünoasen und Wasserbecken zur Verbesserung des Mikroklimas der Stadt lebensnotwendig sind.

In der usbekischen Stadt Navoi, mit deren Bau vor einigen Jahren in der kahlen Steppe begonnen wurde, haben die Architekten V. Orlov, V. Ivanov, M. Belyj und B. Gerassimov Gärten in den Wohnhöfen und Grünmassive in unmittelbarem Zusammenhang mit der Gestaltung der Gebäude projektiert. Hier harmonieren die Sonnenschutzvorrichtungen an den Häusern mit den schattigen Alleen und Gärten, und der helle Anstrich der Gebäude korrespondiert mit dem blauen Himmel und dem glühenden Sand. Nahezu im Zentrum der Stadt haben die Projektanten ein offenes Schwimmbecken vorgesehen, das nicht nur dem Schwimmsport dient, sondern zugleich das Mikroklima des gesamten Stadtbezirkes verbessern hilft. Ähnliche Bedingungen wie in Navoi gibt es in Schewtschenko am Kaspischen Meer. Hier ist alles jung – die Gebäude, die Grünanlagen und die Bevölkerung. Am anderen Ufer des Kaspischen Meeres, im nordwestlichen Teil der Halbinsel Apscheron, entstand in der Nähe großer Metallurgie- und Chemiebetriebe eine andere neue Stadt, Sumgait.

Der Entwicklungsprozeß der neuen Städte in der UdSSR zeigt anschaulich, wie wichtig es ist, bei der Standortwahl ausreichende Geländereserven vorzusehen. Leider wurde diese Forderung früher nicht immer genügend berücksichtigt.

Jede Stadt hat einen unverwechselbaren Charakter, ein besonderes Kolorit, das ihr durch das Geländerelief, den Pflanzenwuchs und die Wasserflächen verliehen wird. Jedoch nicht in jedem Fall kann die Stadt eine günstige Verbindung zur umgebenden Landschaft bekommen. Im hohen Norden, wo die Temperaturen im Winter unter minus 50 Grad C absinken, wo in der langen Polarnacht starke und kalte Winde wehen, haben die jungen Architekten A. Schipkov und J. Truschinsch aus Norilsk vorgeschlagen, eine von der natürlichen Umgebung völlig isolierte Stadt mit einem künstlichen Klima zu bauen. Diese Stadt ist für das Bedienungspersonal eines der im Norden gelegenen Wasserkraftwerke bestimmt. „Sneshnogorsk" (Schneestadt), zur Zeit bereits im Bau befindlich, besteht aus zwei Gebäudeblocks, die durch einen überdeckten Freiraum verbunden sind, der sowohl durch das lichtdurchlässige Dach als auch durch besondere Kunstlichtstrahler erhellt wird, die im Polarwinter und -sommer die Illusion von Tag und Nacht hervorrufen. Im Erdgeschoß des Gebäudekomplexes sind gesellschaftliche Einrichtungen, Erholungsanlagen, Sportanlagen und Einrichtungen für Vorschulkinder untergebracht. Im ersten bis vierten Obergeschoß liegen Wohnungen, deren Öffnungen zur Gartenseite zeigen, wo im Winter eine Temperatur von etwa plus 5 Grad C aufrechterhalten wird. Das künstliche Mikroklima schafft also auch in den kalten Wintermonaten günstige Wohnbedingungen. Die Architekten waren bestrebt, im Winter alle Räume weitgehend vor der Umwelt zu schützen, den in der Mitte gelegenen Freiraum aber zu einer Sommerlandschaft zu machen. Die Konstruktion des Komplexes besteht aus einem System tragender Querwände im Abstand

1 Ein Straßenzug in der neuen Stadt Angarsk in der Taiga

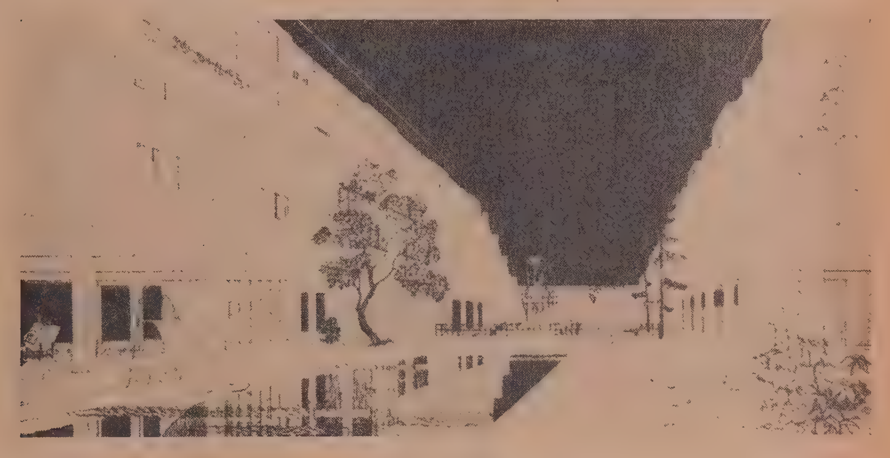
2 Beispiel für die Einbeziehung der natürlichen Landschaft in die Grüngestaltung eines Wohnkomplexes

3 Schwimmbecken in einem der neuen Wohnkomplexe in Navoi

4 Schaubild des 4. Wohnkomplexes der Stadt Frunse

von 6 m. Im Erdgeschoß sind Stützenfelder von 6 mal 6 m mit Außenwänden aus Gasbeton vorgesehen. Sneshnogorsk ist zugleich ein soziales Experiment, um günstige Lebensbedingungen für ein insgesamt etwa tausendköpfiges Kollektiv zu schaffen. Der Gedanke des Kollektivwohnhauses der zwanziger Jahre wird hier wieder aufgegriffen, aber auf einem neuen sozialen, ökonomischen und städtebaulichen Niveau verwirklicht.
Beim Bau der Stadt Ajchal in Nordwestjakutien haben die Architekten überdeckte und beheizte Gänge vorgesehen, die alle Wohnbauten und gesellschaftlichen Bauten zu einem einheitlichen Block vereinigen. Durch geschickte Lichtgestaltung, durch räumliche und farbliche Vielfalt, durch Unterschiede in den Temperatur-, Feuchtigkeits- und Geräuschverhältnissen wird jedoch ein durchaus abwechslungsreicher Komplex geschaffen.
Der wissenschaftlich-technische Fortschritt gibt den Städtebauern heute Mittel in die Hände, mit deren Hilfe Städte unter komplizierten natürlichen Bedingungen angelegt werden können, so daß Gebiete besiedelt werden, die früher als ungeeignet für eine Bebauung galten. Die Entwicklung der modernen Technik, der Chemie und Elektronik, die stürmische Entwicklung der Industrie stellen die Architekten aber auch vor eine Reihe schwieriger Probleme. Erinnert sei hier nur an die sehr wichtigen Fragen des Schutzes der Landschaft.
In jedem Jahr erscheinen auf der Karte der UdSSR neue Städte. „Im Maßstab und Tempo des Wohnungsbaus", heißt es in den Thesen des ZK der KPdSU zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, „steht die UdSSR auf einem der ersten Plätze in der Welt. Jährlich erhalten 10 bis 11 Millionen Sowjetbürger neue Wohnungen. In den letzten 10 Jahren hat fast die Hälfte aller Einwohner der UdSSR neue oder bessere Wohnungen bekommen." Gegenwärtig gibt es in der UdSSR 1781 Städte mit einer Bevölkerung von insgesamt 128 Millionen Einwohnern. Demgegenüber waren es im Jahre 1917 nur 720 Städte mit insgesamt 29 Millionen Einwohnern.
Die sowjetischen Städtebauer denken nicht nur an das Heute. Wenn wir heute Städte schaffen, schauen wir vorwärts, damit unsere Häuser den künftigen Bewohnern genügen und dem Lebensniveau von morgen entsprechen. Es laufen zur Zeit Forschungen über völlig neue Konstruktionen im Städtebau. Der Blick des Städtebauers dringt in die ferne Zukunft vor, in Richtung auf ein globales und sogar geokosmisches Siedlungssystem mit fliegenden Sputnikstädten. Von unserer Zukunft träumend, erkennen wir erst die richtige Lösung vieler Aufgaben von heute.

5 Ansicht des überdachten Innenhofes von Sneshnogorsk (Schneestadt), einem Wohnkomplex für 1000 Einwohner im hohen Norden der UdSSR



6 Sneshnogorsk (Schneestadt) Erdgeschoß 1 : 1000

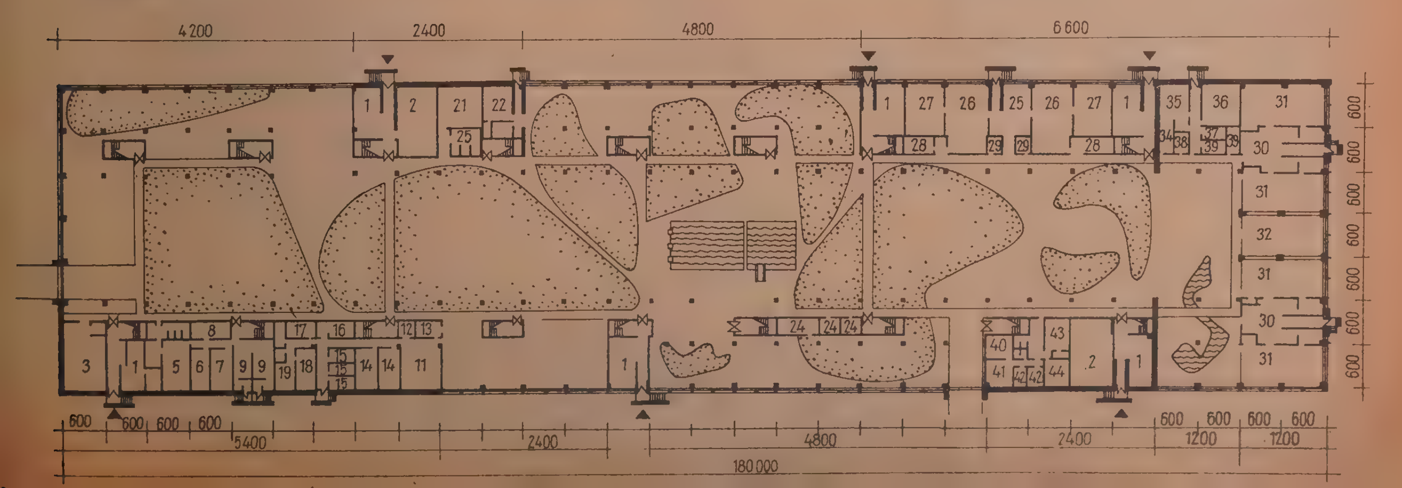
1 Vorraum (Handwagen, Schlitten, Ski)
2 Technische Anlagen

Komplex der gesellschaftlichen Einrichtungen

3 Raum für Familienfeiern
4 Raum zum Trocknen der Winterkleidung
5 Waschraum Selbstbedienung
6 Anschlußraum
7 Rundfunkzentrale
8 Ausleihe von Geräten
9 Annahme der städtischen Wäscherei
10 Speiseraum für 20 Personen
11 Küche
12 Geschirrspülraum
13 Spülraum
14 Räume zur Speisenzubereitung
15 Lagerraum
16 Lebensmittelverkauf
17 Kühlraum
18 Personalräume
19 Leiter der Küche
20 Wäscheraum
21 Werkstatt für Selbstbedienung
22 Gartenbau-Laboratorium
23 Fotolabor
24 Sportgeräte

Kindergarten und Krippe für 140 Kinder

25 Vorraum
26 Spiel- und Speiseraum
27 Schlafraum Krippe
28 WC
29 Wirtschaftsraum
30 Garderobe für Kindergarten
31 Gruppenraum Kindergarten
32 Musikraum
33 Waschraum
34 Trocken- und Plättraum
35 Raum für frische Wäsche
36 Küche
37 Gemüselagerraum
38 Lagerraum für Trockenprodukte
39 Raum zum Abstellen von Schlitten
40 Fotoraum
41 Arztraum
42 Isolierraum
43 Personalraum
44 Leiter der gesellschaftlichen Einrichtungen



Informationen

Bund Deutscher Architekten

Wir gratulieren

Architekt BDA Hans Förster, Leipzig,
1. Juni 1888, zum 80. Geburtstag

Architekt BDA Martin Eggert, Güstrow,
3. Juni 1883, zum 85. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Fritz Zang, Eisfeld,
4. Juni 1898, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Fritz Lazarus, Dresden,
5. Juni 1903, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Egon Körner, Dresden,
6. Juni 1908, zum 60. Geburtstag

Architekt BDA Kurt-W. Leucht, Dresden,
8. Juni 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Max Schnabel, Leipzig,
23. Juni 1903, zum 65. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Dietrich Zahn, Stralsund,
26. Juni 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Dipl.-Ing. Gottfried Richter,
Karl-Marx-Stadt,
28. Juni 1898, zum 70. Geburtstag

Architekt BDA Bauing. Gerhard Rudolph,
Ribnitz-Damgarten,
28. Juni 1913, zum 55. Geburtstag

Architekt BDA Garten-Arch. Karl Kerger, Potsdam,
30. Juni 1908, zum 60. Geburtstag

Tagung der Zentralen Arbeitsgruppe „Architektur und bildende Kunst"

Am 14. Februar 1968 trat die Zentrale Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Dipl.-Ing. Joachim Näther, Chefarchitekt von Groß-Berlin, und Professor Walter Womacka, Stellvertretender Präsident des VBKD (Z), in Berlin zu ihrer ersten Tagung zusammen, auf der sie sich mit prinzipiellen politisch-ideologischen Fragen von Städtebau, Architektur und baugebundener Kunst auseinandersetzte und an der 31 Architekten und Künstler teilnahmen.

An der Diskussion, die sich an die Ausführungen von Dipl.-Ing. Näther über Probleme der Synthese von Architektur und bildender Kunst anschloß, beteiligten sich Architekten und Künstler. Die Grundlage des Referats und der Diskussionsbeiträge bildeten der Beschluß des Staatsrates über „Die Aufgaben der Kultur bei der Entwicklung der sozialistischen Menschengemeinschaft", der Brief des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Walter Ulbricht, an den Präsidenten des BDA, die auf dem 4. Plenum des ZK der SED zu diesen Fragen gegebenen Hinweise sowie der Bericht des Vertreters des Ministeriums für Bauwesen, Dr. Schlopsnies, über das Seminar des Ministeriums für Bauwesen am 6. und 7. Februar 1968 über ideologische Grundfragen des Städtebaus und der Architektur (siehe „deutsche architektur", Heft 5/1968, S. 260 bis 263).

Zum zweiten Tagesordnungspunkt berichteten Kollegen aus verschiedenen Städten der DDR über bildkünstlerische Konzeptionen ihrer Städte und Zentren.

Der dritte Tagesordnungspunkt galt der Konkretisierung der Aufgaben und Arbeitsweise der Zentralen Arbeitsgruppe sowie ihrer Aufgabenstellungen und Verantwortungsbereiche.

- Die Zentrale Arbeitsgruppe stellt sich die Aufgabe, prinzipielle politisch-ideologische Fragen des Städtebaus, der Architektur und der bildenden Kunst zu klären.
- Die Zentrale Arbeitsgruppe hält unmittelbare Verbindung zu den staatlichen Organen, dem Ministerium für Kultur und dem Ministerium für Bauwesen.

Sie unterstützt die Klärung der gesetzlichen Regelung für die Auftragsvergabe auf dem Gebiet der baugebundenen Kunst sowie die Zentralisierung der Mittel für großzügige bildkünstlerische Konzeptionen.

- Die Zentrale Arbeitsgruppe arbeitet eng mit den bezirklichen Beiräten zusammen. Den Bezirken, in denen sie noch nicht gebildet wurden, empfiehlt sie deren Gründung.

Die Anleitung erfolgt nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus. In der Zentralen Arbeitsgruppe müssen je ein Architekt und ein bildender Künstler der bezirklichen Beiräte vertreten sein.

- Bildung von Kommissionen
- Kommission Theorie
unter Vorsitz von Dipl.-Ing. Bruno Flierl, Berlin

Die Kommission hat die Aufgabe, die wichtigsten Beispiele der Synthese von Architektur und bildender Kunst zu analysieren sowie Untersuchungen zu dem Problem der monumentalen Kunst anzustellen.

Im Herbst 1968 soll ein Kolloquium zu Fragen des Städtebaus und der monumentalen Kunst durchgeführt werden.

- Zentrale Wettbewerbskommission
unter Vorsitz von Dr. Schlopsnies, Ministerium für Bauwesen
- Kommission Sozialistische Gemeinschaftsarbeit
unter Vorsitz eines Mitglieds des VBKD

Die Kommission hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit von Architekten und Künstlern bei der Lösung ihrer gemeinsamen Aufgaben zu klären und Vorschläge zur Bildung von Werkstätten in Abstimmung mit dem Ministerium für Bauwesen und dem Ministerium für Kultur zu unterbreiten.

- Kommission Aus- und Weiterbildung
unter Vorsitz von Kollegen Günter Brendel, Hochschule für Bildende und Angewandte Kunst Berlin-Weißensee

Die Vorbereitung der Ausstellung „Architektur und bildende Kunst" zum 20. Jahrestag der DDR ist eine Aufgabe der gesamten Zentralen Arbeitsgruppe. Die Bezirke Berlin, Dresden, Leipzig und Halle werden bei der nächsten Zusammenkunft der Zentralen Arbeitsgruppe im Mai 1968 über den Stand ihrer Vorbereitungen berichten.

Die beiden Vorsitzenden der Zentralen Arbeitsgruppe werden sich bei der Deutschen Bauakademie dafür verwenden, daß der Katalog „Bildende Kunst und Architektur" mit in das Arbeitsprogramm der Deutschen Bauakademie aufgenommen wird.

An das Ministerium für Kultur ist eine Anfrage zu richten, ob eine gesetzliche Regelung für die Verwendung der Mittel für baugebundene Kunst zu erwarten ist und ob ein staatlicher Beirat für Kultur- und Kunstwissenschaft beim Ministerium für Kultur gebildet werden soll.

Zwischen den Tagungen der Zentralen Arbeitsgruppe werden alle Probleme und Fragen von den beiden Vorsitzenden behandelt. Zu ihrer Unterstützung wird ein Architekt und ein bildender Künstler in das Leitungsgremium einbezogen, und zwar Professor Frankenstein, Berlin, und Dipl.-Ing. Klauschke, Berlin.

Zum Leitungsgremium gehört weiterhin der Sekretär der Zentralen Arbeitsgruppe, Dipl.-Phil. Erika Neumann.

Die Tagungen der Zentralen Arbeitsgruppe werden vierteljährlich durchgeführt. Erika Neumann

Schulbauseminar der Zentralen Fachgruppe Wohn- und gesellschaftliche Bauten

Den Auftakt der Arbeit der Zentralen Fachgruppe Wohn- und gesellschaftliche Bauten bildete in diesem Jahr ein Schulbauseminar, das am 27. und 28. Februar 1968 in Halle stattfand. Die Zentrale Fachgruppe setzte damit die Reihe ihrer Veranstaltungen zu besonders aktuellen Fragen der Entwicklung der Wohn- und gesellschaftlichen Bauten fort.

Die allgemeinbildende polytechnische Oberschule als Hauptkettenglied bei der Durchsetzung des Bildungssystems in der Republik entwickelt sich immer mehr zum strukturbestimmenden Element in unseren Wohngebieten, und nicht ohne Grund stand unser Bildungssystem immer wieder im Mittelpunkt der Diskussionen zu unserem Verfassungsentwurf.

Ziel des Seminars war es, einem ausgewählten Kreis von Architekten und Mitarbeitern der Volksbildung aus den Bezirken praktische Ergebnisse und wissenschaftliche Erkenntnisse zur Problematik des Schulbaus in der DDR zu vermitteln.

Das Seminar begann mit einer Besichtigung der ersten in Betrieb genommenen vierzügigen polytechnischen Oberschule der Typenserie 80 in Halle-Neustadt. Nach der sachkundigen Führung durch die Mitarbeiter des Typenprojektes, Bauingenieur BDA Hopf und Dipl.-Ing. BDA Fessart vom VEB Hochbauprojektierung Erfurt, und den entsprechenden Informationen zur Typenserie 66 gab der Direktor dieser Schule, Herr Stössel, seine bisher gesammelten Erfahrungen nach einem fünfwöchigen Betrieb der Schule bekannt.

Die Schlußfolgerungen waren:

- Die Typenserie 66 wird in den nächsten Jahren das Schulbauprogramm bestimmen.
- Die Typenschule läßt sich verändern, funktionellen Forderungen anpassen.
- Zur Anpassung an veränderte funktionelle Bedingungen und zur Ausschaltung der beim Erstbau aufgetretenen Mängel ist eine Rationalisierung des Projektes erforderlich.

Im Anschluß an die Besichtigung der Schule in Halle-Neustadt wurde das Seminar mit einer Reihe von Referaten zu folgenden Themen fortgesetzt:

Professor Henselmann, Deutsche Bauakademie, Institut für Städtebau und Architektur, Vorsitzender der Forschungsgemeinschaft Bauten der Volksbildung, „Der Schulbau im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus"

Dipl.-Pädagoge Zschätsch, Pädagogische Hochschule Dresden, Institut für Pädagogik, Leiter der Arbeitsgruppe I der Forschungsgemeinschaft Bauten der Volksbildung, „Die Weiterentwicklung im Schulbau der DDR in pädagogischer Sicht"

Professor Dr.-Ing. habil. Trauzettel, Technische Universität Dresden, Leiter der Forschungsgruppe Schulbau, „Die Weiterentwicklung des Schulbaus in der DDR in baulicher Sicht"

Dipl.-Ing. Grundmann, Ministerium für Volksbildung, Leiter des Fachgebietes Schulbau, „Das Schulbauprogramm und Fragen seiner Entwicklung"

Professor Dr.-Ing. habil. Trauzettel, Technische Universität Dresden, Mitglied der UIA-Schulbaukommission, „Internationale Tendenzen im Schulbau und die Arbeit der Schulbaukommission der UIA"

Außerdem wurden den Teilnehmern des Seminars folgende Entwurfsunterlagen vorgestellt:

Durch Dipl.-Ing. Fliegel, Stellvertreter des Chefarchitekten der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt, „Entwürfe und Gedanken zu den Bildungseinrichtungen der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt",

durch Dipl.-Ing. Freudenstein, Technische Universität Dresden, Forschungsgruppe Schulbau, „Entwurf einer neuen Schulbaureihe für Dresden,

durch Dr.-Ing. Lembke, Chefarchitekt im VE WBK Halle, „Entwürfe zu einem Schulkombinat im Bildungszentrum der Chemiearbeiterstadt Halle-Neustadt",

durch Dipl.-Ing. Bratschädel vom VE WBK Suhl, „Entwurf einer vierzügigen polytechnischen Oberschule für den Bezirk Suhl".

Mit diesen Beiträgen und Projektvorstellungen wurde den Teilnehmern des Seminars eine Fülle aktueller Informationen vermittelt, die sie in die Lage versetzen, ihre Aufgabe in der Praxis mit höherer Qualität zu lösen.

Besonders begrüßt wurde von allen Teilnehmern die Initiative der Zentralen Fachgruppe, das Seminar gemeinsam mit Architekten, Pädagogen und Mitarbeitern der Volksbildung durchzuführen. Das spiegelte sich insbesondere in der sehr lebhaften Diskussion wider, die in einer Reihe von Empfehlungen an den Bundesvorstand des BDA ihren Niederschlag fand.

Neben der Information wurde mit dem Seminar die sozialistische Gemeinschaftsarbeit angeregt, die zur Lösung der Probleme im Bereich des Schulbaus in jeder Hinsicht und in bezug auf die wissenschaftliche Durchdringung des ganzen Themenkomplexes unerläßlich ist.

An dem Seminar haben 30 Architekten und 11 Mitarbeiter der Volksbildung teilgenommen.

Werner Prendel

Schlußfolgerungen aus dem Brief des Staatsratsvorsitzenden

In einer sehr gut besuchten Veranstaltung der BDA Bezirksgruppe Gera am 13. Februar 1968 wurde mit Professor Hermann Henselmann der Inhalt des Briefes des Ersten Sekretärs des ZK der SED und Staatsratsvorsitzenden, Walter Ulbricht, an den Präsidenten des BDA und die sich für die Bezirksgruppe Gera daraus ergebenden Schlußfolgerungen beraten. An der Veranstaltung nahmen auch Vertreter der Bezirks- und der Kreisleitung der SED, der Stadtbaudirektor der Stadt Gera und Vertreter des Wirtschaftszweiges Bauwesen des Rates des Bezirkes Gera teil.

Professor Henselmann sprach in seinem interessanten Vortrag über die Entwicklung und den Inhalt der Stadtstruktur als Ausdruck der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse und zog Schlußfolgerungen für unsere sozialistische Gesellschaft in bezug auf die Architektur und den Städtebau. Dabei wurden Fragen wie Fußgängerzonen und Zonen des Einkaufes, des städtebaulichen Raumes, der Plastizität der Architektur, des Grünraumes und der Synthese von Architektur und bildender Kunst ebenso an Beispielen behandelt wie Fragen der Überwindung der städtebaulichen und architektonischen Anonymität, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und einer daraus abzuleitenden neuen Qualität.

In der Diskussion empfahl der 1. Bezirksvorsitzende, die Wettbewerbsbewegung in der Bezirksgruppe zur Stärkung des bezirklichen Bauwesens kontinuierlich fortzusetzen.

Lag der Schwerpunkt im Jahre 1957 auf der Mitarbeit bei der Einführung der Plattenbauweise im Bezirk, so sollte sich die kommende Arbeit auf eine hohe städtebauliche und architektonische Qualität bei der Anwendung der Plattenbauweise erstrecken (Variabilität und Außenhaut).

Die Klärung von Grundsatzfragen zur Vorbereitung einer komplexen Rekonstruktion unserer alten Städte unter Beachtung ihres historisch gewachsenen Stadtkerns und ihrer typischen Architektur wurde ebenfalls als Schwerpunkt für die Arbeit der bezirklichen Fachgruppen herausgearbeitet und empfohlen.

Im Rahmen der Qualifizierung der BDA-Mitglieder sind Vortragsfolgen über Soziologie und Hygiene an der Universität Jena vorgesehen.

Weiterhin wurde der Vorschlag unterbreitet, in den Veranstaltungen des BDA in Zukunft noch mehr als bisher mit Vertretern des gesamten Bauwesens und der einschlägigen Institutionen über die zu lösenden Aufgaben, die sich aus dem Brief des Staatsratsvorsitzenden für uns ergeben, gemeinsam zu beraten. Werner Lonitz

Konferenzen zu Problemen der Gestaltung

Vom 21. bis 24. Mai 1968 trafen sich in Berlin die leitenden Vertreter der Gestaltungsorganisationen der sozialistischen Länder zu ihrer jährlichen Zusammenkunft, mit deren Vorbereitung und Durchführung das Zentralinstitut für Gestaltung der DDR auf der Moskauer Beratung 1967 beauftragt worden war.

Auf der Tagesordnung standen neben der Auswertung des ICSID-Kongresses in Montreal und der Vorbereitung der internationalen Spezialistenkonferenz zu Ausbildungsfragen auf dem Gebiet der Gestaltung vor allem die Programme der vier internationalen Arbeitsgruppen, die die Grundlage der inzwischen begonnenen Zusammenarbeit der Teilnehmerländer zur Klärung folgender Problemkreise bilden:

Bewertungskriterien vom Standpunkt der Gestaltung aus (Leitung: DDR)

Wissenschaftliche Grundfragen und Methodik der Gestaltung (Leitung: UdSSR)

Das System der Ausbildung von Kadern (Gestaltern) und die Erhöhung der Effektivität und Qualifizierung der ingenieurtechnischen Kader (Leitung: VR Polen)

Information, Propaganda, Ausstellungen (Leitung: ČSSR)

Vom 1. bis 4. Oktober 1968 findet in Halle eine internationale Spezialistenkonferenz zu Ausbildungsfragen auf dem Gebiet der Gestaltung statt. Durch das Ministerium für Kultur wurde die Hochschule für industrielle Formgestaltung Halle, Burg Giebichenstein, mit der Vorbereitung und Durchführung dieser Tagung beauftragt. Die Referate gehen allen Teilnehmerländern so rechtzeitig zu, daß die Problematik jeweils vorher eingehend beraten werden kann und die Konferenz selbst ausschließlich der Diskussion und Ausarbeitung von Empfehlungen vorbehalten bleibt. Folgende Komplexe sind vorgesehen:

- Die Rolle der Gestaltung in der sozialistischen Gesellschaft, die Aufgaben und die Verantwortung des Formgestalters (Ausarbeitung: VR Polen)
- Formen und Methoden einer praxisverbundenen und praxiswirksamen Formgestalterausbildung (Ausarbeitung: DDR)

Weiterhin arbeiten alle Teilnehmerländer Kurzreferate über

Form und Methoden des emotionalen Gestaltens und

Art und Umfang der Einbeziehung naturwissenschaftlicher, technischer und ökonomischer Disziplinen (das rationelle Gestalten) in das Ausbildungsprogramm des Formgestalters aus, in denen sie ihre Erfahrungen und Kenntnisse entsprechend der Spezifik der Ausbildung in ihren Ländern darlegen. Weiterhin soll ein Erfahrungsaustausch über die Weiterbildung der Formgestalter und über Zusatzstudien für Ingenieure, Architekten und so weiter durchgeführt und die Arbeit der Gruppe „Ausbildung der Formgestalterorganisationen im RGW" zur Diskussion gestellt werden.

Marianne Peterhansl

Standardisierung

Zur Anwendung empfohlen wurde die TGL 16237 Blatt 1 **Befestigungen für Straßenverkehrsflächen; Deckschichten aus Zementbeton**, Technische Forderungen in der Ausgabe Februar 1967. Die einzelnen Festlegungen betreffen die Baustoffe, Begriffe, Eigenschaften sowie untere Tragschicht und Gründung.

Die TGL 21206 Blatt 2 **Elektro-Installationsgeräte; Leitungsschutzschalter**, Allgemeine technische Forderungen ist in der Ausgabe August 1966 ab 1. Juli 1968 verbindlich, für Neu- und Weiterentwicklungen bereits ab 1. April 1967. Der DDR-Standard gilt besonders für die Verwendung in Haushalten. Außer allgemeinen Festlegungen enthält der Standard Einzelheiten zum Aufbau, zur Ausführung, zu den Eigenschaften, zur Kennzeichnung und zu den Werkstoffen.

Zu den Fachbereichstandards des Bauwesens, die in der Ausgabe September 1967 ab 1. Januar 1968 verbindlich wurden, seien heute genannt: TGL 11354 **Pflastersteine**, aus Naturstein, die Bezeichnungsbeispiele, Einzelheiten zur Kennzeichnung, Lieferung und Prüfung sowie technische Forderungen enthält; TGL 117–0139 **Deckenziegel für Stahlbetonrippen- und Stahlsteindecken**, die außer den Festlegungen zum vorgenannten Standard noch Einzelheiten zu Formen und Abmessungen, zum Transport und zur Lagerung enthält; TGL 117–0820 **Schiefermehl und -bestreuung für Dachpappen und -bahnen**, die außer den Einzelheiten, wie beim vorhergehenden Standard, noch die Begriffe der ersten beiden Hauptworte dieses Titels klärt.

Ab 1. Januar 1970 ist die TGL 21898 **Kontaktgebende Niederspannungsgeräte; Fehlerspannungs-Schutzschalter bis 25 A**, Hauptabmessungen Kennwerte, ein Fachbereichstandard, in der Ausgabe November 1966 verbindlich.

In der Ausgabe November 1965 wurde die TGL 190–69 **Elektroenergie-Erzeugungsanlagen; Wasserkraftanlagen**, Betrieb Wartung Instandhaltung ab 1. Februar 1966 verbindlich. Einzelheiten betreffen die Pläne und Unterlagen, die wasserwirtschaftliche und die kraftwirtschaftliche Betriebsführung und Instandhaltung, die Überwachung der Anlagen, das Verhalten bei Störungen, die Kontrollen und Reparaturen, den wirtschaftlichen Einsatz der Betriebsmittel, den Tätigkeitsnachweis durch Berichtsbogen und Kontrollbücher. – Am 1. September 1967 wurde die TGL 190–92 **Elektroenergie-Erzeugungsanlagen; Schnellreparatur-Methode** in der Ausgabe Mai 1967 und am 1. Oktober 1967 wurde die TGL 190–96 **Triebwasserleitungen für Wasserkraftwerke**, Betrieb Wartung verbindlich. – In der Ausgabe Juni 1967 wird die TGL 190–151 Starkstrom-Freileitungen; **Stufenfundamente aus Ortbeton für aufgeteilte Mastgründungen** am 1. Juli 1968 verbindlich. Für die Projektierung wurde der Fachbereichstandard bereits ein Jahr früher verbindlich. – In der Ausgabe Mai 1967 wird die TGL 190–163 **110-kV-Schaltanlagen im Freien; Tandembauweise**, 5000 MVA, 50 Hz am 1. Januar 1969 verbindlich. Für die Projektierung wurde der Standard bereits am 1. September 1967 verbindlich.

Aus einem dem Bauwesen benachbarten Fachbereich wird die TGL 1–236 **Poröse Faserplatten aus Holz; Dachdämmplatten** im Entwurf Juli 1967 vorgelegt. Die Einzelheiten betreffen die Abmessungen, Arten, Begriffe, Bezeichnung, Kennzeichnung, Lagerung, Prüfung, den Transport sowie technische Forderungen.

Im Entwurf August 1967 wird die TGL 113–0363 Blatt 10 **Umgestaltung städtischer Altbausubstanz; Bestandsaufnahme der Bausubstanz, denkmalwerter und erhaltenswerter Bestand** vorgelegt, die Einzelheiten zur Bestandsaufnahme und zur Klassifizierung des Bestandes enthält.

Ebenfalls als Entwurf August 1967 wurde die TGL 116–0275 **Geschoßdeckenplatten aus Stahlbeton**, Technische Forderungen und Prüfung vorgelegt. Sie enthält Einzelheiten zu Begriffen, zur Bezeichnung, zu Hauptabmessungen, zur Kennzeichnung, Lagerung und zum Transport außer den im Untertitel genannten Festlegungen.

Aus acht Tabellen besteht die TGL 116–0735 Blatt 2 **Fenster aus Holz**, Technische Lieferbedingungen im Entwurf Juni 1967.

Als Entwurf März 1967 wurde die TGL 117–0608 **Keramische Rohre für Abgas, Rauchgas, Be- und Entlüftung** zur Diskussion gestellt. –er.

Rechtsnormen

Am 8. Dezember 1967 trat das Gesetz über die **Durchführung von** Volks-, Berufs-, **Wohnraum- und Gebäudezählungen** in der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. Dezember 1967 (GBl. I Nr. 17 S. 135) in Kraft. Danach findet die nächste Zählung mit Stichtag vom 1. Januar 1971 statt. Für die Zwecke der Perspektiv- und Jahresplanung werden durch die Wohnraumzählungen Angaben über die Anzahl, bauliche Struktur und Bewohnerzahl der Wohnungen sowie den Wohnraum der einzelnen Haushalte erfaßt. Dadurch werden alle bewohnten und nicht bewohnten Wohnungen in Wohngebäuden erfaßt. Durch die Gebäudezählungen werden alle Wohngebäude, ihre Anzahl, die bauliche Struktur und Belegung erfaßt.

Am 1. Januar 1968 trat die Verordnung über die **Lenkung des Wohnraumes** vom 14. September 1967 (GBl. II Nr. 105 S. 733) in Kraft. Die Norm enthält außer den Grundsätzen im einzelnen die Aufgaben der Staatsorgane, der Direktoren von Betrieben und Leiter von Dienststellen sowie die Pflichten der Hauseigentümer, Rechtsträger, Verwalter und sonstiger Verfügungsberechtigter. Weitere Abschnitte betreffen die Vergabe, den Tausch und die Erfassung von Wohnraum, die Erhaltung, Modernisierung sowie den Umbau und Ausbau von Wohnraum, die Gewerbelenkung, Rechtsmittel, Räumung und Ordnungswidrigkeiten. In einer Anlage zu dieser Verordnung ist die Ordnung über die Wohnraumversorgung für die Werktätigen der Schwerpunktbetriebe und der Betriebe mit Werkwohnungen enthalten. – Die Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Lenkung des Wohnraumes vom 24. Oktober 1967 (GBl. II Nr. 105 S. 739) trat ebenfalls am 1. Januar 1968 in Kraft. Sie enthält in den Anlagen zwei verschiedene Muster von Mietverträgen.

Zum Jahresbeginn 1968 trat die Vierte Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die **Umbildung gemeinnütziger und sonstiger Wohnungsbaugenossenschaften** vom 8. Dezember 1967 (GBl. II 1968 Nr. 12 S. 49) in Kraft, die in der Anlage ein Musterstatut für gemeinnützige Wohnungsbaugenossenschaften enthält.

Am 1. Januar 1968 trat die Verordnung zur Veränderung von Bestimmungen über die **Verwaltung volkseigenen Wohnraumbesitzes** vom 22. Januar 1968 (GBl. II Nr. 15 S. 65) in Kraft.

Am 1. Januar 1968 trat der Beschluß über **weitere Maßnahmen zur Entwicklung der Finanzwirtschaft der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, Produktionsgenossenschaften des Handwerks, privaten Industrie-, Bau-, Handwerks-**, Verkehrs- und Handelsbetrieben **für das Jahr 1968** vom 22. November 1967 (GBl. II Nr. 117 S. 821) in Kraft. – Gleichzeitig erlangte die Anordnung über die **Durchführung des Gewinnausgleichs für Betriebe der nichtvolkseigenen Wirtschaft und die Gewährung von Steuerermäßigungen für Bürger im Zusammenhang mit der Wirkung neuer Industriepreise für das Jahr 1968** vom 11. Dezember 1967 (GBl. II Nr. 117 S. 824) Rechtskraft.

Am 27. Dezember 1967 trat die Anordnung über die **Umlaufmittelausstattung** der volkseigenen Baubetriebe im Bereich des Ministeriums für Bauwesen vom 6. Dezember 1967 (GBl. III Nr. 14 S. 95) in Kraft.

Am 10. August 1967 trat die Verfügung über die **Planung und Bildung des Prämienfonds** im Bereich des Bauwesens **im Jahre 1968** vom 8. August 1967 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 7/8/9 S. 57; Ber. Nr. 12 S. 91) in Kraft. In acht Anlagen sind detaillierte Tabellen für die Berechnung oder Kürzung des Prämienfonds der Verfügung beigegeben.

Mit Wirkung vom 12. Oktober 1967 trat die Verfügung Nr. 22 über die **Aufhebung gesetzlicher Bestimmungen** im Bauwesen vom 12. September 1967 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 10 S. 65) in Kraft, die die Anweisung über die Verwendung von Leichtmetall im Hochbau aufhob.

Am 1. Januar 1968 trat die Verfügung über die Verbindlichkeitserklärung der Richtlinie für die **einheitliche Bewertung der Qualität der Baudurchführung im industriellen Wohnungs- und Gesellschaftsbau und der Produktion der Baumaterialienindustrie (Beton- und Plattenwerke)** vom 10. September 1967 (Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Bauwesen Nr. 10 S. 65) in Kraft.

Wettbewerbsausschreibung

Der Rat der Stadt Riesa schreibt in Übereinkunft mit dem Ministerium für Bauwesen und dem Bund Deutscher Architekten einen städtebaulichen Wettbewerb

„Gestaltung des Zentrums und Umgestaltung des zentrumsnahen Gebietes der Stadt Riesa"

aus.

Durch diesen Wettbewerb sollen Vorschläge für die Gestaltung der Baumaßnahmen des Stadtzentrums, die den Bedürfnissen künftiger Generationen gerecht wird, erarbeitet werden.

Teilnahmeberechtigt sind alle Städtebauer, Architekten, Ingenieure, bildende Künstler, Garten- und Landschaftsgestalter sowie Studenten der Hoch- und Fachschulen der Architektur, des Hochbaus, der Garten- und Landschaftsgestaltung mit abgeschlossenem Vorexamen, die in der DDR arbeiten und wohnen.

Der Wettbewerb ist anonym und läuft in der Zeit vom 1. Juli 1968 bis 28. November 1968.

Die Wettbewerbsunterlagen werden ab 1. Juli 1968 nach Einzahlung einer Schutzgebühr von 50,– Mark bei der Industrie- und Handelsbank Riesa, Konto Nr. 92 57 000, Kennwort „Stadtzentrum", übersandt.

Es werden folgende Preise vergeben:

1. Preis	15 000 Mark
2. Preis	12 000 Mark
3. Preis	8 000 Mark
4 Ankäufe zu je 2000 Mark	= 8 000 Mark
Gesamtsumme	43 000 Mark

Preisrichter sind:

Dipl.-Ing. Kabermann,
1. Sekretär der SED-Kreisleitung Riesa

Max Weitz,
Vorsitzender des Rates des Kreises Riesa

Dipl.-Staatswissenschaftler Schröder,
Bürgermeister der Stadt Riesa

Architekt BDA Hänsch,
Chefarchitekt der Semperoper Dresden

Bauingenieur Richter,
Stadtbaudirektor Riesa

Professor (em.) Funk,
Technische Universität Dresden

Professor Christfreund,
Technische Universität Dresden

Professor Englberger,
Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar

Architekt BDA Leucht,
Stadtarchitekt von Dresden

Dr.-Ing. Pampel,
Gruppenleiter für Städtebau im Bezirksbauamt Dresden

Ing.-Ök. Vorberger,
Kreisbaudirektor von Riesa

Dipl.-Ing. Weigel
Deutsche Bauakademie

Martha Thomas,
Abgeordnete und Mitglied des Rates der Stadt Riesa,
2. Vorsitzende des DFD Riesa

Paul Häußler,
Bildender Künstler, Riesa

Dipl.-Ing. Hebenstreit,
Werkdirektor des VEB Stahl- und Walzwerk Riesa

Reinhard Mätzig,
Abgeordneter des Kreistages,
Vorsitzender der Ständigen Kommission Bauwesen des Kreistages

Dipl.-Ing. Pfrogner,
Ministerium für Bauwesen, Abteilung Städtebau und Dorfplanung

Schröder, Bürgermeister

Kurzfassung

■ **Der Aufbau des Stadtzentrums der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin** 330

KB 913.1/.2 931.1/.3 DK 65.012.2/.6:69(430.2-25)

G. Peters

Das System der Planung und Leitung des Berliner Bauwesens 330

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 6, S. 330 bis 332, 6 Grafiken

Unter verantwortlicher Leitung des Bezirksbauamtes Berlin wurde in sozialistischer Gemeinschaftsarbeit die Entwicklung eines kybernetischen Modells für das System der Planung und Leitung des Berliner Bauwesens in Angriff genommen. Das Ziel besteht darin, über vier Etappen ein integriertes System der Datenverarbeitung aufzubauen. Das methodische Vorgehen bei der Verwirklichung der ersten Etappe wird ausführlich behandelt, der wesentliche Inhalt der weiteren Etappen kurz beschrieben.

KB 341.1 342.1 DK 711.7(430.2-25)

G. Jung

Die Grundzüge des Generalverkehrsplanes 333

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 6, S. 333 bis 337, 3 Schemapläne, 1 Grafik

Der Generalverkehrsplan hat die technischen und ökonomischen Hauptrichtungen der komplexen Entwicklung des Verkehrs im Bezirk zum Inhalt. Die Hauptrichtungen werden prognostisch fixiert und umfassen prinzipielle Aussagen über die Entwicklung des Verkehrssystems, der Verkehrsnetze und ihre Trassenführung, der wichtigsten Verkehrsanlagen, Verkehrseinrichtungen und Verkehrsmittel. Zwischen dem Generalverkehrsplan und dem Generalbebauungsplan bestehen enge Wechselbeziehungen. Die Stadtstruktur, die Flächennutzung und die Standortplanung im Generalbebauungsplan sind Grundlagen für die Gestaltung der Verkehrsnetze und -anlagen. Andererseits muß die Verkehrslösung im Generalbebauungsplan berücksichtigt werden. Nach der Erörterung der strukturbestimmenden Faktoren für die Ausarbeitung des Generalverkehrsplanes Berlin werden die Phasen der Ausarbeitung des Planes, die Entwicklung des Straßenhauptnetzes, die Planung des ruhenden Verkehrs und die Prognose des öffentlichen Personennahverkehrs ausführlich behandelt.

KB 322.1/.4 323.1 DK 711.2(430.2-25) 711.523(430.2-25)

J. Näther

Der Generalbebauungsplan und das Stadtzentrum 338

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 6, S. 338 bis 347, 3 Abb., 1 Lageplan, 5 Schemapläne, 1 Perspektive

Das im Generalbebauungsplan Berlin festgelegte Ziel besteht darin, qualitativ neue Umweltbedingungen für das Leben der Menschen im sozialistischen Zeitalter zu schaffen und die Stadt funktionell zu ordnen. Der Plan sieht eine ausgewogene Gliederung der Stadtstruktur vor, die in einer sinnvollen Zuordnung der Gebiete für das Arbeiten, das Wohnen und Erholen besteht und ein alles verbindendes, leistungsfähiges Verkehrsnetz einschließt. Des weiteren werden im Plan die komplexen städtebaulichen Einordnungen, die rationelle Standortverteilung, die Konzentration und der effektive Einsatz der Investitionen gesichert. Schließlich werden die Bauaufgaben ausgewiesen und Voraussetzungen für einen rationellen Bauablauf geschaffen sowie die gebietswirtschaftlich und städtebaulich wirksamste Reihenfolge der Investitionen fixiert. Darüber hinaus werden die wechselseitigen Beziehungen zu den benachbarten Bezirken Frankfurt (Oder) und Potsdam beachtet. Ein weiterer Ausgangspunkt für die Stadtentwicklung sind die Anzahl und die Altersstruktur der Einwohner.

Nach der Erörterung der gegenwärtigen Stadtstruktur geht der Autor auf die künftige städtebauliche Struktur und den Schwerpunkt des Planes, den konzentrierten Aufbau des Berliner Stadtzentrums, ausführlich ein.

KB 323.2:323.1 KB 711.582:711.523(430.2-25)

W. Radke, H. Graffunder

Bebauung der Rathausstraße und der Liebknechtstraße 348

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 6, S. 348 bis 357, 4 Abb., 10 Grundrisse, 1 Schnitt, 1 Ansicht, 5 Perspektiven

Das Bebauungsgebiet Rathausstraße–Liebknechtstraße ist ein wichtiger Bestandteil der zentralen Achse der Hauptstadt der DDR, Berlin: Unter den Linden – Marx-Engels-Platz – zentraler Bereich / Alexanderplatz – Karl-Marx-Allee. Mit dem später zu errichtenden zentralen Gebäude erhält der zentrale Bereich durch die Bebauung der Rathausstraße und Liebknechtstraße seine räumliche Fassung. Der bauliche Höhepunkt dieses Ensembles ist der Fernsehturm, an dessem Fuß ein weiterer Gebäudekomplex entsteht, in dem sich eine Parkgaststätte, ein Ausstellungszentrum und das Eingangsbauwerk befinden. Fernsehturm und Fußbebauung werden von großzügig gestalteten Freiflächen umgeben, die sich als Bestandteil des Komplexes zwischen Rathausstraße und Liebknechtstraße erstrecken.

Die etwa 42 m hohe Bebauung an der Rathausstraße und der Liebknechtstraße besteht aus Wohnhäusern und repräsentativen gesellschaftlichen Einrichtungen. Die kompakten Bauanlagen sind horizontal in zwei verschiedene Funktionsbereiche getrennt: zweigeschossige gesellschaftliche Einrichtungen über Terrain, darüber der Bereich des Wohnens. Im einzelnen gehen die Autoren auf konstruktive Fragen, Wohnungsgrößen und die Architektur des Ensembles ein.

Содержание

■ **Строительство центра города Берлина, столицы Германской Демократической Республики**

УДК 65.012.2/.6:69(430.2-25)

G. Peters

Система планирования и управления, принимаемая в берлинском строительстве

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 6, стр. 330 до 332, 6 графических изображений

Под руководством районного отделения по строительству Берлина начата разработка кибернетической модели системы планирования и управления берлинским строительством. Целью этого социалистического сотрудничества является четырехступенное построение интегрированной системы обработки данных. Подробно описывается методическое осуществление первого этапа. Дается обзор дальнейших этапов.

УДК 711.7(430.2-25)

G. Jung

Основы генерального плана транспорта

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 6, стр. 333 до 337, 3 схематических плана, 1 графическое изображение

Генеральный план транспорта включает главные технические и экономические направления комплексного развития транспорта в районе. Фиксированные прогнозом главные направления дают принципиальный обзор развития системы транспорта, сетей движения и их трассирования, важнейших сооружений, устройств и средств транспорта. Существуют тесные взаимодействия между генеральными планами транспорта и застройки. Так, данные о структуре города, использовании площадей и планировании местоположений, содержащиеся в генеральном плане застройки, являются основами построения сети и устройств транспорта. С другой стороны, решения транспортных проблем должны быть учтены в генеральном плане застройки. После обсуждения определяющих структуру факторов, влияющих на разработку генерального плана транспорта подробно рассмотрены отдельные фазы разработки плана, развития в сети магистралей, планирование неподвижного транспорта и прогноз общественного пригородского пассажирного транспорта.

УДК 711.2(430.2-25) 711.523(430.2-25)

J. Näther

Генеральный план застройки и центр города

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 6, стр. 338 до 347, 3 рис., 1 план расположения, 5 схематических планов, 1 перспектива

Установленными генеральным планом застройки Берлина целями являются создание качественно новых условий жизни людей социалистической эры и функциональный порядок города. План предусматривает уравновешиванное расчленение городской структуры, состоящее из целесообразного построения районов работы, жиля и отдыха и включающее соединяющую все элементы производительную сеть транспорта. В дальнейшем план обеспечивает комплексную градостроительную композицию, рациональное распределение местоположений, концентрацию и эффективное распределение капитальных вложений. Затем поставлены задачи строительства, созданы предпосылки для рационализации процессов постройки и определена наиболее эффективная с точки зрения экономики и градостроительства последовательность выполнения капитальных вложений. Сверх этого приняты во внимание отношения к соседним районам Франкфурт на Одере и Потсдам. Дальнейшим исходным пунктом для развития города является число и структура по возрасту жителей.

После обсуждения настоящей структуры города автор подробно рассматривает будущую градостроительную структуру и наиважнейший элемент плана – сосредоточенное строительство центра города Берлина.

УДК 711.582:711.523(430.2-25)

W. Radke, H. Graffunder

Застройка улиц Ратхаусштрассе и Либкнехтштрассе

дойче архитектур, Берлин 17 (1968) 6, стр. 348 до 357, 4 рис., 10 горизонтальных проекций, 1 чертеж в разрезе, 1 вид, 5 перспектив

Область застройки Ратхаусштрассе – Либкнехтштрассе является важнейшей составляющей центральной оси Берлина, столицы ГДР: Унтер ден Линден – Маркс-Энгельс-Плац – центральная область – Александерплац – Карл-Маркс-Аллее. Строящееся в будущем центральное здание и застройка улиц Ратхаусштрассе – Либкнехтштрассе дадут центральной области ее пространственный характер. Градостроительным центром этого ансамбля является телевизионная башня, вокруг которой создается дальнейший комплекс зданий, включающий ресторан, центр выставок и входное сооружение. Телевизионная башня и окружающаяся ее застройка оправлены обширным незастроенным местом, распространяющимся между Ратхаусштрассе и Либкнехтштрассе.

Создаваемая до высоты в 42 м застройка обеих улиц состоит из жилых домов и общественных устройств. В горизонтали компактные сооружения разделены на две различных функциональных области – двухэтажные общественные устройства, над которыми поднимаются жилищные комплексы. В отдельности обсуждены вопросы конструкции, величины квартир и архитектуры ансамбля.

Summary

■ **Construction of the Centre of Berlin, Capital of the German Democratic Republic**

DK 65.012.2/.6:69(430.2–25)

G. Peters

Planning and Management of Building in Berlin

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 6, pp. 330–332, 6 graphs

The development of a cybernetic model for a planning and management system of the building activities in Berlin has been initiated by a socialist team under the responsibility of the Building Authority of Berlin. It is intended to devise an integrated data processing system in four stages. The methodical approach to the first stage is described in detail, while the essentials of the other three stages are covered briefly.

DK 711.7(430.2–25)

G. Jung

Principles of the General Traffic Plan

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 6, pp. 333–337, 3 schemes, 1 graph

The general traffic plan includes the major technological and economic trends in the complex development of traffic on county level. The major trends are prognosticated to include basic information on the development of the traffic system, traffic networks and their routes, as well as on the major facilities, services, and means of traffic. There are close correlations between the general traffic plan and the general building plan. The design of the traffic networks and facilities is based on the structure of the city, the use of the areas, and the site planning as stipulated by the general building plan. The traffic solutions, on the other hand, have to be considered when the general building plan is drafted. The phases of plan drafting, the development of the city's main road network, stop traffic planning, and the prognosis of movement of persons within the limits of local transport are described in detail together with the main factors by which the structure of the general traffic plan of Berlin is determined.

DK 711.2(430.2–25) 711.523(430.2–25)

J. Näther

General Building Plan and City Centre

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 6, pp. 338–347, 3 figs., 1 layout plan, 5 schemes, 1 perspective

The setting of environments of a new quality that fully meet the demands of man in the age of socialism and an appropriate functional organisation of the city are the objectives specified in the general building plan of Berlin. The plan provides for balanced hierarchies of the city structure, i. e. purposeful coordination of jobs with housing and recreation areas, and for involving transport network of optimum efficiency. Complex city design coordination and integration, rationalised siting, as well as hierarchical concentration and effective use of investments are other targets specified in the plan. The construction jobs are stipulated, appropriate conditions are prepared for most productive construction processes, and the most effective order and sequence of both regional and urban investments are decided. The correlations with the neighbouring counties of Frankfurt (Oder) and Potsdam are taken into account. Due consideration is given also to the number and age pyramid of the inhabitants.

A description of the present structure of the city is followed by a detailed coverage of the future structure and of the systematic construction of the centre of Berlin, as the priority goal of the plan.

DK 711.582:711.523(430.2–25)

W. Radke and H. Graffunder

Construction of Rathausstrasse and Liebknechtstrasse

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) No. 6, pp. 348–357, 4 figs., 10 ground plans, 1 section, 1 view, 5 perspectives

The construction area of Rathausstrasse and Liebknechtstrasse is the most important portion of the central axis of Berlin, the GDR capital, and includes Unter den Linden, Marx-Engels-Platz, the central area, Alexanderplatz, and Karl-Marx-Allee. Public buildings will be erected later in the central area to which a spatial frame is provided by the Rathausstrasse and Liebknechtstrasse jobs. The TV tower will be the focus of the group. Adjacent to its base will be a cluster of buildings, including a park restaurant, an exhibition centre, and the entrance building of the tower. Both the TV tower and its base structures will be surrounded by generously arranged spaces which cover the area between Rathausstrasse and Liebknechtstrasse.

Rathausstrasse and Liebknechtstrasse will be flanked by appartment houses and representative public buildings up to some 42 m in altitude. These compact structures include two independent functional areas horizontally separated from one another. Public facilities are accommodated in the first two upper storeys, with housing spaces above. Among the items covered in this article are structural problems, dwelling sizes, and questions of architecture.

Résumé

330 ■ **La construction du centre de la capitale de la République Démocratique Allemande, Berlin**

DK 65.012.2/.6:69(430.2–25)

G. Peters

330 **Le système de la planification et direction des travaux de construction à Berlin**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 6, pages 330–332, 6 graphiques

Sous la direction responsable du bureau de construction du district de Berlin en travail collectif socialiste le développement d'un modèle cybernétique pour le système de la planification et direction des travaux de construction à Berlin fut commencé. Le but est d'établir en quatre étapes un système intégré du traitement des informations. L'avancement méthodique à la réalisation de la première étape est traité en détail; le contenu essentiel des étapes ultérieures est décrit en forme concise.

DK 711.7(430.2–25)

G. Jung

333 **Les caractères principaux du plan de circulation général**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 6, pages 333–337, 3 plans schématiques, 1 graphique

Le plan de circulation général contient les directions techniques et économiques principales du développement complexe de la circulation du district. Les directions principales sont fixées en forme prognostique et comprennent des déclarations par principe au sujet du développement du système de circulation, des réseaux routiers et des tracés, des installations de circulation les plus importantes, des transport et des moyens de transport. Entre plan de circulation général et plan de construction général il y a des rapports réciproques étroits. La structure de ville, l'utilisation des aires et la planification des emplacements du plan de construction général sont les bases pour la formation des réseaux respectivement des installations de circulation. D'autre part la solution des problèmes de circulation doit être comprise par le plan de construction général. Après la discussion des facteurs qui déterminent la structure pour l'élaboration du plan de circulation général Berlin sont traités en détail les phases de l'élaboration du plan, le développement du réseau routier principal, la planification de la circulation au repos et le prognostic du transport de banlieu public de voyageurs.

DK 711.2(430.2–25 711.523(430.2–25)

J. Näther

338 **Le plan de construction général et le centre de ville**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 6, pages 338–347, 3 illustrations, 1 plan de situation, 5 plans schématiques, 1 perspective

Le but fixé par le plan de construction général Berlin comprend de créer des conditions d'ambiance qualitativement nouvelles pour la vie des hommes de l'époque socialiste et de mettre en ordre la ville en sens fonctionnel. Le plan prévoit une structure équilibrée de la ville qui comprend une coordination pleine de sens des sphères pour le travail, les logements et la récréation et qui enferme en outre un réseau de circulation puissant, assurant une communication parfaite. En outre par le plan sont assurées la coordination complexe urbaniste, la distribution d'emplacements rationnelle, la concentration et l'utilisation effective des investissements. Enfin sont démontrées les tâches de construction et réalisées les conditions pour un déroulement rationnel des constructions ainsi que fixée la succession la plus économique et efficace des investissements. En outre sont pris en considération les rapports réciproques avec les districts voisins de Frankfurt (Oder) et Potsdam. Un point de départ ultérieur pour le développement de la ville est le nombre et la structure de l'âge des habitants.

Après la structure actuelle de la ville l'auteur discute en détail la structure urbaniste future et le point essentiel du plan, c-à-d la construction concentrée du centre de la ville de Berlin.

DK 711.582:711.523(430.2–25)

W. Radke, H. Graffunder

348 **Construction de la Rathausstrasse et de la Liebknechtstrasse**

deutsche architektur, Berlin 17 (1968) 6, pages 348–357, 4 illustrations, 10 tracés, 1 coupe, 1 vue, 5 perspectives

Le secteur de construction Rathausstrasse – Liebknechtstrasse représente la partie intégrante la plus importante de l'axe central de la capitale de la RDA, Berlin; Unter den Linden – Marx-Engels-Platz – secteur central – Alexanderplatz – Karl-Marx-Allee. Avec l'édifice central, plus tard à construire, le secteur central par la construction de la Rathausstrasse et de la Liebknechtstrasse recevra sa monture spatiale. Le point culminant constructif de cet ensemble est la tour de télévision dont la base sera entourée également d'un complexe d'édifices qui comprendra un restaurant de parc, un centre d'exposition et le bâtiment d'entrée. La tour de télévision et les constructions de base seront entourées de pleins airs de grand style étendus comme partie intégrante du complexe entre Rathausstrasse et Liebknechtstrasse.

La construction de bâtiments d'environ 42 m de hauteur de la Rathausstrasse et de la Liebknechtstrasse comprenda des bâtiments d'habitation et d'installations sociales représentatives. Les installations de construction compactes horizontalement sont subdivisées en deux sphères fonctionnelles différentes: installations sociales à deux étages au-dessus du terrain et au-delà la sphère des logements. En détail les auteurs discutent des questions constructives, grandeurs de logements et l'architecture de l'ensemble.

Index 31 409